Polizisten platzt der Kragen S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 3 – 20. Januar 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

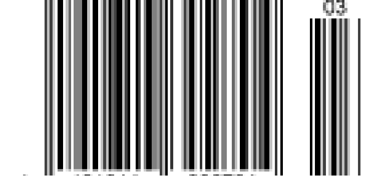




Bild: action press

Ein Bild aus besseren Tagen: Mit Erika Steinbachs Austritt verliert Merkels CDU eine langjährige konservative Mitstreiterin

Der Paukenschlag

Erika Steinbachs CDU-Austritt: Wenn eine Partei »sich selbst verliert«

Mit Erika Steinbach verliert die CDU einen ihrer letzten konservativen Sympathieträger. Das ist gefährlich für Merkels Truppe.

Mit ihrer Klausurtagung im saarländischen Perl wollte die CDU-Spitze publikumswirksam die heiße Phase im Kampf um die Macht an der Saar einleiten, wo am 26. März ein neuer Landtag gewählt wird. Daraus wurde nichts, denn der Austritt der renommierten Konservativen Erika Steinbach aus Partei und Fraktion überschattete das Ereignis nahezu völlig.

Steinbachs Schritt ist ein Paukenschlag. Er ist deshalb besonders schmerzhaft für Kanzlerin Merkel und ihre Partei, weil Steinbachs Gründe komplett ins Schwarze treffen. Ob bei der Atomwende, bei der (laut den Verträgen) verbotenen Haftung für die Schulden anderer Länder zur „Rettung“ des Euro-Systems oder zuletzt bei der unkontrollierten Massenzuwanderung: Merkel und ihre Regierung hätten mehrfach geltendes Recht gebrochen, klagt Steinbach zu Recht und fügt an: „Merkels Politik ist schädlich für Deutschland.“

Die CDU sei zu einem „Torso ihrer selbst“ geworden, so die langjährige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Gespräch mit der „Welt am Sonntag“. Natürlich müsse sich eine Partei mit der Zeit auch verändern, räumt Steinbach ein. „Wer dabei allerdings seine Identität aufgibt, wird sich selbst verlieren und zudem seine Anhänger.“

Mit Erika Steinbach verliert die CDU einen ihrer letzten Sympathieträger in der konservativen Wählerschicht. Während von anderen Fraktionskollegen Häme und Wut gegen Steinbach laut wurden, ist von einem anderen konservativen Aushängeschild nur Lobendes zu hören.

> Auf dem Pfad der SPD – noch eine grüne Partei

Wolfgang Bosbach bezeichnet die langjährige Weggefährtin als „aufrechte, streitbare Demokratin, die für ihre Überzeugungen gekämpft hat“. Wie Steinbach will Bosbach im September nicht mehr für den Bundestag kandidieren.

Für die CDU wird es damit noch schwieriger, den einst treuen konservativen Wählern eine Identifikationsfigur anzubieten. Vielmehr könnte der Schritt weitere Konservative dazu ermuntern, der CDU ebenfalls den Rücken zu kehren.

In den Augen der bayerischen Schwester dürfte der weitere Aderlass keine Überraschung bergen. Während CDU-Generalsekretär Peter Tauber Steinbachs Kritik an Merkels Immigrationspolitik als „maßlos und unberechtigt“ abtat, würdigte CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl die Vorwürfe ganz im Gegenteil als „in der Sache vollkommen berechtigt“.

Angela Merkel hat die CDU auf einen gefährlichen Pfad gelockt. Es ist der Pfad, der die SPD zur 20-Prozent-Partei hat schrumpfen lassen. Die Sozialdemokraten haben ihre Kernwählerschaft der „kleinen Leute“ zugunsten linksgrüner Ausschweifungen vor den Kopf gestoßen. Merkel vergrätzt die einstigen CDU-Stammwähler mit einer Asylpolitik, die nicht umsonst kaum irgendwo so ungeteilte Zustimmung erfährt wie bei den Grünen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Moscheezwang

Sächsische Schüler sind bei Strafe verpflichtet, an einem Besuch einer Moschee teilzunehmen. Das geht aus der Antwort von Sachsens christdemokratischer Kultusministerin Brunhild Kurth auf eine Kleine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervor. Darin heißt es wörtlich: „Dem Besuch einer Glaubenseinrichtung jedweder Art im Rahmen eines Unterrichtsbesuchs oder einer verbindlichen Schulveranstaltung können sich Schülerinnen und Schüler nicht entziehen. Konsequenzen bei Nichtteilnahme am Unterricht und bei verbindlichen Schulveranstaltungen können gemäß § 39 Schulgesetz Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen sein.“ Hier wird also die Religionsfreiheit außer Kraft gesetzt. Andererseits werden Muslime großzügig von der Teilnahme an Unterrichtseinheiten befreit, wenn zu befürchten steht, dass andernfalls ihre religiösen Gefühle verletzt werden könnten. Wie war das noch mit dem unveräußerlichen Verfassungsgrundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz?

Weiter hatte die AfD-Fraktion wissen wollen, ob Schüler „gemeinsamen Kochkursen, Sportstunden oder anderen pädagogischen Veranstaltungen bzw. Unterrichtseinheiten mit Asylbewerbern und Flüchtlingen – sofern diese nicht selbst Schüler der betreffenden Schule sind“ fernbleiben dürften. Dazu heißt es in der Antwort: „In der Wahl von Arbeitsgemeinschaften und Ganztagsangeboten an Schulen sind die Schülerinnen und Schüler frei.“ Das klingt nur vordergründig beruhigend, denn die Schüler müssen sich „mit einer Teilnahmeerklärung“ verpflichten, „an freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen“ teilzunehmen. Also herrscht auch hier de facto Teilnahmepflicht. Und damit das Gegenteil von Kulturfreiheit.

Fast pleite, aber »korrekt«

Air Berlin sperrt konservative Medien für Werbung

Die Fluggesellschaft Air Berlin blockiert ihre Werbung auf der konservativen US-amerikanischen Nachrichtenseite „Breitbart“. Diese wird von Stephen Bannon, dem Chefstrategen von US-Präsident Donald Trump, betrieben. Damit reagierte das trotz satter Gewinne im Geschäft mit Sammelabschiebungen hochdefizitäre Unternehmen auf eine Intervention der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken. Diese hatte sich mit folgendem Hinweis über den Kurznachrichtendienst Twitter an Air Berlin gewandt: „Eure Werbung erscheint bei einer Neonazi-Website. Das kann nicht gewollt sein, oder?“ Die „politisch korrekte“ Fluggesellschaft reagierte sofort und meldete bereits am nächsten Tag gehorsam Vollzug: „FYI [zu Ihrer Information, d. Red.], blacklisting ist angeordnet.“

Bei dieser Gelegenheit teilte das Unternehmen auch gleich mit, dass es die konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ebenfalls für seine Werbung gesperrt habe. Die Fluggesellschaft bittet um weitere Hinweise auf vermeintlich rechte oder rassistische Internetseiten, „damit wir diese Domains aus unseren Kampagnen ausschließen können“.

Dabei geht es um Werbung, welche die Internet-Suchmaschine Google – gezielt am Surfverhalten des Nutzers orientiert – automatisch auf Internetseiten mit Werbefeldern einbettet, wofür die Betreiber dieser Seiten für jeden Zugriff ein Nutzungsentgelt erhalten. Auf Wunsch der Werbekunden setzt Google bestimmte Internetseiten auf eine Sperrliste, die dann nicht mehr mit Werbung des betreffenden Unternehmens bestückt werden.

Die Zensurmaßnahme von Air Berlin hat im Internet einen Sturm der Entrüstung entfacht. Zahlreiche Kommentatoren rufen zu einem Boykott der Fluggesellschaft auf, darunter sogar solche, die nach eigenen Angaben die von der Werbeblockade betroffenen Seiten selbst gar nicht frequentieren. *Jan Heitmann*

Steuerentlastung Fehlanzeige

Überschuss im Bundeshaushalt wird für Zuwanderer aufgespart

Man weiß nicht, wovon Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, sonst so träumt, und ob diese Träume in Erfüllung gehen. Aber eines ist gewiss: Sein Traum vom sofortigen Abbau des Solidaritätszuschlags wird unerfüllt bleiben. Seine Organisation fordert mit Blick auf die erneuten Rekordeinnahmen des Bundes, den Bürgern und Betrieben einen Teil des von ihnen aufgebrachten Milliarden-Überschusses durch den Ausstieg aus dem nicht mehr legitimierten Steueraufschlag zurückzugeben.

In der Tat wurde 2016 „der Haushaltsausgleich zum zweiten Mal in Folge sowohl in der Aufstellung als auch im Vollzug“ erreicht, wie das Bundesfinanzministerium in der vergangenen Woche mitteilte. Dem Haushaltsabschluss zufolge beliefen sich die Einnahmen auf 317,4 Milliarden Euro. Hiervon entfielen auf die Steuereinnahmen 289 Milliarden Euro, die damit um 900 Millionen Euro über dem veranschlagten Betrag lagen. Nach Abzug der Ausgaben ergibt sich ein Überschussbetrag von 6,2 Milliarden Euro. Den will der Bundesfinanzminister zur Schuldentilgung einsetzen.

Das ist kurios. Denn nach der Auflistung eines umfangreichen Zahlenwerks ist derselben Pressemitteilung so nebenbei zu entnehmen, dass dieser Betrag nach dem von seinem eigenen Haus initiierten Haushaltsgesetz 2016 „der Rücklage zur Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zuzuführen ist“. Hocherfreut ist der Bundesfinanzminister zudem, dass er die Länder mit neun Milliarden Euro bei der „Finanzierung der flüchtlingsbedingten Mehrausgaben“ entlasten konnte.

Aus der Schuldentilgung dürfte also ebenso wenig etwas werden, wie Holznagels Traum in Erfüllung gehen wird. Aber Bundeskanzlerin Angela Merkel wird weiter gebetsmühlenartig behaupten, denen, „die schon da sind“, würde durch „die, die zu uns kommen“, selbstverständlich „nichts weggenommen“ werden. *J.H.*

MELDUNGEN

Schwimmen ist Pflicht

Straßburg – Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat die Klage einer türkischstämmigen Schweizer Familie abgewiesen, die ihren Töchtern den Besuch einer gemischten Schwimmklasse verboten hatte. Die Straßburger Richter urteilten, die Schweizer Behörden hätten rechtmäßig gehandelt, als sie der Familie eine Strafe von umgerechnet rund 1300 Euro auferlegten. Der Staat wolle Schüler ausländischer Herkunft mit der Pflicht zur Teilnahme an Schwimmklassen „vor dem sozialen Ausschluss schützen“, argumentierten sie. Die Eltern hatten ihre Klage mit der Europäischen Menschenrechtskonvention begründet, in deren Artikel 9 es heißt: „Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.“ Dieses Grundrecht werde durch die verpflichtende Teilnahme an Schwimmklassen nicht eingeschränkt, da Musliminnen die Möglichkeit hätten, einen Burkini zu tragen, urteilten die Richter. *J.H.*

Schwerer Schlag für Eurokritiker

Brüssel – Die italienische Fünf-Sterne-Bewegung hat per Online-Referendum entschieden, die eurokritische Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) des EU-Parlaments zu verlassen und möglicherweise zur liberalen ALDE-Fraktion zu wechseln. Damit steht die EFDD vor dem Zusammenbruch. Denn neben den Abgeordneten der Fünf-Sterne-Bewegung wird die EFDD, die pro Jahr etwa 3,8 Millionen Euro an Mitteln bezieht, nach dem Brexit all ihre britischen UKIP-Mitglieder verlieren. Die EU-Parlamentsfraktionen erhalten Gelder und zusätzliche Redezeit. Damit sich eine Fraktion bilden kann, müssen mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedsstaaten zusammenkommen. Die EFDD verfügt über 44 Abgeordnete aus acht Ländern. Mit dem Austritt der Fünf-Sterne-Bewegung sind es nur noch 27 Vertreter aus sieben EU-Staaten. Drei Mitglieder vertreten jeweils ein Land. Wenn also auch nur einer von ihnen die Fraktion verlässt, bricht diese zusammen. *J.H.*

Südkorea stolz auf Integration

Während des vergangenen Jahres gelang 1414 Menschen die Flucht aus Nord- nach Südkorea. Bedingt durch die schon 66 Jahre andauernde Teilung Koreas haben sich die Kultur und, bedingt durch die vergleichsweise rasante technische Entwicklung Südkoreas, gerade auch die Sprache dies- und jenseits des 38. Breitengrades teilweise recht unterschiedlich entwickelt. Nach seiner Ankunft in Seoul hat der Flüchtling zunächst einen vierwöchigen Lageraufenthalt zu durchlaufen, in dem er von südkoreanischen Abwehrstellen eingehend befragt wird. Dann lernt er die südkoreanischen Sprachgewohnheiten und erhält eine Einführung in das Leben in seiner neuen Heimat. Bei Vorliegen der erforderlichen Fähigkeiten hat er die Möglichkeit eines Unterrichts in Englisch, Mathematik und Geschichte. Nach erfolgter Prüfung hat er die gleichen Chancen zu einem Universitätsstudium wie ein geborener Südkoreaner. Nicht ohne Stolz meldeten die südkoreanischen Behörden unlängst, im vergangenen Jahr über 54 Prozent der Geflohenen in das Berufsleben vermittelt zu haben. *F.W.S.*

Es geht um Macht

Kampf gegen den Terror als Motiv für das türkische Engagement in Syrien nur vorgeschoben

Dass sich die Türkei im benachbarten Syrien militärisch erheblich engagiert, ist ebenso bekannt wie die Tatsache, dass sich Ankara dabei um keine völkerrechtliche Norm kümmert. Ebenso wenig sind die Kriegsziele der Türken ein Geheimnis: Es geht ihnen darum, die Kurden im Grenzgebiet zu beseitigen und auf syrischem Boden eine Zone einzurichten, die von der Türkei kontrolliert wird. Soweit ist alles klar und unbestreitbar. Doch jetzt hat Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan für eine Überraschung gesorgt.

Der Machthaber äußerte vor kurzem anlässlich des interparlamentarischen Jerusalem-Symposiums in Istanbul unverhohlen, Ziel des türkischen Feldzuges sei es, den syrischen Präsidenten Baschar al Assad zu stürzen. Wörtlich sagte Erdogan: „Man sagt, dass in Syrien 600 000 Menschen ums Leben gekommen sind. Ich glaube, es handelt sich um etwa eine Million Todesopfer. Wo ist die Uno? Was macht sie? Wir haben das lange geduldet, doch waren wir letzten Endes gezwungen, zusammen mit der Freien Syrischen Armee in Syrien einzudringen. Wozu? Wir beanspruchen keine syrischen Territorien, sie sollen ihren Herren gehören. Wir sind dort, um die Gerechtigkeit wiederherzustellen sowie dem Regime des brutalen Gewaltherrschers Assad, das einen Staatsterror im Land betreibt, ein Ende zu setzen.“

Diese Meldung kam zu einem für Ankara denkbar ungünstigen Zeitpunkt an die Öffentlichkeit, nämlich in dem Augenblick, als sich der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu in Alanya mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow traf. Der Türke beeilte sich, das unbedachte Wort seines Herrn, soweit es ging, zurückzunehmen und zu beteuern, das Hauptziel der Türkei sei die Bekämpfung der Terrororganisation IS, soweit angesichts der umfangreichen Hilfe, die der IS seitens der Türkei genießt, das überhaupt noch jemand glauben mag.

Die Syrer jedenfalls gehören nicht dazu. Das Außenministerium in Damaskus ließ verlauten:



Offiziell nur gegen den IS gerichtet: Türkische Streitkräfte im Einsatz in Syrien *Bild: Imago*

„Die Erklärungen Erdogans über die Ziele der türkischen Aggression in Syrien haben seinen Lügen ein Ende gesetzt und klar gemacht, dass dieser Angriff auf das syrische Staatsgebiet nichts weiter ist als eine Mischung von Ambitionen und Illusionen.“ Dimitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, äußerte sich ebenso misstrauisch, wenn auch zurückhaltender: die Erklärung Erdogans, so Peskow, sei für den Kreml eine Neuigkeit, die mit seinen früheren Äußerungen nicht übereinstimme.

Das scheint nun auch Erdogan selbst aufgefallen zu sein. Denn nur zwei Tage nach seinem Istanbuler Fanfarenstoß erklärte er die militärischen Ziele der Türkei in Syrien aufs Neue und wieder in dem Sinne; es gehe „ausschließlich“ um den Kampf gegen die Terroristen. „Daran sollte niemand zweifeln, zumal Ankara das schon mehrmals erklärt hat. Niemand darf das eigentliche Ziel dieser Operation verzerren“, so zitiert die türkische Agentur Anadolu die derzeit geltende Version des Staatspräsidenten.

Konflikt mit Russland vorerst beigelegt

Allerdings sieht Erdogan im Zusammenhang mit seinem vorgeblichen Kampf gegen den IS Anlass zur Klage: „Die westlichen Länder unterstützen die Türkei in ihrem Kampf gegen den Terror nicht und behindern sie sogar dabei. So haben einige westliche Firmen angekündigt, sie würden keine Waffen mehr an die Türkei liefern.“ Und dies, obwohl die Türkei Mitglied der Nato sei, und sich solche Maßnahmen deshalb verbäten. Da man aber mit derlei schon habe rechnen müssen, habe die Türkei Vorsorge getroffen. „Deshalb arbeitete Ankara während der vergangenen 14 Jahre konsequent daran, eine einheimische Rüstungsindustrie zu schaffen.“

So unglaubhaft Erdogans Istanbuler Rede ist, so offenkundig ist sein Beweggrund dafür, insbesondere, was seine Versicherung angeht, es gelüste ihn nicht nach syrischem Boden. Durch das Bombardement ihrer Luftwaffe auf kurdische Einheiten in Syrien haben sich die Türken in eine gefährliche Nähe zu den Russen und deren weitaus überlegener Luftwaffe begeben. Dies hat offenbar zu einem Wink aus Moskau geführt, der den Türken bedeutet, sie sollten von ihren territorialen Ambitionen lassen. Da Erdogan das verstanden zu haben scheint, ist die Gefahr einer russisch-türkischen Konfrontation in Syrien zunächst beigelegt. Doch die Lage wurde anderswo zugespitzt.

Am 15. November, kurz nach der US-Präsidenten-Wahl, hat der US-Kongress in einer Sondersitzung einstimmig und „unter besonderen Bedingungen“, was auf Eilbedürftigkeit schließen lässt, die Resolution 5732 verabschiedet, die den Titel „Caesar Syria Civilian Protection Act“ trägt. Sie beinhaltet weitere und schärfere Sanktionen gegen Syrien und den Beschluss, dort eine Flugverbotszone einzurichten. Das allerdings brächte die US-Luftstreitkräfte, die ein solches Verbot durchsetzen müssten, in unmittelbare Konfrontation mit der russischen Luftwaffe und, schlimmer noch, mit der russischen Flugabwehr. Gegen diese sind die US-Flugzeuge so gut wie schutzlos, und Russland wäre, sollte die Flugverbotszone tatsächlich eingerichtet werden, entschlossen, von seinen Mitteln Gebrauch zu machen, um sie zu brechen.

Die Eilbedürftigkeit des Beschlusses im US-Kongress dürfte von interessierter Seite herbeigeführt worden sein, um zu verhindern, dass der neue Präsident Donald Trump den Schachzug zurücknimmt. Jedenfalls nahmen nur sechs Abgeordnete an der Debatte teil, und alle befürworteten die Resolution. Sie könnte die USA zu einem militärischen Schlagabtausch mit Russland führen.

Das befürchtet auch die unabhängige US-Webseite „consortium news“, die einen zusätzlichen Vorwurf erhebt: „Und indem die Medien so tun, als wäre das alles nicht geschehen, zeigen sie, dass sie Teil der Agenda sind – also wie üblich.“

Florian Stumfall

Kriege, zerfallende Staaten und Terrorismus

Obama: Die außenpolitische Bilanz von acht Jahren Regierung des Friedensnobelpreisträgers ist alles andere als positiv

Als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ist Barack Obama Geschichte. Bei seinem Amtsantritt vor acht Jahren wurde der erste schwarze US-Präsident von vielen wie ein Heilsbringer verehrt und vorauseilend mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Doch seine außenpolitische Bilanz, insbesondere die im Krieg gegen den Terror, fällt nicht positiv aus. Obama hinterlässt eine Welt, die sich seiner außenpolitischen Vision, falls er eine solche hatte, nicht fügen wollte.

Obama erfüllte sein Versprechen, den unpopulären Militäreinsatz im Irak 2011 zu beenden. In der Folgezeit breitete sich aber dort in dem Vakuum wie auch später in Syrien die islamische Terrororganisation IS aus. Das hat dazu geführt hat, dass 2016 für den Kampf gegen den IS ein neuer Militäreinsatz mit 5000 sogenannten Beratern notwendig wurde.

Zum syrischen Bürgerkrieg zeigte Obama eine wankelmütige Haltung. Einerseits drohte er Staatschef Baschar al-Assad mit US-Militärangriffen beim Überschreiten Roter Linien, verzichtete dann aber darauf, diese Linien einzuhalten. Das hat nach Ansicht vieler Kritiker Russland erst zu seiner massiven Militärintervention und damit zur Rettung Assads ermutigt. Das Verhältnis zwischen Washington und Moskau ist auch dadurch an einem Tiefpunkt angelangt, nicht nur wegen der russischen Intervention in der Ukraine.

Ein anderes Versprechen hat er hingegen erfüllt: Im Mai 2011 tötete eine US-Spezialeinheit Al-Kaida-Chef Osama bin Laden. Allerdings wurde al-Kaida seither vom IS als größte Terrorgefahr für die westliche Welt abgelöst. Auch die Tatsache, dass Hamza Bin Laden (27), ein Sohn Bin Ladens, jetzt zum neuen Al-Kaida Chef aufgebaut werden soll, relativiert diesen angeblichen Erfolg Obamas.



Foto: Shane T

Symbol für Obamas Scheitern: Lager Guantanamo

Als größten Fehler seiner Amtszeit hat Obama selbst die Militär- Intervention in Libyen zum Sturz von Diktator Muammar Gaddafi bezeichnet. Dieser gewaltsame „Regime Change“ hat das extrem wichtige Land an der Scheide zwischen Afrika und Europa in Zerrissenheit und Chaos gestürzt und Europa hunderttausende zusätzliche Flüchtlinge beschert.

Als schwierigste Entscheidung seiner Amtszeit hat Obama rückblickend die Entscheidung bezeichnet, im Jahre 2010 gut 30 000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan zu schicken, um zu verhindern, dass das Land ein zweites Mal den Taliban in die Hände fällt. Gerade diese Entscheidung sei besonders schwer gewesen, weil er seine Amtszeit mit dem Versprechen begonnen habe, die Entsendung von Truppen ins Ausland zu beenden. Auch in Afghanistan bleiben US-Truppen in einer Größenordnung von 8400 Soldaten militärisch präsent.

Gerade gegenüber militärisch instabilen Ländern wie Afghanistan oder dem Irak, wo infolge von US-Militärinterventionen neue politische System entstanden sind, haben die USA eine besondere Verantwortung, sagte Obama in einem Interview zum Ende seiner Amtszeit mit der Fernsehkette NBC. Obama gestand ein, dass im Krieg gegen den Terrorismus nicht solche Siege gefeiert werden könnten wie gegen Länder.

Auch Obamas Versprechen, das umstrittene Gefangenenlager in Guantanamo zu schließen, hat er nicht eingehalten. Das Hochsicherheitsgefängnis auf Kuba sollte nach dem 11. September 2001 die Entschlossenheit des Westens im Kampf gegen den Terror signalisieren. Es wurde für die Inhaftierung von „ungesetzlichen Kombattanten“ geschaffen, derer die US-Truppen in Afghanistan habhaft werden konnten. Unter der Präsidentschaft Obamas hat sich die Zahl der ungesetzlichen Kombattanten – vor allem von solchen, die aus den Staaten des Westens stammen – allein in den Staaten Syrien, Irak, Jemen und Libyen, mehr als verzehnfacht. Nach letzten Berichten halten die USA immer noch 59 Gefangene auf Kuba fest.

Kaum etwas illustriert das Scheitern Obamas stärker als der Umstand, dass die Regierung seines Vorgängers George W. Bush sogar noch mehr Gefangene aus Guantanamo entließ als seine eigene.

Bodo Bost

Kein Gedenken wegen Winterpause

Bundestag und Bundesrat verzichten auf eine offizielle Veranstaltung für die Opfer vom 19. Dezember

Der Bundestag und die Bundesregierung verzichten auf eine offizielle Gedenkveranstaltung für die Opfer des größten islamischen Terroranschlags in der Geschichte der Bundesrepublik mit der Begründung: Winterpause. Die aber ist seit dem 18. Januar vorbei.



Pflichtbesuch: Kanzlerin Merkel, Berlins Bürgermeister Müller und Außenminister Steinmeier am Breitscheidplatz Bild: action press

Die Bundesrepublik rühmt sich gerne ihrer Gedenk- und Erinnerungskultur, wenn die zu erinnernden Ereignisse weit genug zurückliegen. Ungemein schwerer ist es mit der direkten Betroffenheit über Leid und Verlust von Menschen angemessen umzugehen. Dennoch hatten der Landtag und die Landesregierung Bayerns der Opfer des Amoklaufs in München, bei dem am 22. Juli ein iranischstämmiger Verwirrter neun Menschen, fast allesamt mit ausländischen Wurzeln, getötet hatte, in einem Staatsakt im Landtag sehr würdig gedacht.

Weil Angela Merkel und das Kabinett derzeit im Urlaub sind, wird es hingegen weder eine Gedenkveranstaltung noch eine Gedenkzeremonie im Bundestag für die zumeist deutschen Opfer des terroristischen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche vom 19. Dezember 2016 geben. Offenbar liegt zwischen Tatzeitpunkt und dem Termin der ersten Sitzung im Januar zu viel Zeit, nämlich knapp ein Monat, als dass die Menschen im Land noch einmal an diesen Anschlag erinnert werden sollen.

Doch auch direkt nach dem Anschlag haben sich in der Hauptstadt die politisch Verantwortlichen im Lande bei Bekundungen für die Opfer auffallend zurückgehalten, als wenn es etwas zu unterdrücken gäbe. Die Anwesenheit bei dem mehr oder minder offiziellen Pressetermin am Anschlagsort am Tag nach dem Anschlag war für Merkel und Umfeld nicht mehr als die Wahrnehmung einer Pflichtveranstaltung. Nach dem Pflichttermin am Tatort war von den politischen Machteliten wenig bis gar nichts zu dem Attentat zu vernehmen mit der Begründung, der mutmaßliche Täter sei noch auf der Flucht. Das waren die Täter nach den Attentaten in Frankreich meist auch noch. Nichtsdestotrotz waren Staatspräsident und Premierminister mitsamt Teilen des Kabinetts oft schon Stunden nach den Anschlägen am Tatort.

Der Ruf nach Lichterketten oder Mahnwachen für die Opfer oder Aufrufe zu Spontandemonstrationen, wie sie bei anderen Gelegenheiten auch schnell in Deutschland ertönten, blieben nach dem verheerendsten islamischen Terrorakt in der Geschichte der Bundesrepublik von Seiten der Regierung nahezu komplett aus. Dabei hätte die Nähe zum Weihnachtsfest gerade solche Gedenkveranstaltungen gefordert. Offenbar passten das Täterprofil und die unverzeihlichen Behördenpannen im Vorfeld und nach dem Anschlag nicht zu dem, was sich die Bundesregierung unter Gedenkkultur vorstellt.

> Seit letzten Mittwoch ist die Winterpause vorbei

Ganz anders ging Frankreich nach dem ersten großen islamischen Terroranschlag seiner Geschichte, dem auf die Redaktion des Satiremagazins „Charlie Hebdo“, mit dem Gedenken um. Damals hatte François Hollande, ein ansonsten extrem unbeliebter und unscheinbarer Präsident, nicht nur im Parlament Gedenkzeremonien abgehalten, sondern auch alle Schulen des Landes verpflichtet, Gedenkminuten einzulegen. Die Regierung organisierte erstmals eine Massendemonstration mit Millionen Teilnehmern und mehreren Hunderten Staats- und Regierungschefs auf den Champs Elysées. Bei dieser Gedenkdemonstration war damals auch die deutsche Bundeskanzlerin unter dem Motto „Je suis Charlie“ in dem Tross der Offiziellen medienwirksam mitmarschiert. Dieses Massengedenken hatte damals in Frankreich parteiübergreifend wie ein Ruck zu einem neuen Zusammenhalt gegen den Terror in der Gesellschaft geführt, allerdings nicht weitere schlimme Attentate verhindert.

Bodo Bost

MELDUNGEN

Polizei macht wirre Angaben

Köln – Die Kölner Polizei hat ihre Angaben zur Nationalität der an Silvester am Hauptbahnhof kontrollierten 650 jungen Männer korrigiert. Man habe noch keine endgültigen Erkenntnisse über deren Nationalität. „Viele dieser Personen haben sich mit Dokumenten und Bescheinigungen ausgewiesen, die nicht als sichere Dokumente im Sinne einer zweifelsfreien Bestimmung der Staatsangehörigkeit gelten“, heißt es in einer Pressemitteilung. In ersten Meldungen hieß es noch, dass es sich mehrheitlich wieder um Nordafrikaner gehandelt habe. Aus den jetzt korrigierten Zahlen geht hervor, dass es sich bei vielen der überprüften Männer nicht um Nordafrikaner, sondern zumeist wohl aus dem Irak, aus Syrien und Afghanistan stammende Asylbewerber handelte. *B.B.*

Grüne nähern sich der Union

Berlin – Laut einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-Politbarometer sind immer mehr der Grünen-Anhänger offen für eine Koalition mit der Union. Ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis dagegen hätte derzeit keine Mehrheit. 44 Prozent der Befragten gaben an, dass die Grünen eine Regierung gemeinsam mit CDU/CSU anstreben sollten. Allerdings plädieren 50 Prozent der Grünen-Anhänger noch immer für ein Bündnis mit SPD und Linken. Im November vergangenen Jahres zogen noch 63 Prozent der Grünen-Anhänger eine rot-rot-grüne Koalition einem schwarz-grünen Bündnis (32 Prozent) vor. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, könnte die Union der Umfrage zufolge mit 36 Prozent der Stimmen rechnen, die SPD mit 21, die AfD mit 13, die Grünen mit zehn, die Linkspartei mit neun und die FDP mit sechs Prozent. *J.H.*

Nun kommt der Anhang

Das BAMF erwartet 500 000 Syrer allein über den Familiennachzug

Eine halbe Millionen Syrer sind 2015 in die Bundesrepublik eingereist. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erwartet, dass ihnen noch einmal mindestens ebenso viele Familienangehörige folgen werden.

Vergangenes Jahr war bereits eine deutliche Zunahme des Familiennachzugs zu verzeichnen gewesen. In den ersten drei Quartalen 2016 wurden über 70 000 Visa für den Familiennachzug ausgestellt und damit 40 Prozent mehr als gegenüber dem gesamten Vorjahr. Im Jahr 2015 wurden noch 50 000 Visa für den Familiennachzug erteilt, 2014 lediglich 30 000. Da der Nachzug von Familienangehörigen nicht als Zuzug Asylberechtigter erfasst wird, taucht er in den entsprechenden Statistiken des Bundesinnenministeriums und des BAMF nicht auf.

Entspannung könnte im Idealfall die Entwicklung bringen, viele Zuwanderer aus Syrien nicht mehr als voll asylberechtigt anzuerkennen und ihnen lediglich „subsidiären Schutz“ mit einer Aufenthaltsberechtigung von einem Jahr zu gewähren. Dieser Personenkreis darf nämlich keine Familienangehörige nachholen. Da wundert es nicht, dass nun zunehmend hiervon Betroffene an den Verwaltungsgerichten klagen, wodurch sich die Zahl der Asylklagen von Syrern 2016 verdoppelt hat, wie der Vorsitzende des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen, Robert Seegmüller, gegenüber der Presse mitteilte.

Doch es sind nicht nur Familienangehörige von bereits erfolgreich nach Deutschland Eingewanderten, die in das Land drängen. So entfielen von den insgesamt rund eine Million Asylanträgen, die vergangenes Jahr in der EU gestellt wurden, rund zwei Drittel alleine auf Deutschland. Damit hat Deutschland doppelt so viele Flüchtlinge aufgenommen wie der Rest der Europäischen Union zusammen.

> Das Asylproblem ist ein deutsches, kein europäisches

In Italien sind 2016 zwar etwa 180 000 Bootsasylsucher angekommen, aber nur 85 000 haben einen Antrag auf Asyl gestellt, der Rest ist nach Deutschland weitergezogen. In Frankreich wurde 2016 erstmals eine zentrale Aufnahmestelle für Asylsucher für die Hauptstadt eingerichtet, was ein großer Fortschritt ist, nachdem es bislang dort überhaupt keine Asylsucherverwaltung gegeben hatte. Insgesamt wurden in ganz Frankreich 62 000 Asylanträge gestellt. Das ist ein Zehntel der in Deutschland gestellten Anträge.

Die Asylantragszahlen lassen im Falle Deutschlands allerdings derzeit keine Aussage über die Zahl der neu eingereisten angeblichen und tatsächlichen Schutzsuchenden zu. Viele Antragsteller reisten bereits 2015 ins Land ein, konnten wegen der Behördenüberlastung aber erst 2016 ihren Antrag stellen. Viele Asylsucher stellen mehrere Anträge um mehrmals Integrationsgelder zu kassieren oder um Identitäten zu verbergen. So hatte der Attentäter des Anschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche, Anis Amri, insgesamt 14 Scheinidentitäten.

Der Vizepräsident des Bundestages, Johannes Singhammer (CSU), der übrigens ähnlich wie der Christdemokrat Wolfgang Bosbach dieses Jahr nicht wieder für den Bundestag kandidieren will, kommentierte die unverhältnismäßige Belastung der Bundesrepublik in der EU wie folgt: „Deutschland nimmt nach wie vor viel mehr Flüchtlinge und Migranten auf als die übrigen EU-Staaten zusammen. Damit ist auch klar, dass die Flüchtlingskrise in Deutschland nicht bewältigt ist.“ *B.B.*

Entlarvte Edelfedern

BGH weist Klage von »Zeit«-Journalisten gegen ZDF ab

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat eine Unterlassungsklage der „Zeit“-Journalisten Josef Joffe und Jochen Bittner gegen das ZDF abgewiesen. Zugleich hob er die zu Gunsten der Kläger ergangenen Berufungsurteile auf. Das Unterlassungsverlangen richtete sich gegen die ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“ vom 29. April 2014. Darin führten die beiden Kabarettisten Max Uthoff und Claus von Wagner vor dem Hintergrund der Krim-Krise einen Dialog, in dem es um die Frage der Unabhängigkeit von Journalisten beim Thema Sicherheitspolitik ging.

Dabei warfen sie einigen einflussreichen deutschen Journalisten eine allzu enge Verbindung zu politischen Organisationen wie dem German Marshall Fund of the United States oder dem Verein Atlantik-Brücke vor und wiesen auf daraus resultierende Interessenkonflikte bei deren journalistischer Arbeit hin (siehe *PAZ* 23 und 42/2014). Im Fall Joffes war zudem durch ein Schaubild dessen Mitgliedschaft in acht US-nahen Lobby-Organisationen verdeutlicht worden, wobei die Moderatoren die satirische Spitze anbrachten, die zahlreichen Verpflichtungen des „Zeit“-Herausgebers in Lobby-Netzwerken ließen ihm kaum noch Zeit für seine eigentliche Tätigkeit, weshalb die „Zeit“ nur einmal in der Woche erscheine. Bei Bittner ging es zudem um seine Mitarbeit an einem vom German Marshall Fund of the United States in Auftrag gegebenen Strategiepapier, aus dem Bundespräsident Joachim Gauck, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Januar 2014 wörtlich zitiert hatten, um die Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik zu rechtfertigen.

> Interessenkonflikte durch Lobbyarbeit der Kläger erwiesen

Joffe und Bittner begründeten ihre Unterlassungsklage damit, im Rahmen dieses Dialogs sei die unzutreffende Tatsachenbehauptung aufgestellt worden, sie seien Mitglieder, Vorstände oder Beiräte in acht beziehungsweise drei Organisationen, die sich mit sicherheitspolitischen Fragen befassen. Es ist entlarvend, dass für sie nur eine ihrer Meinung nach ungenaue Angabe zur Zahl der Lobby-Organisationen Stein des Anstoßes war, während sie offensichtlich an der in der Sache zutreffenden Kritik nichts zu beanstanden hatten.

Das Urteil des Bundesgerichtshofes ist nicht nur eine peinliche Schlappe für die selbstgefälligen „Zeit“-Edelfedern, sondern auch eine schallende Ohrfeige für das Oberlandesgericht Hamburg. Dieses habe „den angegriffenen Äußerungen einen unzutreffenden Sinngehalt entnommen“, so die Karlsruher Richter. Bei „korrekter Ermittlung des Aussagegehalts“ hätte das Oberlandesgericht nämlich festgestellt, dass die beiden Kabarettisten die Aussagen in der ihnen vorgeworfenen Form nicht getätigt hätten, sodass diese auch nicht verboten werden könnten. Zur Erfassung des Aussagegehalts müsse eine Äußerung stets in dem Gesamtzusammenhang beurteilt werden, in dem sie gefallen sei. Äußerungen im Rahmen eines satirischen Beitrags seien zudem zur Ermittlung ihres eigentlichen Aussagegehalts „von ihrer satirischen Einkleidung, der die Verfremdung wesenseigen ist“, zu entkleiden. Dem Beitrag ließe sich im Wesentlichen nur die Aussage entnehmen, es bestünden Verbindungen zwischen den Klägern und den in der Sendung genannten Organisationen. „Diese Aussage ist zutreffend“, stellten die Richter des Bundesgerichtshofes dann auch unmissverständlich fest. *J.H.*

Zeitzeugen



Haider al-Abadi – Der bedrängte Ministerpräsident des Irak verkündete zum Beginn der Offensive gegen Mossul Mitte Oktober vergangenen Jahres im irakischen Fernsehen: „Die Zeit des Sieges ist gekommen. Heute erkläre ich den Beginn dieser siegreichen Operation, um euch von der Gewalt und dem Terror des Islamischen Staates zu befreien.“ Obwohl der 1952 in Bagdad geborene ehemalige Besitzer der britischen Staatsangehörigkeit sich von hohen Generälen hatte flankieren lassen und selbst Uniform trug, hat sich die Prophezeiung noch nicht erfüllt.



Abu Bakr al-Baghdadi – Der 1971 im irakischen Samarra zur Welt gekommene Chef des Islamischen Staates reagierte zwei Wochen nach dem Angriff der US-geführten Koalition auf Mossul mit einer Brandrede. Erstaunlicherweise erwähnte er dabei den Namen der Stadt Mossul nicht. Die große Zahl der Kräfte, so sagte er etwas schemenhaft, die sich gegen den IS zusammenschlössen, zeige, wie stark dieser sei. Al-Baghdadi ließ nicht erkennen, wo er selbst sich aufhielt. Es gibt Hinweise, dass er sich schon vor Längerem aus Mossul abgesetzt hat, zusammen mit der Kriegskasse.

Barack Obama – Der 1961 in Honolulu zur Welt gekommene 44. Präsident der USA hatte, kaum dass die Offensive gegen Mossul im vergangenen Oktober zum ersten Mal festgefahren war, etwas fern von der Wirklichkeit angekündigt, nun gehe es um Mossul, dann werde Rakka drankommen, die andere wichtige Stadt des Islamischen Staates.



Masud Barzani – Der im iranischen Mahabad geborene Führer der Kurden im nördlichen Irak fordert jetzt schon eine Neuordnung des Landes. „Das Sykes-Picot-Abkommen von 1916 war ein 100-jähriger Fehlschlag“, sagte er mit Hinweis auf die damalige Abmachung zwischen Großbritannien und Frankreich in einem Gespräch mit der „Neuen Zürcher Zeitung“. „Die Grenzen wurden im Namen der Großmächte gezogen. Aber in der Praxis existieren sie heute nicht mehr. Es ist an der Zeit, dass die anderen dies anerkennen und diese Realität akzeptieren.“

Was ist anders als bei Aleppo?

Keine Bilder oder Berichte über zerstörte Krankenhäuser oder Flüchtlinge

Mit dem 17. Oktober ist im Irak die Militäroffensive gegen den Islamischen Staat (IS) angelaufen, der Mossul als letzte große Stadt des Landes in Händen hat. So wie in Syrien die Schlacht um Aleppo als der Wendepunkt des Krieges bezeichnet wurde, lange bevor sie geschlagen war, so begleiten die Kämpfe um Mossul und dort ebenfalls gegen den IS die Erwartung, ihr Ausgang werde das Geschick des Irak entscheiden. Damit sind aber die Gemeinsamkeiten schon am Ende.

Die Kämpfe um Aleppo wurden in der westlichen Öffentlichkeit als Ausdruck der Brutalität des Staatspräsidenten Baschar al-Assad und seiner russischen Verbündeten dargestellt. Ein Sturz des Assad-Regimes galt als einzige Möglichkeit, Frieden und Demokratie herzustellen. Eine Aufgabe, der sich die USA mit ihrer Militärmacht auf der ganzen Welt widmeten und daher auch im Irak.

Deswegen gibt es von Mossul auch keine Bilder oder Berichterstattung über zerstörte Krankenhäuser, twitternde Kinder, bevorzugt Mädchen, und keine fliehenden Menschen, die von Jagdbombern mit ihrer letzten Habe auf dem Rücken beschossen werden. Dabei – um beim letzten Beispiel zu bleiben – sind seit Mitte Oktober 130000 Menschen aus der Stadt geflüchtet, diese Zahl nennt zumindest der Sprecher des UN-Generalsekretärs, Stéphane Dujarric.

Die Offensive gegen Mossul war im Oktober mit großen Worten angekündigt worden. Es sei eine Sache von Tagen, allenfalls wenigen Wochen, bis die Koalition, die von den USA angeführt wird, den IS vertrieben haben werde. In der Zwischenzeit ist ein Vierteljahr vergangen, und die Erfolge sind spärlich. Dabei wird die Operation von einer Spezialeinheit angeführt, die von den USA ausgebildet worden ist, der „Goldenen Division“. Allerdings gibt es Meldungen, denen zufolge diese bereits 50 Prozent ihrer Mannschaften im Kampf verloren habe. Insgesamt hat es die US-geführte Koalition in Mossul, militärisch gesehen, mit den gleichen Schwierigkeiten zu tun wie die syrischen Truppen in Aleppo: den Bedingungen des Häuserkampfes, der große Zahl der Zivilisten, den Tunnel-Systemen des IS, Scharfschützen und Verminungen. Und natürlich kommen auch in Mossul Unbeteiligte ums Leben. „Obwohl die Koalition außerordentliche Anstrengungen unternimmt“, heißt es dazu schmallippig aus der Operationsleitung, „um militärische Ziele in einer Weise zu zerstören, die das Risiko ziviler Opfer minimiert, sind manchmal Unfälle nicht zu vermeiden.“

> Laut der »Post« setzen die USA im Kampf weißen Phosphor ein

Allerdings neigt man zu Zweifeln an der Sorge der USA um die Zivilisten, wenn man Vorwürfe in Erwägung zieht, die vom Nachrichtenportal der „Washington Post“ erhoben werden. Danach setzen die US-Streitkräfte im Kampf gegen den IS weißes Phosphor ein. Das ist geächtet und stellt ein Kriegsverbrechen dar. Das Portal konnte sogar anhand von Bildern auf einer Webseite, die dem Pentagon nahesteht, die Art der Munition der US-Artillerieeinheit feststellen. Es handele sich um M825A1-Granaten vom Kaliber 155, heißt es da.

Phosphor führt zu schweren Verbrennungen, an denen der Verletzte qualvoll stirbt. Dazu reicht bereits ein Hautkontakt mit geringen Mengen, zudem sind die Dämpfe hochgiftig. Phosphor ist wie andere Kampfstoffe nicht gezielt einsetzbar, wodurch die Erzählungen von der „chirurgischen Präzision“ der US-Angriffe ins Reich der Fabel wandern.

Überraschend an dem Einsatz von Phosphor durch die USA ist allerdings weniger, dass er überhaupt geschieht, als vielmehr dass sich die Verantwortlichen nichts dabei zu denken scheinen. „Koalitionstruppen“, so der zuständige Direktor für öffentliche Angelegenheiten, Oberst Joseph Scrocca, auf Anfrage der „Washington Post“, „nutzen diese Geschosse mit Vorsicht und immer in Übereinstimmung mit dem Gesetz in bewaffneten Konflikten.“

Florian Stumfall



Erfolgt von den Truppen der US-geführten Koalition angeblich nur „mit Vorsicht und immer in Übereinstimmung mit dem Gesetz“: Der Einsatz weißen Phosphors als Waffe in bewaffneten Konflikten, hier durch die USA im Vietnamkrieg

Bild: CF



»Die USA werden im Irak scheitern«

Saddam Hussein Abd al-Majid al-Tikriti wurde im Jahre 1979 Regierungschef des Irak. Im Jahr darauf begann er den Ersten Golfkrieg gegen den Iran, bei dem er sich der Hilfe der USA sicher sein durfte. Allerdings unterstützte das Pentagon auch seinen Feind, sodass der Krieg fast volle acht Jahre anhielt. Zwei Jahre darauf ließ er sich von den USA zur Invasion in Kuwait verleiten. Das führte zum Zweiten Golfkrieg, bei dem die USA den Irak besiegten. Seither war es aus mit der Freundschaft zwischen den beiden Ländern, und Saddam mutierte in der westlichen Öffentlichkeit zum Monster. Im März 2003 endlich marschierten die USA im Irak ein, was Saddams Ende bedeutete.

Dem Land indes geht es seither nicht besser, im Gegenteil: Das Ende des Regimes Saddam Hussein bedeutete Entstehung und Aufstieg des Islamischen Staates. Das Land ist zerstört, die Menschen leben in Not und Angst. Die hilflosen Sieger verschlimmern allein durch ihre Anwesenheit die Lage.

> Saddam Hussein warnte die CIA

John Nixon, jener CIA-Agent, der Saddam Hussein nach seiner Gefangennahme einst ausführlich verhört und später ein Buch darüber geschrieben hat, erklärt: „Der IS hätte keine Erfolge feiern können, wenn der gestürzte irakische Staatschef noch an der Macht wäre. Der Westen sollte lernen, auch mit missliebigen Führern zurechtzukommen, um den Mittleren Osten zu stabilisieren.“

Saddam, so Nixon weiter, sei sich völlig darüber im Klaren gewesen, welche Gefahr von den dschihadistischen Kräften nicht nur für seine Herrschaft, sondern die ganze Weltregion ausging. „Sein Sicherheitsapparat arbeitete mit großem Eifer daran, die Bedrohung zu bekämpfen.“

Saddam habe auch ihn, Nixon, gewarnt, berichtet der CIA-Agent: „Die USA werden im Irak scheitern, denn sie beherrschen die Sprache nicht, sie kennen die Geschichte nicht und sie verstehen nicht die arabische Mentalität.“ Sie haben auch seither nichts von alledem gelernt. *FS*

Iraks Zerfall

Viel spricht für einen Fortbestand der Dreiteilung

Der Irak ist zerfallen“, stellte schon vor eineinhalb Jahren der Abgeordnete Adam Smith fest, Angehöriger des Komitees für Belange der Armee im US-Repräsentantenhaus. „Man kann mit ziemlich starken Argumenten behaupten, dass es den Irak als solchen nicht mehr gibt.“ Er bewies damit eine politische Analysekraft und Weitsicht, die in Washington selten Wohnung nimmt. Seither haben die USA im Irak freilich auch alles getan, um den Abgeordneten Smith nicht Lügen zu strafen.

Tatsächlich besteht heute der Irak aus drei Machtzentren, dem Gebiet, das die Regierung in Bagdad unter dem Ministerpräsidenten Haider al-Abadi kontrolliert, dem kurdischen Norden und den Gebieten, die derzeit noch unter der Gewalt des Islamischen Staates (IS) stehen. Wenn tatsächlich ein einheitlicher Staat namens Irak auch nach einem Ende des Kriegs nicht mehr herzustellen sein wird, so spricht alle Wahrscheinlichkeit für einen Fortbestand der Dreiteilung.

Im Norden dürften die Kurden eine vollständige Selbstständigkeit von Bagdad beanspruchen, und sie haben dafür überraschende Unterstützung, denn auch Araber, die im nördlichen Irak leben, befürworten die Bildung einer autonomen Region mit dem Zentrum Erbil. Die sunnitisch-arabische Mitte des Landes bliebe unter Bagdads Führung, während der ganze Süden von Kerbela bis Choramshar am Persischen Golf ein schiitischer Staat werden könnte.

> Bagdad wird Loslösungstendenzen begrenzen wollen

Allerdings wird Bagdad alles tun, um die zu erwartenden Autonomien des Nordens wie des Südens wenig stark werden zu lassen. Der Politologe Zana Gul-Mohammad von der Universität Sheffield sagt mit Blick auf das irakische Kurdistan: „Die wichtigste Frage für Bagdad ist, wohin sich das Projekt der kurdischen Region im Norden entwickeln wird. Wenn es eine Unabhängigkeit vom Irak will, werden es heikle Verhandlungen mit Eskalationsgefahr.“

Dasselbe gilt abgewandelt für den irakischen Süden, wo die schiitischen Araber durch ihre Nachbarschaft zu den ebenfalls schiitischen Iranern für Bagdad eine Quelle des Misstrauens oder gar der Gefahr darstellen. *FS*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Polizisten platzt der Kragen

Trotz Terror: Berlins rot-rot-grüner Senat sperrt sich weiter gegen Videoüberwachung



„Ideologie geht vor Fachlichkeit“: Polizist patrouilliert auf dem Berliner Alexanderplatz, wenige Tage nach dem Attentat an der Gedächtniskirche

Bild: Imago

Als Sicherheitsmaßnahme des Senats und Antwort auf den Berliner Weihnachtsmarktanschlag investiert Rot-Rot-Grün in Waffen und Ausrüstung der Polizei. Bilder mutmaßlicher Täter soll es für Ermittler aber nicht geben – aus Furcht vor deren öffentlicher Wirkung.

Polizeigewerkschafter kritisieren die aktuellen Sicherheitsvorstellungen der Berliner Landesregierung als „Schlag ins Gesicht“. Die Videoüberwachung in der Öffentlichkeit und an Gefahrenpunkten wird weiter vor allem von den kleinen Koalitionären blockiert. Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche im Dezember versteift sich der Senat auf seine Ablehnung der Videotechnik, die nur zeitweise erlaubt sein soll.

„Für Propaganda stellen wir keine Kameras zur Verfügung“, sperrt sich Linkspartei-Chef Klaus Lederer gegen mehr Videokameras. Er ist neben dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) Bürgermeister und zugleich Kultursenator. Kenntnisse in der Innen- und Sicherheitspolitik besitzt der Jurist keine. „Terroristen die TV-Infrastruktur zur Verfügung“ zu stellen, sei falsch, begründet Lederer seine Ablehnung von „Propaganda“.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) in Berlin kritisiert diese jüngste Haltung des Senats: „Es ist schlecht für die Sicherheit in der Stadt, wenn Ideologie vor Fachlichkeit geht“, so der DPolG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf. DPolG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt geht noch einen Schritt weiter: Lederer habe „keine Ahnung“, wie moderne Technik bei der Polizei eingesetzt werde. Den erfahrenen Polizisten ärgert, dass Lederer unterstellt, Bilder von öffentlicher Überwachung landeten einfach im Fernsehen – ohne richterlichen Beschluss.

Mögliches Motiv: Bilder blamieren linke Politik

Lederer glaube wohl noch ans „Staatsfernsehen“, so Wendt. Er hingegen sei überzeugt, Programme zur Gesichtserkennung hätten den Attentäter vom Breitscheidplatz bloßstellen können und seien Voraussetzung für eine rechtzeitige Alarmierung der Einsatzkräfte in der Terrorabwehr. So erlaube es die neueste Technik auch, auffälliges Verhalten einzelner schneller zu erkennen.

Dass der Senat diese Erkenntnisse nicht nutzen will, bleibt Fachleuten unverständlich. Innensenator Andreas Geisel (SPD) gab nun ein Interview zum Thema, das mit seinen Kabinettskollegen nicht abgestimmt war, aber dafür umso aufschlussreicher ist. Er habe in Reaktion auf den Anschlag bewusst kein „Scharfmacherpapier“ verfasst. Geisel will aber zumindest an einigen ausgesuchten, von Kriminalität besonders geplagten Plätzen Kameraüberwachung zulassen, so sein Fazit. Selbst dieses symbolische Einlenken entfachte umgehend einen Proteststurm von Linkspartei und Grünen.

Beobachter rätseln über die Motive von Lederer und Co. Wenn bei ihnen selbst eine stichpunktmäßige Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen per Videoüberwachung tabu ist, muss es andere Beweggründe geben. Einige vermuten, der Senat bereite sich zum Bundestagswahljahr auf einen Kampf der Bilder in der Hauptstadt vor.

Bilder von Tatorten und Tätern schadeten dem Projekt Rot-Rot-Grün, schadeten jedem politischen Projekt mit linker Beteiligung, das auch auf Bundesebene angestrebt wird, so die mögliche Angst. Denn solche „Propaganda“ zeige allzu eindringlich die Folgen linker Politik im dann nicht mehr grenzenlos anonymen öffentlichen Raum. Die Meldungen von besserer Bewaffnung und Ausstattung als Teil eines 45 Millionen Euro teuren Sicherheitspakets hätten dagegen die Tendenz, den Senat in ein positives Licht zu rücken, so dessen Kalkül.

Die Opposition sieht Geisel stellvertretend für die SPD als Getriebenen in Sachen Überwachung. So meint CDU-Innenpolitiker Burkard Dregger: „Nachdem ihm seine linken Koalitionspartner eine rechtssichere Ausweitung der Videomaßnahmen bei der Senatsklausur verweigert haben, will er dennoch auch am Kottbusser Tor Videotechnik einsetzen und nimmt dabei in Kauf, dass Gerichte ihn stoppen.“

Berlins neue Dreierkoalition entwickelt somit in Sachen Sicherheit ein Spiel mit verdeckten Karten und versteckten Absichten nach innen und außen – ein Dreifachblindspiel. Sogar das Berliner SPD-Urgestein Heinz Buschkowsky widersprach seiner Partei und dem „linken Oberlehrer“ Lederer: Wenn der Rechtsstaat nur „den nächsten Anschlag abwarten“ könne, statt „technische Maßnahmen auszuschöpfen“, sei das wie die Erwartung eines Naturgesetzes. Er sieht die Gefahr einer „Verhöhnung der Opfer“.

Sverre Gutschmidt

Schwarz-Grün im Potsdamer Landtag

Von THEO MAASS

Wenige Tage vor dem Ende seiner Amtszeit hat US-Präsident Barack Obama noch 4000 US-Soldaten mit Panzern, Artillerie und anderem schweren Gerät nach Polen geschickt. Die Transporte führten durch Brandenburg und riefen Bürgerproteste hervor. Teile der US-Brigade machten auf dem brandenburgischen Truppenübungsplatz Lehnin Station. Die Ankunft der US-Soldaten wurde in die Nacht verlegt – vielleicht um Bürgern die Möglichkeit zu nehmen, ihr Missfallen auszudrücken. Tatsächlich gelang es, die US-Soldaten vor den Demonstranten zu „verstecken“.

Die Aktion war Gegenstand parlamentarischer Beratungen im Landtag. Dabei ergaben sich interessante Konstellationen. AfD-Fraktionschef Alexander Gauland zeigte – nicht überraschend – Verständnis für den Bürgerprotest: „Es ist keine Friedenspolitik, es ist Kriegsdrohungspolitik. Wir brauchen kein Säbelrasseln in Osteuropa und wir brauchen keine zusätzlichen amerikanischen Truppen an der russischen Grenze.“ Darin zeigte er sich einig mit Linkspartei-Fraktionschef Ralf Christoffers, der die Demonstranten als „Ausdruck eines legitimen Protestes“ einordnete. Er teile die Sorge, dass die Stationierung von Panzern die Situation mit Russland verschärfen könnte.

Gegen die beiden stationierungskritischen Parteien gab es im Landtag eine seltsame Allianz. CDU-Fraktions- und Landeschef Ingo Senftleben schimpfte, dass Linkspartei und AfD gemeinsam Stimmung gegen die USA machten. Auch Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) bekam den Zorn des Christdemokraten zu hören. Gerade Woidke als Polenbeauftragter der Bundesregierung sollte „wesentlich sensibler und ausgewogener“ mit dem Thema umgehen, so Senftleben.

Unterstützung erfuhr der CDU-Fraktionschef vom Grünen-Fraktionsvorsitzenden Axel Vogel. Der warnte vor einer „Querfront zwischen Links und Rechts“ in der Ablehnung der Nato und einer „Blauäugigkeit in Bezug auf Putins Russland“.

Dass die hier sichtbaren Gemeinsamkeiten zwischen Schwarz und Grün geeignet sind, beiden Parteien mehr Zuspruch in Brandenburg zu verschaffen, darf indes bezweifelt werden. Sie leiden gleichermaßen darunter, für eine Regierungsbildung in Brandenburg nicht benötigt zu werden.

Zudem leidet die Wirtschaft der Region besonders unter den von der Politik verordneten Russland-Sanktionen. Hoffnungen richten sich auf den neuen US-Präsidenten Donald Trump, der sich für eine Verständigung mit Moskau offen gezeigt hat. Auch die brandenburgische Landesregierung galt in der Vergangenheit als eher russlandfreundlich.

Ruhezone für Radikale

Muslimische Extremistenszene wächst Brandenburg über den Kopf

Nach dem Terroranschlag von Berlin wird auch in Brandenburg über den Umgang mit radikalen Moslems diskutiert. Wie im Zeitraffertempo ist innerhalb weniger Jahre eine Radikalen-Szene entstanden. Für 2014 gibt der Verfassungsschutz die Zahl von 40 Personen an. Im vergangenen Jahr waren bereits 70 ins Visier der Behörden gerückt, aktuell ist die Szene bereits auf 100 Personen angewachsen.

Die extremistischen Muslime stellen für Landeskriminalamt (LKA) und Verfassungsschutz ein massives Problem dar, das immer mehr Ressourcen bindet. Bereits 2016 ist beim LKA ein eigenes Dezernat zum Kampf gegen den fundamentalislamischen Terror eingerichtet worden.

Ebenfalls 2016 hat Carlo Weber, Chef des Verfassungsschutzes, vor der Handlungsfähigkeit seiner Behörde aufgrund von Personalmangel gewarnt. Nach Recherchen der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ sind Brandenburgs Sicherheitsbehörden nicht einmal in der Lage, die Gruppe der „Gefährder“, denen Terrorakte zugetraut werden, rund um die Uhr zu überwachen, da „es an Personal und Ressourcen“ fehle. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD)

Sozialleistungen machen Verdächtigen das Leben leicht

hat sich inzwischen für den Einsatz elektronischer Fußfesseln ausgesprochen, um diese Personen kontrollieren zu können.

Auch die märkische CDU spricht sich für eine härtere Gangart aus: Verbote von Vereinen mit radikalislamischem oder terroristischem Hintergrund sollten konsequent umgesetzt werden. Zudem will die CDU, dass ausreisepflichtige Ausländer möglichst schnell wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Tatsächlich hat Brandenburg hierbei bislang weitgehend versagt. Die Szene besteht zum Großteil aus Tschetschenen, die illegal über Polen eingereist sind. Abschiebungen scheitern beinahe regelmäßig an fehlenden Papieren oder ärztlichen Attesten.

Im Fall Brandenburgs kommt ein weiterer Faktor hinzu: Für die Abschiebungen sind die einzelnen Landkreise zuständig, die von dem Instrument sehr unterschiedlich Gebrauch machen. Resultat dieses umfassenden Versagens ist das stetige Wachsen der Szene radikaler Moslems in Brandenburg.

Mehr noch: Die Zahlung von Sozialleistung führt dazu, dass sich die Verdächtigen mit ganzer Kraft ihren finsteren Bestrebungen widmen können, ohne sich wie in ihren Heimatländern um ein Einkommen aus Arbeit kümmern zu müssen. *Norman Hanert*

Saftige Rechnung

Stromkunden in neuen Bundesländern zahlen mehr als im Westen

Ausgerechnet in Brandenburg, das als ein wichtiges Zentrum der Energieerzeugung gilt, sind die Stromkosten im deutschlandweiten Vergleich am höchsten. Wie das Internetportal „Verivox“ ermittelt hat, zahlt ein Musterhaushalt von drei bis vier Personen in Brandenburg bei einem Verbrauch von 4000 Kilowattstunden pro Jahr durchschnittlich 1180 Euro.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen muss deutlich mehr bezahlt werden als im Bundesdurchschnitt. Ablesbar ist zudem ein generelles Ost-West-Gefälle. So zahlt ein Musterhaushalt in Westdeutschland im Schnitt 45 Euro weniger als der in den neuen Bundesländern. „Verivox“ führt als Ursache die Netzentgelte für die regionalen Stromnetzbetreiber an.

Überall dort, wo besonders viele Anlagen für sogenannte Erneuerbare Energien entstanden sind, fallen für die Verbraucher höhere Kosten an. Zwar zahlen alle Kunden, wenn etwa neue Stromtrassen für Windparkanlagen gebaut werden. Kosten, die durch den Ausbau bestehender Netze entstehen, bleiben jedoch bei den Kunden des regionalen Netzbetreibers hängen.

Die Brandenburger werden am heftigsten zur Kassen gebeten

Dieser Effekt verstärkt sich noch, wenn das Gebiet dünn besiedelt ist und die Kosten auf weniger Verbraucher umgelegt werden müssen. Das Problem der ungerechten Verteilung der Netzkosten ist lange bekannt, über eine Lösung wird allerdings seit Jahren gestritten. So machen die Ministerpräsidenten in den neuen Bundesländern einen Nachteil von jährlich einer halben Milliarde Euro für ihre Länder geltend. Bislang lag die Hoffnung darauf, dass bis Ende 2016 eine Regelung gefunden wird. Berufen können sich die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer auf einen Gipfel von Bund und Ländern im Jahr 2016, auf dem Eckpunkte der Ökostromreform festgelegt wurden. So hatte Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke nach dem Gipfel erklärt, es gebe bei der „ungerechten Verteilung der Netzentgelte“ eine deutliche Bewegung. Brandenburgs Stromkunden könnten bereits ab 2018 entlastet werden.

Laut Beobachtern werden in einem aktuellen Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums von Sigmar Gabriel (SPD) bundeseinheitliche Übertragungsnetzentgelte allerdings nicht erwähnt. Diese Entwicklung hat inzwischen zu Spekulationen geführt, Gabriel wolle Rücksicht auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai nehmen. *N.H.*

MELDUNGEN

Syriza im freien Fall

Athen – Der linke Ministerpräsident Alexis Tsipras und seine Syriza-Partei liegen im anhaltenden Umfragetief: Nur noch 16,5 Prozent der Befragten würden ihnen bei Parlamentswahlen ihre Stimme geben. Das hat das Meinungsforschungsinstitut Kappa Research bei einer repräsentativen Umfrage zur aktuellen politischen Stimmungslage in Griechenland herausgefunden. Dagegen konnten Kyriakos Mitsotakis und seine christdemokratische Nea Dimokratia (ND) weiter auf 22,8 Prozent Stimmenanteil zulegen. Bei der Frage nach dem geeigneteren Regierungschef sprachen sich nur noch 18 Prozent für Tsipras aus, für Mitsotakis dagegen 23,5 Prozent. Als Grund für den Niedergang des einstigen Hoffnungsträgers Tsipras machen die Meinungsforscher die von 65 Prozent der Befragten als schlecht bewertete Wirtschaftslage aus. *J.H.*

Eritreer ohne Asylgrund?

Asmara – Der deutsche Botschafter in Eritrea und drei seiner europäischen Amtskollegen zweifeln die Berichte der UN über angebliche Menschenrechtsverletzungen im „Nordkorea Afrikas“ an. In einem bislang unveröffentlichten, aber in die Presse gelangten Papier bezeichnen sie die Vorwürfe des Anfang 2016 veröffentlichten UN-Menschenrechtsberichtes zu Eritrea als wenig glaubhaft. Die UN hätten es nicht geschafft, „in 20 Jahren Beweise für solch massive Verbrechen zu finden“, schreiben die Botschafter. Das Papier könnte Folgen für die Anerkennung der Asylsucher aus diesem Land haben. Nach UN-Angaben sind fast 360000 Eritreer – mehr als fünf Prozent der Bevölkerung des Landes – derzeit als Flüchtlinge in Europa registriert. Ihre Anerkennungsquote im Asylverfahren liegt in Deutschland bei über 90 Prozent. *B.B.*

Geistige Komplizenschaft mit Mördern

Die türkische Regierung führt einen Kreuzzug gegen westliche Feste und Traditionen

Beim Anschlag auf die Diskothek „Reina“ in Istanbul offenbarte die türkische Regierung nicht nur eklatante Sicherheitslücken, sondern auch ihre geistige Komplizenschaft mit dem Täter. In der Türkei wird ein regelrechter Kreuzzug gegen vermeintlich „unislamische“ Feste und Traditionen geführt.



Eine Folge der antichristlichen Hetze? Eingang des Nachtklubs „Reina“ nach dem Anschlag zu Silvester Bild: Getty

Die Terroropfer von Silvester im Nachtklub „Reina“ in Istanbul gelten, anders als bei sonstigen Terroranschlägen in der Türkei, nicht als Märtyrer. Nach der amtlichen Sprachregelung heißt es zu der Gräueltat: „Beim Terrorangriff auf das ‚Reina‘ ist ein Polizist, der an der Tür Wache stand, als Märtyrer gefallen; 38 weitere Menschen kamen ums Leben.“ Für die Regierung stehen die Opfer der Silvesterfeier in der Diskothek demnach nicht auf derselben Stufe wie andere Terroropfer. Bisher wurden auch zivile Terroropfer als „Märtyrer“ bezeichnet, was Folgen für die etwaige staatliche Unterstützung für Hinterbliebene hat. Grund für die Änderung ist, dass Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan und die Regierung von Ministerpräsident Binali Yildirim schon vor dem Terroranschlag gegen die Silvesterfeiern als „unislamisches“ Fest gehetzt hatten. Es gab also aus Sicht der Regierung gar keinen Grund zum Feiern in der Diskothek.

Nicht nur den Terroristen des IS ist die westliche Feierkultur mit Tanz, Musik und „unislamisch“ gekleideten Frauen ein Dorn im Auge, auch für die fundamentalislamische Ideologie der türkischen Regierungspartei AKP bedeutet das Feiern von Weihnachten und Silvester schon seit Langem einen Rückfall in nichtislamische Sitten. Dementsprechend werden diese Feiern und Gebräuche seit Jahren mehr und mehr bekämpft. Viele türkische Zeitungen führten auf Geheiß der Regierung im Dezember einen regelrechten Propaganda-Krieg gegen das Neujahrsfeiern und gegen den türkischen „Papa Noël“, der an diesem Tag vielen Kindern in der Türkei die Geschenke bringt.

In früheren Jahren hatte man diese seit den 1950er Jahren aufgekommene Tradition noch geduldet, aber in letzter Zeit wird der Angriff der AKP auf die angeblich unislamischen Gewohnheiten in der türkisch-säkularen Gesellschaft immer stärker. In einer systematischen Stimmungsmache gegen die allzu abendländische gute Laune wird schon seit Jahren von Stadtverwaltungen, die von der Regierungspartei AKP getragen werden, darauf hingewiesen, dass dies christlich-europäische und nicht türkische Traditionen seien.

Silvester erfreut sich jedoch bei säkularen Türken, bei Kindern und in der Geschäftswelt großer Beliebtheit, man macht sich Geschenke, es gibt bereits türkische „Papa Noël“-Lieder und man feiert ausgelassen. Deshalb haben vor allem die Schulbehörden in den letzten Jahren die Schulen angewiesen, jegliche Weihnachts- oder Silvesterfeiern zu untersagen. Auch das Präsidium des Amtes für Religionsangelegenheiten, Ditib, das für sämtliche Moscheen des Landes sowie auch für die Ditib-Imame im Ausland – darunter knapp 1000 in Deutschland – die Freitagspredigten vorformuliert, macht immer mehr gegen die angebliche Verchristlichung des türkischen Islam mobil und biegt sich den Koran zu diesem Zweck so zurecht, wie man ihn haben will.

> Erdogan erklärte Silvesterfeiern zu »unislamischem« Fest

Der Kreuzzug gegen die „unislamischen“ Feste geht in den sozialen Netzwerken der Erdogan-Adepten noch weiter. Dort machte vor den Tagen des Attentats eine gestellte „Hinrichtung des Weihnachtsmannes“ die Runde. Für viele war das ein Omen für das, was im „Reina Club“ dann tatsächlich passierte. Die anfangs kursierende Behauptung, der 38-fache Todesschütze sei als Weihnachtsmann verkleidet gewesen, passte so gesehen in die Antiweihnachtshetze in der Türkei. In Istanbuls Innenstadt und am Bosporus-Ufer waren die Folgen dieser Hetze an Silvester bereits spürbar. Die beliebte Fußgängermeile Istiklal mit ihren vielen Bars und Musikschuppen und der Taksim-Platz waren nicht viel voller als an anderen Tagen. Dennoch war die Polizei hier viel präsenter als im „Reina“, dem größten Nachtclub des Landes mit fast 1000 Besuchern, der nur von einem Polizisten bewacht wurde. Warum die Schutzmaßnahmen hier so lasch waren, liegt auf der Hand.

Aber nicht nur in der Türkei hat das Silvester-Massaker eines vermutlich aus Zentralasien stammenden Terroristen eine seltsame Reaktion hervorgerufen. Die meisten Opfer des Attentats stammten neben der Türkei aus Saudi-Arabien. In den Medien der Halbinsel wurden die fünf saudischen Toten geflissentlich übergangen, nicht nur, weil auch in der Lehre des staatlich verordneten Wahhabismus Silvester und alle anderen westlichen Feste ein Unding sind. Übergangen wurde auch die Tatsache, dass erstmals bei einem fundamentalislamischen Attentat unter den Opfern Araber und eine Israelin waren. Das durfte nach saudischer Lesart überhaupt nicht sein. Juden und Israelis haben kein Einreiserecht in Saudi-Arabien und dürfen noch nicht einmal Kontakte nach dort haben.

Ganz anders ist der Libanon, der letzte laizistische Staat des Nahen Ostens, mit seinen drei Opfern umgegangen. Sie wurden in den libanesischen Medien als wahre Nationalhelden hervorgehoben und ins Gedächtnis der Menschen gerufen. Dabei handelte es sich um zwei christliche und ein muslimisches Opfer. *Bodo Bost*

Deutschland droht Stagflation

Teuerung zog zum Jahresende wegen des steigenden Erdölpreises heftig an

Zum Ende des vergangenen Jahres ist eingetreten, was einige Volkswirte schon länger befürchtet haben. In Deutschland hat es einen heftigen Teuerungsschub gegeben. Folgen könnte in den nächsten Jahren eine hochproblematische Mischung aus Inflation und Stagnation, die Stagflation.

Ausgerechnet zu Beginn des Jahres, in dem die Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag anstehen, hat das Statistische Bundesamt die für den Verbraucher schlechte Nachricht präsentiert, dass die Preisteuerung im vergangenen Dezember von 0,8 Prozent auf 1,7 Prozent geklettert ist. Ein ähnlich kräftiger Anstieg wurde zuletzt vor 23 Jahren als Folge der deutschen Vereinigung verzeichnet. Diesmal wird als Ursache der Ölpreis genannt, der nach der Einigung der Opec auf eine Förderkürzung wieder gestiegen ist.

Auch wenn der im Dezember ermittelte Inflationswert noch moderat erscheint, fühlen sich einige Beobachter bereits an den Beginn der 70er Jahre erinnert, als wichtige Volkwirtschaften im Griff einer sogenannten Stagflation waren. Mit dem Begriff ist das eher seltene Zusammenfallen gleich zweier Übel gemeint: Inflation und Stagnation.

Üblicherweise lässt eine hohe Inflation die Wirtschaft heiß laufen. In den 70er Jahren hingegen gingen hohe Inflationszahlen mit einem jahrelangen Stagnieren des Wirtschaftslebens und einer Massenarbeitslosigkeit, wie man sie eher aus Zeiten der Deflation kennt, einher. Es gibt einige alarmierende Parallelen zu den frühen 70er Jahren. Auch damals stieg die Inflation von einem niedrigen Niveau kommend sprunghaft an. Und auch damals waren nach dem sogenannten Ölpreisschock die Energiepreise der entscheidende Preistreiber. In den USA kletterte die Inflation auf 15 Prozent, in Japan stieg die Teuerungsrate sogar auf 25 Prozent. Die Verbraucher in Europa mussten seinerzeit Inflationsraten zwischen zehn und 15 Prozent verkraften.

Die Zentralbanken standen damit vor dem Dilemma, dass Zinserhöhungen der richtige Schritt gewesen wären, um die Inflation wieder einzufangen, das Drehen an der Zinsschraube allerdings die ohnehin schwierige Wirtschaftslage weiter zu verschlimmern drohte. Sollte ein kräftiger Anstieg des Ölpreises nun abermals eine hohe Inflation bewirken, würden wichtige Zentralbanken noch aus einem weiteren Grund davor zurückschrecken, mit Zinserhöhungen gegenzusteuern. In vielen Ländern ist die Staatsverschuldung inzwischen so hoch, dass sie nur noch durch Niedrig- und Nullzinsen zu schultern ist.

> Die als Gegenmittel angezeigte Erhöhung der Zinsen droht in der Euro-Zone aus Rücksicht auf die Schuldenstaaten zu unterbleiben

Eine ganz besondere Herausforderung würde dadurch auf die Europäische Zentralbank (EZB) zukommen, dass die Staaten der Euro-Gemeinschaft keinen auch nur annähernd homogenen Wirtschaftsraum darstellen. Die EZB steht damit vor der Frage, an den Interessen welcher Staaten sie ihre Geldpolitik orientieren soll. Wird sich der Preisauftrieb in Deutschland nach dem starken Inflationsschub im Dezember längere Zeit fortsetzen, wären hierzulande deutliche Zinserhöhungen fällig.

Allein ein Blick nach Italien lässt allerdings erwarten, dass die von einem Italiener geführte EZB einen solchen Schritt nicht unternehmen wird. Denn der italienische Staat hat mittlerweile Schulden von über 2,3 Billionen Euro angehäuft. Würde die EZB die Zinsen auch nur um einen einzigen Prozentpunkt anheben, dann risse dies bereits ein Loch im zweistelligen Milliardenbereich in den Staatshaushalt der Italiener. Würde die EZB die Zinsen zur Inflationsbekämpfung noch stärker anheben, dann riskierte sie, dass Italien seinen Schuldendienst nicht mehr leisten kann. Und Italien steht mit seiner Interessenlage nicht allein. Auch eine Reihe anderer Länder der Euro-Zone ist dringend auf Niedrigzinsen angewiesen.

Bei der Deutschen Bundesbank wird die damit drohende Gefahr klar benannt: „Meine Sorge ist, dass bei unsolider Fiskalpolitik die Geldpolitik unter Druck geraten kann, auf eine Zinsanhebung zu verzichten, obwohl eine Straffung geldpolitisch angezeigt wäre“, warnt Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Steigen die Ölpreise weiter, könnte den Deutschen damit eine lange Phase drastisch steigender Lebenshaltungskosten bevorstehen.

Auch für die etablierte Politik würde die Rückkehr einer Stagflation eine schwierige Lage heraufbeschwören. Bislang konnten die Folgen der Euro-Rettungspolitik vor weiten Teilen der Öffentlichkeit kaschiert werden. Die Haftungsübernahmen durch Rettungsfonds, Target2-Salden und die Anleihenkäufe der EZB werden oft nur als sehr abstrakte Gefahren für den eigenen Wohlstand angesehen. Preissteigerung im zweistelligen Prozentbereich sind dagegen im Alltag ganz konkret am Geldbeutel spürbar und bauen eine Erwartungshaltung gegenüber der Politik auf. *Norman Hanert*



Bundesbankpräsident Jens Weidmann: „Meine Sorge ist, dass bei unsolider Fiskalpolitik die Geldpolitik unter Druck geraten kann, auf eine Zinsanhebung zu verzichten, obwohl eine Straffung geldpolitisch angezeigt wäre“

Bild: Gaby Gerster/CF

MELDUNGEN

Mercedesteile aus Schlesien

Bischofstal – Die zum deutschen Weltmarktführer IFA Rotorion gehörende IFA Powertrain Polska fertigt ab diesem Jahr im oberschlesischen Bischofstal Seiten- und Gelenkwellen vor allem für den deutschen Markt. Hauptkunde ist zunächst Daimler, der sie in seinen Fahrzeugen der C-, E- und S-Klasse verbaut. Die Produktion wird mit 90 Arbeitern und einer Kapazität von zwei Millionen Wellen pro Jahr begonnen, doch ist bereits in Kürze eine Aufstokkung auf 400 Beschäftigte geplant. Die seit zehn Jahren offiziell zweisprachige Gemeinde hat sich seit 1989 zu einem bevorzugten Standort für deutsche Unternehmen entwickelt. *T.W.W.*

Wirtschaft weiter gewachsen

Berlin – Das Bruttoinlandsprodukt stieg 2016 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 1,9 Prozent und damit so stark wie seit 2011 nicht mehr. 2015 hatte es ein Plus von 1,7 Prozent gegeben. Dabei profitierte die Wirtschaft vor allem von der starken Inlandsnachfrage. Die gute Beschäftigungslage, steigende Löhne sowie billiges Tanken und Heizen erhöhten die Kaufkraft der Verbraucher, die zwei Prozent mehr ausgaben als im Jahr davor. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung: **2.277.801.694.372 €**

Vorwoche: 2.032.008.676.979 €

Verschuldung pro Kopf: **27.434 €**

Vorwoche: 24.728 €

(Dienstag, 17. Januar 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Das Ende der Kostenfreiheit

Die Zinspolitik der EZB macht Girokonten für Banken unattraktiv

Jahrzehntelang lockten Kreditinstitute Kunden mit kostenfreien Girokonten. Damit ist es wohl endgültig vorbei. Aber immerhin sorgt der Wettbewerb dafür, dass der Verbraucher immer noch Wahlmöglichkeiten hat. Immer mehr Bürger weichen daher auf Direktbanken aus, also Geldhäuser, die ohne teure Filialen auskommen und ihre Dienste ausschließlich per Internet, Fax oder Telefon anbieten. Kunden bekommen dort keine persönliche Beratung, aber das ist gerade für jüngere Menschen kein großes Problem.

In ihrem „Finanzstabilitätsbericht 2016“ hat die Bundesbank vor wenigen Wochen über die Probleme der Branche berichtet. Zur Panik bestehe noch kein Grund, aber zahlreiche Kreditinstitute würden von Rücklagen leben. Wichtigste Ertragsquelle der Banken und Sparkassen in Deutschland ist der sogenannte Zinsüberschuss, also die Differenz zwischen dem, was die Institute etwa für Kredite veranschlagen, und dem, was sie ihren Kunden als Sparzinsen zubilligen. Bisher flossen mehr als zwei Drittel dieser Erträge auf diese Art. Weil die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen im Euroraum faktisch abgeschafft hat, sind diese Einnahmen aber in den Keller gegangen. Nach Angaben der Bundesbank könne eine Mehrzahl der Bankhäuser „dies für den Moment über Rücklagen auffangen“. Aber für Kreditinstitute mit einem stark zinsabhängigen Geschäftsmodell könnte die anhaltende Phase sehr niedriger Zinsen mittel- bis langfristig zu einer ernsten Gefahr werden, hieß es weiter.

Not macht bekanntermaßen erfinderisch. So berichtete die Deutsche Presse-Agentur (DPA) von einem Fall bei der Sparkasse Soest. Das Institut in Nordrhein-Westfalen beschloss, Online-Kunden eine „Klickgebühr“ zu berechnen. Wer sein Konto auswählt, um beispielsweise die Umsätze der letzten Wochen zu kontrollieren, läuft direkt in eine Kostenfalle. Jeder Klick, so die Begründung der Sparkasse, löse im Hintergrund einen technischen Vorgang aus, der Geld koste.

> Geschäftskunden zahlen bereits Negativzinsen

Die Zeiten des kostenfreien Girokontos bei den Sparkassen und Volksbanken sind vorbei. Früher hieß es im Volksmund, die Bank arbeite mit den Zinsen. Nun da keine mehr fließen, wird in aller Regel eine Kontoführungsgebühr berechnet. Einige Banken berechnen auch jeden Transaktionsvorgang einzeln. In einer Untersuchung hatte die Stiftung Warentest 241 Kontomodelle von 104 Banken analysiert und dabei festgestellt, dass nur noch 25 von ihnen kostenfrei waren. Dies bezog sich fast ausschließlich auf die Direktbanken, bei denen Branchenkenner davon ausgehen, dass sie mit dem kostenfreien Modell noch eine gewisse Zeit auf Kundenfang gehen können.

Die traditionellen Banken hoffen derweil auf eine Änderung der EZB-Politik. Denn am Horizont blinkt schon das Damoklesschwert der Negativzinsen. Im Geschäftsbereich hatten einige Sparkassen bereits im vergangenen Jahr zu einer solchen Maßnahme gegriffen, allerdings betraf dies nur Millionen-Guthaben. Für Privatkunden seien Strafzinsen aber bislang kein Thema. "Unser Ziel ist, von normalen Sparern keinen Negativzins zu verlangen“, sagte ein Sprecher des Sparkassenverbandes. Völlig ausgeschlossen seien diese auf lange Sicht aber nicht. Immerhin: Anders als bei Handyverträgen oder Versicherungen gibt es keine Mindestlaufzeit. Konten können jederzeit gekündigt werden. *Peter Entinger*

Draghi-Mails gehackt

Tatverdächtig sind ein Nuklearingenieur und dessen Schwester

Kriminelle Hacker haben in Italien offenbar jahrelang die E-Mails von Geschäftsleuten, Bankmanagern, Kirchenvertretern und hochrangigen Politikern mitgelesen. Die italienische Polizei hat laut Medienberichten einen Nuklearingenieur und dessen Schwester wegen des Verdachts festgenommen, dass sie sich seit dem Jahr 2010 Zugriff auf Tausende E-Mail-Konten verschafft haben. Beide Tatverdächtige, denen Diebstahl von Staatsgeheimnissen und der illegale Zugriff auf Computersysteme vorgeworfen wird, sollen in römischen Finanzkreisen Bekanntheit genießen.

Zu den ausgespähten Konten gehören nach Angaben der Ermittler die Mail-Adressen, die Italiens ehemaliger Regierungschef Matteo Renzi währen seiner Amtszeit genutzt hat. Auch die elektronische Korrespondenz von Mario Draghi während seiner Zeit als Gouverneur der Banca d'Italia, der italienischen Zentralbank, ist als Ziel des Hackerangriffs genannt worden. Bislang liegen keine Kenntnisse vor, dass Draghis E-Mail-Verkehr auch während seiner Amtszeit als Chef der Europäischen Zentralbank ausspioniert wurde. Neben Renzi und Draghi tauchen auf der Liste der ausgespähten Personen eine ganze Reihe weiterer wichtiger Persönlichkeiten Italiens auf. So sollen zu den Opfern der Generaldirektor der Banca d'Italia von 2006 bis 2013, Fabrizio Saccomanni, eine Reihe von Vertretern des Vatikans, aber auch Mario Monti, der Vorgänger Renzis im Amt des Premierministers, gehören.

Nach Angaben des Ermittlers Roberto Di Legami lässt das sichergestellte Material darauf schließen, dass sich die Hacker Zugriff auf rund 2000 Passwörter und 18 000 E-Mail-Konten verschafft haben. Vermutet wird, dass dabei eine Schadsoftware verwendet wurde, die von den Hackern selbst programmiert worden war. Wie weiter berichtet wurde, sollen 99 Prozent der gestohlenen Daten auf Servern in den USA gespeichert worden sein. Das FBI hat inzwischen auf Ersuchen eines italienischen Gerichts die betreffenden Server zur Beweissicherung beschlagnahmt. Die US-Bundespolizei soll auch eine wichtige Rolle bei der Ermittlung des Tatverdächtigen gespielt haben. Ausgelöst wurden die Ermittlungen im April vergangenen Jahres, als erstmals eine mit Schadsoftware infizierte E-Mail aufgefallen war.

> Die Liste der Opfer liest sich wie ein »Who is Who« Italiens

Derzeit wird untersucht, wie die erlangten Informationen im Einzelnen genutzt wurden. Di Legami geht nach aktuellem Kenntnisstand davon aus, dass die ausspionierten E-Mail-Korrespondenzen wahrscheinlich von dem Verdächtigen in der von ihm geleiteten Investmentfirma Westland Securities SpA für Anlageentscheidungen genutzt worden sind. Dazu würde passen, dass in den Gerichtsdokumenten auch Manager des italienischen Ölkonzerns Eni und des Stromversorgers Enel als ausgespähte Ziele genannt werden.

Inzwischen sind in einigen Medien Berichte aufgetaucht, denen zufolge der festgenommene Nuklearingenieur ein hochrangiges Mitglied einer Freimaurerloge ist. Die zum Zweck der Cyberspionage eingesetzte Schadsoftware soll in Anlehnung an die Freimauersymbolik den Namen „Eyepyramid“ (Augenpyramide) getragen haben. Zu den ausspionierten E-Mail-Adressen sollen auch diejenigen des Großmeisters einer großen italienischen Loge gehören. *N.H.*

Kein dummes Volk

Von Wolfgang Thüne

Das Wort „Demokratie“ kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Volksherrschaft“. Sie ist laut Grundgesetz das tragende Verfassungsprinzip: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Unsere Demokratie ist jedoch keine direkte, sondern eine indirekte Parteien-Demokratie. Die Parteien formulieren Programme und stellen Kandidaten auf, die in Wahlkreisen sich mit allen Mitteln der Kunst um die Gunst des „Volkes“ bewerben. Der Kandidat mit der höchsten Stimmenzahl ist dann der „Abgeordnete des Volkes“, sein Repräsentant. Kurios an dieser Situation ist, dass der Abgeordnete zwar vom Volk gewählt, aber nach dem Wahlakt nicht an dessen Weisungen gebunden ist und bei seinen Entscheidungen persönliche „Gewissensfreiheit“ reklamieren kann.

Das griechische „Wort „Demokratie“ wurde wörtlich als „Demokratia“ ins Lateinische übernommen, wenngleich im Römischen Reich diese auf die griechischen Stadtstaaten zugeschnittene Staatsform unbekannt war. Die direkte Übersetzung von Volksherrschaft ins Lateinische wäre gewesen „regnum populi“ (Herrschaft des Volkes) oder „regnum populo“ (Herrschaft durch das Volk). Einen Unterschied gibt es prinzipiell nicht, auch nicht beim Wahlmodus.

Wer als Partei oder als Einzelner in einem Wahlkreis die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen will, muss dem „Volk aufs Maul“ schauen, dessen Wünsche erraten und mit allen demagogischen, rhetorischen und propagandistischen Mitteln versuchen, die meisten Kreuzchen auf den Stimmzetteln zu erhaschen. Wenn Parteien ihre Zustimmung beim Volke und ihre Mehrheiten schwinden sehen und dann andere demokratische Parteien des Populismus bezichtigen, den sie selbst praktizieren, dann zeigen sie als erstes ihre Unbildung. Sie zeigen aber auch eine zutiefst undemokratische Haltung, eine Arroganz dem Volk gegenüber, indem man es für zu dumm hält, um die „Spreu vom Weizen“ zu trennen.

> Wer gewinnen will, muss den Wählern aufs Maul schauen

Wer seinen politischen Kontrahenten im Wettkampf um Wählerstimmen mit dem unfairen Schimpfwort „Populist“ belegt, bestätigt Platon und Aristoteles, die beide die „Demokratie“ negativ als „Herrschaft der Proletarier, der anarchischen Masse“ ansahen und diese Art Volksherrschaft als „Ochlokratie“ ablehnten. Wer sich als aufrechter Demokrat bezeichnet und unsere freiheitliche Demokratie vor Schaden bewahren will, muss alle „Radikalismen“ gleichermaßen bekämpfen. Oberste Gebote sind Toleranz und Meinungsfreiheit. Niemand besitzt ein totalitäres Meinungsmonopol, weder die „Linke“ noch die „Rechte“ oder die „Mitte“. Im Wettstreit der Ideen liegt die Entscheidung beim Volk. Das Volk ist in einer Demokratie der Souverän und nicht so dumm, wie es manche Meinungsdiktatoren gerne hätten.

Warum das große Geschrei?

Von Florian Stumfall

Bereits im März des vergangenen Jahres war zu lesen, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) verstärkt die „russische Propaganda“ überwache. Der BND hat dazu eine Arbeitsgruppe gegründet. Sie soll die Bundesregierung über die vielen Trolle und was diese so an Propaganda treiben, in Kenntnis setzen. Sage niemand, das gehe den BND nichts an – Jänis Särts, Direktor des Stratcom COE, das ist ein Kommunikationszentrum der Nato, flüsterte dem britischen „Observer“, Russland versuche, eben auch durch seine Propaganda, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel zu stürzen.

Wo solche Gefahr dräut, ist Hilfe nah, und zwar in Person des Justizministers Heiko Maas. Er will verhindern, dass „dubiose Personen“ – man darf sie sich vorstellen mit slawischem Akzent, einer Fellmütze, in der Tasche eine Flasche Wodka und auf einem Bären reitend – dass also solche Personen Einfluss auf das Ereignis der Bundestagswahlen in diesem Jahr nehmen. Dies könne geschehen via Internet und durch „falsche und Interessen gesteuerte Fehlinformationen“. Falsche Fehlinformationen – man sieht, welchen Schaden die Trolle schon angerichtet haben. Damit sei zu rechnen, unkte Maas am 27. November im „Bericht aus Berlin“ in der ARD. Welche Kriterien die Bundesregierung anwenden werde, um Falschinformationen und Propaganda zu kennzeichnen, stehe noch nicht fest, so der Justizminister. Erinnerungen an die Reichspressekammer unseligen Angedenkens? Man kann so sagen: Wer wieder eine haben wollte, müsste nur auf diesem Weg weitergehen.

> Panik beim politisch-journalistischen Komplex

In diesem Zusammenhang haben die so angegriffenen Medien, aber auch politische Gremien dem Kampfbegriff „Lügenpresse“ eine Erwiderung entgegengesetzt. Sie heißt: „Fake News“. Das bedeutet im Grunde auch nichts anderes als der verpönte Ausdruck „Lügenpresse“, ist aber englisch und daher unbedenklich. Damit wird belegt, was an Nachrichten unliebsam ist. Kanzlerin Merkel warnt vor einer Gefahr, nämlich derjenigen von „Falschinformationen, die die öffentliche Meinung im Internet manipulieren“.

Gleichzeitig hat das EU-Parlament einen Beschluss verabschiedet, der eine „Antwort auf den Informationskrieg“ Russlands fordert. Die EU-Mitgliedsländer sollen „ihre Budgets für Gegenpropaganda erhöhen“, ist im Beschluss zu lesen. Auch werden die „gefährlichsten Werkzeuge russischer Propaganda“ namentlich aufgeführt, nämlich die Nachrichtenagentur „Sputnik“ und der TV-Sender „Russia Today“.

Tatsächlich ist es so, dass die sinkenden Auflagen der Zeitungen und der Niedergang des Ansehens von Politikern und Journalisten zu einer Panik beim politisch-journalistischen Komplex führen. Hat man es dann noch mit einer Konkurrenz zu tun, dann ist



Der politisch-journalistische Komplex in Deutschland hat es zu seinem Leidwesen mit Konkurrenz aus Russland zu tun: Wladimir Putin besucht die Sendezentrale des TV-Kanals Russia Today

Bild: Kremlin.ru/CF

Frei gedacht



Zum Tode von Udo Ulfkotte

Von Eva Herman

Es war ein eiskalter Januartag 2017, als ich die Nachricht erhielt: Udo Ulfkotte ist tot. Kaum vorstellbar. Die Welt ist von einem Tag auf den anderen ärmer geworden. Udos langer Weggefährte und Freund, der Verleger Jochen Kopp, veröffentlichte einen Nachruf auf Kopp-Online. Die letzte Ehre, Worte voller Respekt und Wertschätzung, die er dem Verstorbenen erwies. Da heißt es: „Für die große Zahl seiner Leser im In- und Ausland, für seine Freunde und Kollegen ist es nahezu unvorstellbar: Udo Ulfkottes Stimme ist für immer verstummt. Wenige Tage vor seinem 57. Geburtstag erlag der engagierte Journalist und Autor am 13. Januar 2017 einem Herzversagen. Die Menschen, die ihn kannten und schätzten, traf diese Nachricht wie ein Schock. Mit seinem plötzlichen Tod verlieren alle, die eine Alternative zum politischen und publizistischen Mainstream suchten, einen unerschrockenen, mutigen Protagonisten. Der Kopp Verlag verliert einen seiner erfolgreichsten Bestsellerautoren und ich persönlich einen guten Freund.“

Auch ich arbeitete mit Udo einige Jahre zusammen im Kopp-Verlag. In dieser Zeit habe ich viel von ihm lernen dürfen, vor allem, dass man jede öffentliche Behauptung lieber einmal mehr als zu wenig überprüfen muss. Er war stets so sehr darauf bedacht, niemals etwas Falsches oder Halbrichtiges zu schreiben, um etwa Schlagzeilen zu machen, er wusste von den Gefahren – und von seiner Verantwortung. Udos Beiträge im Internet flimmerten oft bunt wie ein Tannenbaum: Nahezu in jedem Satz verlinkte er Quellen, ob sie in Englisch, Französisch oder Arabisch waren. Udo beherrschte mehrere Sprachen fließend, er las regelmäßig die internationale Presse, hatte, wie kaum ein anderer Journalist, einen extrem guten Überblick, den er sich stets selbst verschaffte, statt auf die mainstream-glattgebürsteten Presseagenturen zu warten.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

In seiner ganzen Art war der herausragende Journalist bemerkenswert einfach, als Mensch direkt und knochenehrlich. In der Einfachheit liegt die wahre Größe eines Menschen. Mit analytischem Verstand und einer hohen Empfindung sichtete er die Welt in ihren Zusammenhängen. Schon lange war ihm klar, dass hier, in Deutschland und Europa, praktisch kein Stein mehr auf dem anderen stand. Er wusste zu warnen, machte zuweilen durchaus laut und grell auf die drängenden Probleme der Zeit aufmerksam, weil die Boulevard-gewaschenen Leute sonst gar nicht mehr zuhören wollten. Jochen Kopp schreibt über Udo Ulfkotte: „Der promovierte Politikwissenschaftler arbeitete viele Jahre im Auslandsressort der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Er bereiste über 60 Staaten. Durch seine zahllosen Aufenthalte im Nahen und Mittleren Osten galt er als vorzüglicher Kenner der Situation in den islamischen Regionen. Im Gegensatz zu den meisten seiner Kritiker, die seine Arbeit zu diskreditieren suchten, kannte Udo Ulfkotte den Islam und viele islamische Staaten sehr genau. Schon in einem frühen Stadium warnte der Journalist und Buchautor vor einer Islamisierung Deutschlands und Europas. Vieles von dem, wovor er in seinen bereits vor vielen Jahren erschienenen Büchern warnte, ist heute Realität.“

Jochen Kopp hat so recht. Als ich 2010 ein längeres Interview mit Udo Ulfkotte führte, konnte ich mir noch nicht vorstellen, dass alle seine Warnungen nahezu ausnahmslos so schnell eintreffen würden. Udo sprach, im Zuge der Islamisierung Deutschlands, von vielen Gefahren. Beispielsweise wies er auf den Koran hin, welcher klarstellt, dass die islamische Religion nicht wirklich mit anderen Religionen kooperieren kann. Auch beschrieb der Journalist die Gefahren der bislang in Deutschland noch verbotenen Verwandtenehen, die im Islam gang und gäbe sind. Jede zweite islamische Ehe werde auf diese Weise geschlossen, jedes dritte daraus hervorgehende Kind habe geistige oder körperliche Einschränkungen, erläuterte er die Statistiken, in Deutschland, wohlgemerkt. Da könne man noch so viele Integrationskurse bereitstellen, es nütze nichts. Es sei an dieser Stelle wiederholt, dass Udo Ulfkotte alle Behauptungen stets hatte belegen können. Er trug akribisch die Statistiken zusammen, zeigte Studien, Tabellen, Forschungsergebnisse. Und kam zu dem Schluss: Das kann und wird niemals gutgehen. So wies er unter anderem auf die zahllosen Parallelgesellschaften hin, die sich in Deutschland – jetzt zusätzlich mit der bedingungslosen Einwanderung von Millionen „Flüchtlingen“ 2015/2016 – explosiv multipliziert haben. Recht und Ordnung werden Schritt für Schritt ausgehöhlt, übrig ist ein nahezu wertloses Gerippe einstigen Gesellschaftsglanzes. In Udos Bekanntenkreis gab es viele Polizisten, die sich regelmäßig ihr Herz bei ihm ausschütteten. Viele konnten nicht mehr, waren physisch und psychisch am Ende. Er schenkte ihnen eine Stimme, wies unermüdlich auf die Missstände hin.

Ich kann nicht sagen, ob Udo Ulfkotte am Ende glaubte, tatsächlich noch etwas zum Guten wenden zu können. Es ist fast nicht vorstellbar. Doch hat er sich niemals geschlagen gegeben, hatte vielleicht auch auf ein Wunder gehofft, ein Wunder des Umsturzes, einer Revolution, eventuell? Als er einmal gefragt wurde, ob er sich nicht politisch engagieren wollte, da hatten wir darüber gesprochen. Ob ich es mir vielleicht auch vorstellen könnte? Wenn wir wenigstens eine Handvoll Leute wären, die sich einig sind, so wäre es vielleicht ein Weg gewesen? Nein, ich glaube nicht mehr an Parteien, mein Vertrauen in diese Institutionen ist restlos dahin. Und wer weiß, ob uns nicht noch einige Jahre mit Udo geschenkt wurden, weil er eben gerade nicht in die Politik gegangen war. Denn Udos Herz war schwach, viel zu schwach für große Aufregungen.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Es ist für mich nicht nachvollziehbar, was mit dem Bekanntwerden des Todes von Udo Ulfkotte in den Online-Massenmedien geschah: Häme, Spott und Schadenfreude ergossen sich wie übelriechender Pesthauch über die Portale von „Spiegel“ & Co, Twitter & Facebook. Wie war es gleich noch mal mit sogenannten Hate Speeches? Sollten sie nicht bestraft werden? Nun denn, macht mal hier den Anfang, ihr Leute da oben im tatsächlich so genannten Abwehrzentrum für Desinformation: Da twittert die „Spiegel“-Autorin Hatice Ince zum frühen Tod Udo Ulfkottes: „Hahahaha! Darauf ein Schnaps!“ Die ARD-Journalistin Julia Rehkopf markiert den Tweet mit „Gefällt mir.“ Auch der oft etwas zu glatt wirkende Spiegel-online-Kolumnist Jan Fleischhauer bekleckert sich nicht mit Ruhm. In einem Nachruf wagt er sich an eine Zusammenfassung des Ulfkotte-Bestseller-Buches „Gekaufte Journalisten“, die so lautet: „Das bei den sogenannten Qualitätsmedien beschäftigte Pressekorps ist in Wahrheit ein korrupter Haufen von Abstaubern, die die Öffentlichkeit nach Strich und Faden belügen und betrügen. Statt ihren Lesern zu dienen, schreiben die Angehörigen dieser elenden Kaste ihren heimlichen Auftraggebern bei CIA und Wall Street nach dem Mund. In Ulfkottes Welt gibt es immer jemanden, der im Hintergrund die Fäden in der Hand hält. In diesem Fall ist das die amerikanische Finanzelite, die über die Geheimdienste die öffentliche Meinung kontrolliert.“ Sei es drum. Udo ist gegangen. Er ist unersetzbar!

Jackie als Vorgängerin Hillary Clintons?

Weichgezeichneter Spielfilm über die Witwe John F. Kennedys in den Tagen nach dem Attentat von Dallas

Passend zum Amtswechsel im Weißen Haus bringt die US-Filmindustrie eine Hommage an Jackie Kennedy in die Kinos. Der Zeitpunkt muss kein Zufall sein.

Hätte Hillary Clinton, womit viele gerechnet hatten, die letzte US-Präsidentenwahl gewonnen, hätte die Botschaft gelautet: Die neue US-Präsidentin kann an eine große Tradition anknüpfen. Mit Jackie Kennedy hat es schon einmal eine großartige, tapfere Demokraten-Frau im Weißen Haus gegeben. Es kam bekanntlich anders. Der republikanische Gegenkandidat gewann die Wahl, und selbst Trump-Gegner wie Friedrich Merz sahen sich genötigt einzugestehen, dass Hillary Clinton Trumps Klischee vom politischen Establishment sehr nahe kam. Nach der Niederlage kann der Film wenigstens noch als Balsam auf verletzten Demokraten-Seelen wirken mit der Botschaft: Nicht allen Demokraten-Dynastien werden Affären und Skandale zum Verhängnis.

Jackie wird in dem gleichnamigen Spielfilm gelinde gesagt wohlwollend dargestellt. Von der Darstellerin der Titelfigur, der aus „Star Wars“ und „Black Swan“ bekannten Natalie Portman, hat es zwar in der Presse geheißen, dass sie Jackie Kennedy „gespenstisch ähnlich“ sähe, doch kann man das auch anders sehen. Portmanns Züge sind viel lieblicher, wie überhaupt Jackie Kennedy als sehr weich, verletzlich und von Selbstzweifeln geplagt dargestellt wird. Die These von der kalten, berechnenden Frau, die mit den Emotionen ihrer Landsleute spielt, wird verneint.

So kommt denn auch die berühmte, diesen Verdacht nährende Szene, in der John F. Kennedy junior vor dem Sarg seines Vaters salutiert, in dem Film nicht vor. Stattdessen wird umgekehrt Jackie Kennedy als eine die Massen wirklich liebende, hochemotionale Frau gezeichnet, die aus Pflichtbewusstsein ihre Gefühle zumindest teilweise vor der Öffentlichkeit verbirgt.

Dass Jackie Kennedy wie wohl keine Präsidentengattin vor ihr auf ihre Wirkung in der Öffentlichkeit bedacht war, wird in dem Film nicht geleugnet, aber selbst das wird positiv dargestellt. Da empfängt Jackie Kennedy als First Lady das Fernsehen in ihrem Weißen Haus und bekommt vorher von ihrer Beraterin eingeimpft, was sie sagen soll. Während ihres Auftritts vor der Kamera wirft sie dann derart herzig verlegene, Rückmeldung erflehende Blicke zu ihrer Beraterin, dass man sie als Zuschauer am liebsten herzen und knuddeln möchte. Derart mädchenhaft werden wohl die wenigsten Jackie Kennedy in Erinnerung haben.

Überhaupt sind alle Akteure märchenhaft gut, vor allem die Kennedys. Eine Ausnahme bilden eigentlich nur John F. Kennedys Nachfolger im Präsidentenamt, Lyndon B. Johnson, und die Speichellecker im Weißen Haus, die aus Opportunismus gegenüber dem neuen Hausherren Jackie und ihrer Familie das Leben schwer machen.



Bild: Tobis Film GmbH

Jackie in Trauer: Im Film trägt die Kennedy-Witwe (Natalie Portman) die meiste Zeit schwarz

Die eigentliche Handlung des Films besteht darin, dass ein Journalist, der „Life“-Reporter Theodore H. White, Jackie Kennedy eine Woche nach der Ermordung ihres Mannes auf dem Sommersitz ihrer Familie besucht und sie interviewt. Der Journalist kommt mit einem Taxi, von Beginn an ist sein Hemdkragen geöffnet und seine Krawatte gelockert, und wenn die trauernde Witwe etwas sagt, was ihn unfreiwillig erheitert, unterdrückt er seine Erheiterung kaum. Jackie Kennedy wiederum öffnet ihm höchstselbst die Haustür, und Personal ist weit und breit nicht zu sehen. Diese Rahmenbedingungen wirken nicht gerade glaubhaft, sollen aber wohl den Eindruck erwecken, dass es sich bei dem Dargestellten um ein offenes und ehrliches Gespräch handelt. Deshalb lassen die Filmemacher Jackie Kennedy den Journalisten auch mahnen, dass er nicht alles schreiben dürfe, was sie ihm nun sagen werde.

Der ganze Film hätte ein relativ preisgünstiges Zwei-Personen-Stück werden können, wenn es nicht eine Reihe von aufwendigeren und aktionsreicheren Rückblenden gäbe, die den Zeitraum von der Ankunft des Präsidentenpaares in Dallas bis zur pompösen Trauerfeier für den von Peter Sarsgaard gespielten John F. Kennedy abdecken und das Salz in der Suppe darstellen, für welches das Interview den Rahmen bildet.

Behandelt wird also ein zwar kleines, aber durchaus interessantes Stück US-Geschichte, die seit dem Zweiten Weltkrieg auch Weltgeschichte ist. Ihre Darstellung ist allerdings langatmig und zumindest für den mitteleuropäischen Geschmack extrem pathetisch. Sie ist geprägt von scheinbar inhaltsschweren oder gefühlsbeladenen Dialogen sowie Sequenzen mit Nahaufnahmen und Hintergrundmusik voller Theatralik.

Wenn man wenigstens wüsste, dass das Dargestellte und Gesagte authentisch ist, würde man sich als Zuschauer ja damit trösten können, etwas für seine Bildung zu tun. Doch wer kann von sich behaupten, derart genau, wie in dem Film dargestellt, zu wissen, wie Jackie am Abend des Attentats ihre blutverschmierte Kleidung auszog, wie ihre privaten Zwiegespräche mit ihrem Schwager Robert aussahen und wie sie sich im Dialog mit einem Pfarrer über Gott und die Welt äußerte?

Zum Schluss des 100-minütigen Kammerspiels kommt es zu einer derartigen Anhäufung pathetischer Szenen, dass man als Zuschauer meint, die gerade gezeigte müsse nun das Filmende markieren, um dann damit überrascht zu werden, dass noch mindestens eine draufgesetzt wird. Zweifellos hat es seinen Reiz, bei den Mächtigen einmal Mäuschen zu spielen, aber andere Filme, die im Weißen Haus spielen, haben für den Zuschauer den Vorteil, mehr Fakten und weniger Verklärung zu bieten. *Manuel Ruoff*

MELDUNGEN

Grass-Preis für Berlinerin

Lübeck – Nach dem Thomas-Mann-Preis vergibt Lübeck einen weiteren Preis, der nach einem Nobelpreisträger benannt ist. Der alle zwei Jahre vergebene Lübekker Autorenpreis heißt zukünftig „Günter Grass-Preis – von Autoren für Autoren“. Im Rahmen des 12. Literaturtreffens erhält am 19. Februar im Lübecker Rathaus die Berliner Autorin Katja Lange-Müller erstmals diese Auszeichnung überreicht. *tws*

Erste Elphi-CD mit Brahms

Hamburg – Kurz nach Eröffnung der Elbphilharmonie erscheint die erste Konzertaufnahme aus dem großen Konzertsaal im Handel. Auf der CD „Elbphilharmonie Hamburg – The first recording“ hat das NDR Elbphilharmonie Orchester unter ihrem Chefdirigenten Thomas Hengelbrock die Brahms-Sinfonien Nr. 3 und 4 eingespielt (Sony Classical). Als limitierte Deluxe-Version gibt es diese Aufnahme außerdem in einer Box mit einem Film über die Elbphilharmonie sowie einem 56-seitigem Beiheft. *tws*

Falco-Musical feiert Premiere

Berlin – Am 20. Januar feiert „Falco – Das Musical“ Weltpremiere im Konzerthaus Bigbox in Kempten im Allgäu. Bis Juni wird die Show über den österreichischen Popsänger, der am 19. Februar 60 Jahre alt geworden wäre, dann in über 50 Städten in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu sehen sein. Eintrittskarten und Termine im Internet unter www.falcomusical.com *tws*

Warten aufs eigene Museum

In Aarhus gut aufgehoben: Schätze aus Mecklenburg-Vorpommern

Gäste, die in diesem Jahr die europäische Kulturhauptstadt Aarhus besuchen, unternehmen dabei eine Pilgerfahrt zu Schätzen aus Mecklenburg-Vorpommern. Im Oktober 2014 wurde rund zehn Kilometer südlich der Stadt das Moesgaard Museum, Momu, eröffnet, eines der modernsten, spannendsten und meistbesuchten archäologischen Museen Europas.

Allein im ersten Jahr seines Bestehens zog es 500 000 Besucher an. Dabei hat nicht nur die abwechslungsreiche Präsentation neue Maßstäbe gesetzt, sondern auch die markante Architektur. Für den 16 000 Quadratmeter großen höhlenartigen Bau mit seinem in einen Hang eingelassen, teils grasbewachsenen, begehbaren Pultdach gab es für das renommiert Architekturbüro Henning Larsen Architects einen Preis und im Guide Michelin zwei Sterne.

Die Ausstellung zeigt die Entwicklung Dänemarks und seiner Nachbarn in Bronze-, Eisen- und Wikingerzeit auf. Dabei spielte Mecklenburg-Vorpommern als Bindeglied zwischen Skandinavien und Südosteuropa bis hin zum Mittelmeer eine wichtige Rolle. In der Wikinger- beziehungsweise Slawenzeit bestand wohl sogar eine dynastische Verbindung zwischen dem obotritischen (Elbslawen-)Fürsten Mistivoj und dem dänischen König Harald Blauzahn.

Für engagierte Bürger und Archäologen, allen voran die Initiative Pro Archäologisches Landesmuseum (IPAL), ist das Museum dennoch ein Skandal. Denn anstatt in Deutschlands



Bild: Brandt

Nach Aarhus verliehen: Der Kesselwagen von Peckatel

Urlaubsland Nr. 1 Besucher anzulocken, sind die bis zu 4000 Jahre alten Funde aus Mecklenburg-Vorpommern nun Publikumsmagnet in Dänemark. Neben dem weltweit bekannten Kesselwagen von Peckatel, dem Horn von Wismar, den Stabdolchen von Melz, den Bronzedolchen von Malchin und dem Tanzring von Roga, um nur einige zu nennen, befinden sich unter den 130 Leihgaben weitere sensationelle Objekte, die man in Mecklenburg-Vorpommern selber sehr lange schon nicht mehr gesehen hat.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine der größten und wertvollsten archäologischen Sammlungen im Ostseeraum. Doch seit das damalige Landesmuseum 1992 dem Platzbedarf des Landtages im Schloss weichen musste, sind die weltweit gefragten Schätze nur noch im Rahmen von Sonderausstellungen, meist außerhalb des Landes, zu entdecken. Der überwiegende Teil schlummert im Depot.

Mecklenburg-Vorpommerns archäologische Kostbarkeiten sollen vorerst bis 2019 in Moesgaard zu sehen sein. Denn die Entscheidung über ein eigenes Archäologisches Landesmuseum in Mecklenburg-Vorpommern ist frühestens 2018 zu erwarten. *Helga Schnehagen*

Moesgaard Museum, Moesgård Allé 15, DK-8270 Højbjerg, geöffnet Dienstag und von Donnerstag bis Sonntag 10 bis 17, Mittwoch bis 21 Uhr. Eintritt: Erwachsene 120 Kronen (zirka 16 Euro). www.moesgaardmuseum.dk

Witz lass nach

Vom Strahle- zum Buhmann – 150. Geburtstag von Ludwig Thoma

Der Historiker Golo Mann, der SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel, der Volksschauspieler Gustl Bayrhammer und der Kabarettist Dieter Hildebrandt hatten eines gemeinsam: Sie waren Träger der Ludwig-Thoma-Medaille. 1966 hatte der Ostpreuße Hans Hellmut Kirst, der durch seinen Roman „08/15“ berühmt wurde, diese Auszeichnung zum Andenken an den bayerischen Schriftstellerkollegen Ludwig Thoma gestiftet. Die Ausgezeichneten nahmen den Preis stolz entgegen, verbanden sie mit dem Namen Thoma doch urbayerische Tugenden wie Spöttelei wider den Zeitgeist und derbfröhliche Heimatverbundenheit.

Thoma, das war der gefeierte Autor der von Helmut Käutner in den 1960er Jahren verfilmten „Lausbubengeschichten“, das war auch der geistige Vater von Jozef Filser, dessen im verballhornten Bayerisch verfasste „Briefwexel“ erstmals im Satireblatt „Simplicissimus“ erschienen waren, und das war der Autor des bis heute noch in Bayern zu jedem Weihnachtsfest vorgetragenen köstlichen Mundartgedichts „Heilige Nacht“.

Thoma, der am 21. Januar 1867 in Oberammergau geboren wurde, hätte für alle Zeiten der Vorzeige-Bayer sein können, einer der Säulenheiligen des bajuwarischen Volksstamms. Doch dann geschah etwas, was die meisten Träger der Thoma-Medaille mit Ekel erfüllen sollte: Thoma wurde als Antisemit entlarvt. Zwischen 1920 und 1921 schrieb er anonym 167 politische Kommentare im unscheinbaren Lokalblatt „Miesbacher Anzeiger“, wo er nicht nur seine aus früheren Werken bekannte Wut gegen die „Saupreißn“ und das Berliner „Sauregiment“, sondern auch gegen die Juden freien Lauf ließ. Statt mit Witz hetzte er in bester „Stürmer“-Manier. Die Weimarer Demokratie verhöhnte er auf krachlederne Weise als „charakterlose Deppokratie“ und „Affenwerk von Weimar“, er spricht verächtlich

Die Thoma-Medaille wurde abgeschafft

von der „Schabbes Flagge Schwarz-Gelb-Rot“, und die „Hinrichtung“ des jüdischen USPD-Politikers und ersten bayerischen Ministerpräsidenten, Kurt Eisner, war für ihn nur ein Anfang, denn „dann geht's aus den Vollen“.

Um Thoma für die Nationalsozialisten propagandatauglich zu machen, wurde 1930 posthum – Thoma starb bereits am 26. August 1921 an Magenkrebs – das Rätsel um den Autor der anonymen Beiträge im „Miesbacher Anzeiger“ gelüftet. Jeder Träger der Thoma-Medaille hätte also von der dunklen Seite des Namensgebers wissen können. Man verschloss aber lieber die Augen davor und hob stattdessen hervor, dass Thoma in seinen letzten Lebensjahren in eine Halbjüdin verliebt war und dass ein am Sterbebett gefundener Aufnahmeantrag in die damals noch junge NSDAP unausgefüllt blieb. Erst eine Buchpublikation mit sämtlichen Artikeln aus dem „Miesbacher Anzeiger“ machte 1989 aus dem Strahlemann Thoma den Buhmann für alle Zeiten. Im selben Jahr wurde die Thoma-Medaille das letzte Mal in München verliehen.

Der Preisstifter Kirst starb im selben Jahr. Seitdem machen auch viele Leser einen großen Bogen um Thoma, was bedauerlich ist, denn mit seinen Büchern und seinen Satiren, in denen er gegen gesellschaftliche Scheinmoral und gegen die Preußen – er verehrte Bismarck, hielt aber Kaiser Wilhelm II. für einen „Komödianten auf dem Thron“ – kräftig vom Leder ließ, ist er immer noch einer, an dem man sich politisch gut reiben kann. *Harald Tews*

Zum 150. Geburtstag des Autors sind von Martin A. Klaus die Biografie „Ludwig Thoma. Ein erdichtetes Leben“ erschienen (dtv, 304 Seiten, 26 Euro) sowie von Michael Lerchenberg „Von Scheinheiligen und Heiligen – Pfaffen, Pfarrer und Pastoren bei Ludwig Thoma“ (Langen-Müller, 208 Seiten, 18 Euro).

Töten für die Obrigkeit

Vor 25 Jahren endete der erste Mauerschützenprozess

Der Schuss traf den jungen Mann direkt ins Herz. Chris Gueffroy, 20 Jahre alt, starb vermutlich noch bevor die NVA-Soldaten ihn abtransportierten. Er hatte am 5. Januar 1989 gemeinsam mit einem Freund versucht, die Sperranlagen am Britzer Zweigkanal in Berlin-Treptow zu überwinden. Der Freund überlebte schwer verletzt. Die vier Schützen wurden nach dem Fall der Mauer im ersten Mauerschützenprozess vor Gericht gestellt.

Die Richter am Berliner Landgericht standen vor einer schwierigen Entscheidung. War es ein Verbrechen, dessen sich die vier Angeklagten schuldig gemacht hatten, oder handelten sie als Befehlsempfänger, als kleine Rädchen in dem perfiden Machtapparat der DDR?

Der Schießbefehl war das letzte und grausamste Mittel der DDR-Oberen, den Exodus aus dem dahinsiechenden Arbeiter- und Bauernstaat zu stoppen. Wer sich durch die Mauer nicht vor der Flucht in die Freiheit abschrecken ließ, sollte mit dem Tod rechnen müssen.

Auf einer Lagebesprechung am 20. September 1961 sagte Erich Honecker in seiner Eigenschaft als Sicherheitssekretär des Zentralkomitees: „Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schußwaffe anzuwenden. Es sind solche Maßnahmen zu treffen, dass Verbrecher in der 100-m-Sperrzone gestellt werden können.“

Von der Existenz eines Schießbefehls wusste jeder DDR-Bürger, aber das Politbüro leugnete ihn vehement. So wurde die Verantwortung perfide in die Entscheidung jedes einzelnen der Grenzsoldaten gestellt. Die jungen Männer, die oft gerade ihre Schulzeit beendet hatten, wurden von ihren Vorgesetzten indoktriniert, Hass gegen die „Grenzverletzer“ zu empfinden und bedenkenlos die Waffe zu gebrauchen. Dennoch war für den Vorsitzenden Richter Theodor Seidel die Schuldfrage klar: Wer so auf Menschen schießt, müsse mit dem Tod eines Getroffenen rechnen. Der müsse den Gehorsam verweigern. Die neun Anwälte versuchten mit zwei Befangenheitsanträgen, Seidel abzulehnen, weil der Richter in den 50er Jahren aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt war. Die Anträge wurden abgewiesen.

Was kurz vor Mitternacht am Britzer Zweigkanal geschah, ließ sich in der Verhandlung nur schwer rekonstruieren. Das Gericht war im Wesentlichen auf die Schilderungen der Angeklagten angewiesen. Der Todesschütze Ingo Heinrich, zum Zeitpunkt der Tat 23 Jahre alt, gab an, vom Wachturm gestiegen zu sein, als er Schüsse seiner Kameraden hörte. Dann habe er die beiden Flüchtlinge gesehen. Sein Postenführer habe ihm zugerufen: „Schieß!“

Die Staatsanwaltschaft forderte für drei Angeklagte wegen gemeinschaftlich begangenen Totschlags in einem minder schweren Fall eine Freiheitsstrafe von 24 Monaten, für den Postenführer, der nicht geschossen hatte, 20 Monate. Die Verteidiger verlangten Freisprüche beziehungsweise eine Einstellung des Verfahrens. Seidel sprach am 20. Januar 1992 das Urteil: dreieinhalb Jahre Gefängnis für den Todesschützen und eine Bewährungsstrafe für einen zweiten Täter, die beiden anderen sprach er frei. In der Urteilsbegründung betonte Seidel, dass es sich im Fall Gueffroy um die „Tötung von Menschen im Interesse der Obrigkeit“ gehandelt habe, dass ein Mensch sein Leben habe lassen müssen, nur weil er entgegen dem Willen „einer durch nichts legitimierten Obrigkeit“ gehandelt habe.



Erst der Bundesgerichtshof (BGH) ermöglichte die Verfahren gegen die Mauerschützen, indem er den Rechtsstandpunkt einnahm, dass Tötungen von Flüchtlingen auch in der DDR strafbar gewesen seien: Das Hauptgebäude des BGH, das ehemalige Erbgroßherzogliche Palais in Karlsruhe

Bild: ComQuat

Der Ausgang des Prozesses wurde in ganz Deutschland kontrovers diskutiert. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verteidigung gingen in Revision. Das Bundesverfassungsgericht hob das Urteil gegen Ingo Heinrich auf und verwies den Fall nach Berlin zurück. Begründung: Das Strafmaß sei zu hoch, der Schütze habe in der militärischen Hierarchie ganz unten gestanden. Die obersten Richter legten eine Strafe auf Bewährung nahe. Im März 1994 wurde das Urteil in letzter Instanz gesprochen: zwei Jahre auf Bewährung.

Die Urteilsfindung im ersten Mauerschützenprozess und in allen folgenden war eine juristische Gratwanderung. Waren die Angeklagten zu bestrafen, oder hatten sie nur nach dem Recht ihres Staates gehandelt? Es waren die Fragen, die auch bei den NS-Prozessen die zentrale Rolle spielten. In den Verfahren gegen Verantwortliche und mutmaßliche Mittäter konnten sich die Richter bei Schuldsprüchen auf den prominenten Rechtsphilosophen und Reichsjustizminister in der Weimarer Republik, Gustav Radbruch (1878–1949), berufen. Der in Lübeck geborene Radbruch hatte sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs mit der bevorstehenden juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen beschäftigt. 1946 veröffentlichte er seine These (Radbruchsche Formel), dass Richter im Konflikt zwischen „gesetztem“ (gesetzlichem) Recht und Gerechtigkeit unter bestimmten Umständen gegen das Gesetz für die Gerechtigkeit entscheiden müssten. „Unerträglich ungerechte Gesetze“ wie die der Nationalsozialisten müssten der Gerechtigkeit weichen.

Nach Ende des ersten Mauerschützenprozesses mussten sich im Herbst 1992 die Männer verantworten, die viele für die wahren Schuldigen hielten, die „Täter hinter den Tätern“. Neu aufgetauchte Dokumente bewiesen, dass Honecker den rücksichtslosen Gebrauch von Schusswaffen zur Sicherung der „Friedensgrenze“ gefordert hatte. Der damalige Berliner Generalstaatsanwalt Christoph Schaefgen erhob Anklage gegen ihn und die Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrats der DDR Willy Stoph, Heinz Keßler, Erich Mielke, Hans Albrecht und Fritz Streletz. Für Honecker forderte die Staatsanwaltschaft wegen Totschlags und versuchten Totschlags in 68 Fällen 15 Jahre Haft, doch der Hauptschuldige musste nicht ins Gefängnis. Aufgrund seiner Krebserkrankung kam er frei. Am 13. Januar 1993 bestieg er ein Flugzeug nach Santiago de Chile. Auch Willy Stoph und Erich Mielke blieben wegen Krankheit ungeschoren. Die übrigen drei Angeklagten erhielten Haftstrafen zwischen sieben und fünfeinhalb Jahren.

In den folgenden Mauerschützenprozessen wurden nach Angaben der Berliner Staatsanwaltschaft 125 Angeklagte vom Grenzsoldaten bis hin zur militärischen und politischen Führung rechtskräftig verurteilt. *Klaus J. Groth*

Er steht für Reaktion und die »Olmützer Erniedrigung«

Vor 225 Jahren wurde Preußens Ministerpräsident von 1848 bis 1850, Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg, geboren

In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.“ Das besagte zumindest der Artikel XIII der Bundesakte, der völkerrechtlichen Grundlage des auf dem Wiener Kongress bei der Neuordnung Europas nach den napoleonischen Kriegen gegründeten Deutschen Bundes.

In Preußen zog sich die Ausarbeitung dieser Konstitution trotz anderslautender Versprechen jahrzehntelang hin. König Friedrich Wilhelm IV., der auf seinem Gottesgnadentum beharrte, verfolgte die Taktik, kleinere Zugeständnisse an den liberalen Zeitgeist zu machen, in der Hoffnung, hierdurch größere Umwälzungen zu verhindern. Dass dies nicht aufging, zeigte der März 1848, in dem auch in Berlin eine Revolution losbrach, die den Monarchen zunächst stark verunsicherte. So sah er sich gezwungen, der Bildung einer Nationalversammlung zuzustimmen, deren wichtigste Aufgabe darin bestand, endlich die lange verheißene Verfassung für Preußen zu erarbeiten, sowie den reformfreudigen General der Infanterie Ernst von Pfuel zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Letzterer verkündete am 22. September vor der preußischen Nationalversammlung, er sei „fest entschlossen, auf dem betretenen konstitutionellen Wege zu verharren, die erworbenen Freiheiten zu bewahren, alle reaktionären Bestrebungen zurückzuweisen, ... die Rechte und Freiheiten des Volkes heilig zu halten“.

Kurz darauf wendete sich freilich das Blatt. Weil nur ein Drittel der Abgeordneten für die einseitige Verabschiedung der neuen Verfassung gegen den Willen des Königs votierte, fasste dieser den Mut, Pfuel fallen zu lassen und am 2. November 1848 gegen den Widerstand der Nationalversammlung ein neues, nunmehr strikt gegenrevolutionäres Kabinett zu bilden.

Damit schlug die Stunde des am 24. Januar 1792 in Berlin geborenen Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg. Der aus der morganatischen Ehe von König Friedrich Wilhelm II. mit Gräfin Sophie von Dönhoff hervorgegangene General hatte beim Militär Karriere gemacht. Zwischen 1806 und 1848 war er vom Estandartenjunker zum General der Kavallerie und Kommandeur des VI. Armeekorps avanciert. Diesen politisch unbeschlagenen, jedoch in jeder Hinsicht königstreuen Offizier stellte der Monarch nun an die Spitze der preußischen Regierung. Damit markierte er de facto den Beginn der Reaktionsära. Der Graf wies alle Versuche der Frankfurter Nationalversammlung zurück, Preußen in einem liberalen Deutschland aufgehen zu lassen. Geradezu legendär wurde sein dreimaliges donnerndes „Niemals“ als Antwort auf das Ansinnen zur Übernahme der Frankfurter Reichsverfassung durch Berlin.

> An seiner Berufung zum Ministerpräsidenten wird der Beginn der Reaktionsära festgemacht

Bild: CF

Graf von Brandenburg

Ebenso unterstützte der Graf zusammen mit seinem hochkonservativen Innenminister Otto Theodor von Manteuffel den Monarchen dabei, die demokratische Bewegung in Preußen niederzuschlagen. Dazu gehörte die brachiale Ausschaltung der Berliner Nationalversammlung: Erst verfügten König und Regierungschef am 8. November 1848, dass das Parlament „zu seinem eigenen Schutz“ nach Brandenburg an der Havel umziehen solle. Dann setzten die beiden das Militär ein, um den Vollzug dieser Anordnung gegen den lautstarken Protest der Abgeordneten durchzusetzen. Dem folgte am 5. Dezember schließlich die Auflösung der Nationalversammlung.

Am selben Tage oktroyierte Friedrich Wilhelm IV. im Verein mit dem Grafen und Manteuffel eine eigene Verfassung, in der das Gottesgnadentum des Königs unangetastet blieb. Desweiteren bot die Verfassung dem Monarchen die Möglichkeit, die Gesetzesentscheidungskompetenz der zwei vorgesehenen Kammern, später „Herrenhaus“ und „Abgeordnetenhaus“ genannt, sowie die meisten Grundrechte im Falle von Krieg oder Aufruhr außer Kraft zu setzen. Ebenso gewährte die Verfassung dem König ein absolutes Vetorecht bei der Verabschiedung von Gesetzen. Die Gewaltenteilung war nur in sehr eingeschränkter Form vorgesehen. Darüber hinaus erhielt der König die Möglichkeit, das übliche Verfahren der Rechtsprechung bei Bedarf auszuhebeln. Das Militär unterstand weiterhin nur dem preußischen Herrscher und blieb der Kontrolle durch das Parlament entzogen.

Abgesehen von der Verfassung hatte der Graf auch maßgeblichen Anteil an dem kläglich gescheiterten Versuch Friedrich Wilhelms IV., statt der von der Paulskirche verfolgten kleindeutschen Lösung der deutschen Frage von unten eine kleindeutsche Lösung von oben zu realisieren. Preußens König wies die von der Frankfurter Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone zurück. Stattdessen verfolgte er das Projekt einer gemeinhin unter dem Namen „Erfurter Union“ bekannten Deutschen Union der Mitglieder des Deutschen Bundes unter Ausschluss Österreichs. Um die Haltung des russischen Zaren zu dem Projekt zu sondieren, reiste der preußische Ministerpräsident im Oktober 1850 nach Warschau. Dabei erlitt er eine schwere diplomatische Niederlage, denn Nikolaus I. hielt die Unions-Pläne für absolut inakzeptabel. Deswegen musste der Emissär von Friedrich Wilhelm IV. schließlich einlenken und auf die weitere Verfolgung des Projektes verzichten, was am 29. November 1850 zwischen Preußen, Österreich und Russland in der Olmützer Punktation verbindlich festgeschrieben wurde.

> Sein Versuch, Russland für die kleindeutsche Erfurter Union zu gewinnen, scheiterte total

Wenige Tage nach dem Ende der ebenso zähen wie erfolglosen Warschauer Verhandlungen starb der preußische Ministerpräsident am 6. November 1850 in Berlin – angeblich aus Kummer wegen der erlittenen Schmach. Tatsächlich stellte die Aufgabe der Erfurter Unionspläne, wie sie in der Olmützer Punktation zum Ausdruck kam, einen Tiefpunkt der preußischen Außenpolitik dar.

Für Otto von Bismarck, den späteren Nachfolger Friedrich Wilhelm von Brandenburgs als preußischer Regierungschef, war es ein Schlüsselerlebnis, ja fast ein Trauma, das er auf keinen Fall ein zweites Mal erleben wollte. Dies ist ein wichtiger Punkt zum Verständnis der späteren preußischen Außenpolitik in der Birmarckära, die schließlich zur Lösung der deutschen Frage unter Führung Preußens und Ausschluss Österreichs führte.

Wolfgang Kaufmann/PAZ

Integration ohne Identitätswechsel

Vor 285 Jahren erließ der Soldatenkönig das Preußische Einladungspatent für die Salzburger Protestanten

Am 2. Februar 1732 erklärte der preußische König, die von Erzbischof Leopold Anton von Firmian vertriebenen evangelischen Salzburger in seinem Land aufnehmen zu wollen. Die Gegend östlich von Gumbinnen in Ostpreußen war durch eine Pest stark entvölkert, sodass neben humanitären Gründen und der Idee der Toleranz gegenüber allen Religionen auch die Anwerbung von Arbeitskräften eine Rolle spielte.

Wie im gesamten Heiligen Römischen Reich kam es auch in Salzburg um 1500 zu einem allgemeinen religiösen Niedergang. Deutlich wurde das nicht zuletzt in den Lebensgewohnheiten der geistlichen Würdenträger. Ein weiterer Grund, sich gegen die bestehenden Verhältnisse aufzulehnen, hatte insbesondere die bäuerliche Bevölkerung: Es waren die ständig wachsenden Abgaben, die an das Erzbistum und an die katholische Geistlichkeit geleistet werden mussten. Daher war es nicht überraschend, dass die Gedanken der Reformation auch hier schnell Anhänger fanden.

Studenten aus Wittenberg brachten die neuen Lehren von Martin Luther bereits 1520 nach Salzburg. Bald fanden sich an vielen Orten Priester, die in der Sprache des Volkes predigten. Die ländliche Bevölkerung war in der Zeit bis 1560, von Ausnahmen abgesehen, lutherisch geworden. Trotz mancherlei zum Teil sehr rigider Versuche, die Protestanten einzuschüchtern, blieben sie auf dem Land weitgehend unbehelligt. In den Gebirgsauen hatten sich im Unterschied zum flachen Land evangelische Gemeinden gebildet. Private Hausandachten und gemeinsame Messen an abgelegenen Orten erschwerten die Verfolgung durch die Obrigkeit. Nach außen spielte man zum Teil den guten und frommen Katholiken, sodass von einem Geheimprotestantismus gesprochen wurde. Zunehmend mehr bekannte man sich aber auch offen zu seinem Glauben.

Praktisch wurde das ganze Land „inner Gebürg" evangelisch. Mit dem Westfälischen Frieden von 1648 wurde zwar die freie Religionsausübung zugesichert, der Druck der katholischen Kirche auf die Abtrünnigen aber blieb. Bestärkt durch jene Regelung leisteten die evangelischen Salzburger entschiedenen Widerstand. Der Glaubenskampf eskalierte, als der Salzburger Erzbischof Leopold Anton von Firmian im Jahr 1727 die Regierungsgeschäfte übernahm. In seinem Auftrag wurden im Land Religionsverhöre durchgeführt, um gegen das „Ketzertum" vorzugehen. Am Reformationstag des Jahres 1731 erging das Emigrationspatent, in dem er die gruppenweise Vertreibung (jeweils 200 bis 300 Personen) der vom katholischen Glauben abgefallenen Salzburger anordnete. Am 24. November 1731 begannen österreichische Soldaten mit der Austreibung. Es ging dem Erzbischof offenbar nicht in erster Linie darum, seine Untertanen als Evangelische zu bezeichnen, sondern sie als sektiererische Rebellen hinzustellen. Nicht wegen ihrer Religion, sondern wegen Rebellion und Störung des allgemeinen Friedens sowie Empörung gegen den rechtmäßigen Landesfürsten seien sie auszuweisen. Als Evangelische hatten sie das Recht, gemäß den Regeln des Westfälischen Friedens, binnen drei Jahren einen freien Abzug vorzunehmen. Als Aufständische war ihnen dies wegen ihres angeblich aufrührerischen Verhaltens verwehrt.

Die sogenannten Unangesessenen wie Tagelöhner und Bergleute, insgesamt über 4100, hatten das Land in sieben Zügen jeweils binnen acht Tagen nach Aufforderung zu verlassen; das Patent war am 11. November 1731 im ganzen Land angeschlagen worden. Für die Ausweisung der Angesessenen, also Personen mit Grundbesitz, wurde der 24. April 1732 festgelegt. Nach jenem Tag wurden die über 14 000 Angesessenen in 16 Züge eingeteilt, die jeweils an einem anderen Termin das Land zu verlassen hatten, der letzte am 6. August 1732. Die Emigranten mussten sich bei den zuständigen Stellen registrieren lassen, sodass Listen mit Namen und Herkunft bestehen.

Die Knechte und Mägde hatten mittellos und ohne festes Reiseziel ihre Heimat verlassen müssen. Die Angesessenen konnten wenigstens einen Teil ihrer Habe auf Fuhrwerken mitnehmen; das Ziel ihrer Reise kannten sie nur vom Namen. Für ihre Güter hatten sie in der kurzen Zeit meist keine Käufer gefunden. Sie mussten darauf vertrauen, dass der preußische König ihnen zum Erlös für ihr zurückgelassenes Eigentum verhelfen würde.

Der größte Teil der Emigranten zog nach Preußen, die Dürrnberger in die Niederlande, vorwiegend auf die damalige Insel Cadzand, einige hundert Salzburger setzten nach Nordamerika über. Sie gründeten den Ort Ebenezar in der damals noch britischen Kolonie Georgia.

Die 16 Züge der Angesessenen sind auf unterschiedlichen Routen durch die verschiedenen Territorien nach Preußen geführt worden, weil nicht immer dieselben Städte mit der Beherbergung der Emigranten belastet werden sollten. Vielerorts wurde der Wunsch geäußert, die Ausgewiesenen bei der Durchreise aufzunehmen. Ihre Glaubensstärke und ihr Mut waren bekannt geworden und hatten in der Bevölkerung zu großer Sympathie geführt. Bei ihrem Empfang wurden häufig Gottesdienste abgehalten. Anders sah es bei der Durchreise durch katholisches Gebiet aus. Hier kam es auch zu Übernachtungen im Freien und zur Verweigerung von Futter für die Pferde. Berichte von den Aufenthalten an den einzelnen Orten beschreiben die Trecks, die man fast einen Triumphzug nennen konnte. Das darf allerdings nicht über die Beschwernisse der Reise hinwegtäuschen, bei der es auch zahlreiche Tote zu beklagen gab.

Den „Exulanten", wie man sie in der Sprache jener Zeit nannte, wurde Verpflegungsgeld zugesagt, die Trecks wurden von preußischem Personal organisiert und begleitet. Emigranten mit Pferd und Wagen wählten den Landweg von Berlin; die anderen gelangten von Stettin aus mit Schiffen nach Königsberg. Die Reise dauerte im Durchschnitt knapp vier Monate.

Insgesamt kamen mehr als 15 000 Menschen aus dem Salzburger Land in Preußen an. Von ihnen zogen rund 12 000 nach Gumbinnen, wo die ersten am 17. Juni 1732 eintrafen. Bis zu ihrer festen Ansiedlung, der Wiederbesetzung (Rétablissement) freier Hofstellen, mussten viele zunächst als Untermieter bei verschiedenen Einwohnern der Stadt unterkommen oder die Zeit bei Bauern auf den Dörfern verbringen. Als Quartiergeld (Miete) erhielten die Wirte zwei Taler pro Familie; jedes Salzburger Familienoberhaupt bekam zehn Taler und zwölf Groschen, um sich für den Winter den erforderlichen Unterhalt beschaffen zu können, „wovor man in Preußen, allwo alles sehre wohlfeil ist, seinen guten Unterhalt hat". Waren während der Reise bereits 800 Personen den Strapazen erlegen, so steigerte sich dies nach der Ankunft noch: Fast ein Viertel der Eingewanderten, vor allem Kinder, starb während der ersten beiden Jahre.



Ende einer Reise, Beginn einer Symbiose: Empfang der Exulanten in Preußen


Sie stand am Anfang der Reise: Die Vertreibung aus Salzburg

Bilder (3): CF

Soweit die Salzburger noch nicht endgültig angesiedelt werden konnten, waren sie zunächst zur Untätigkeit verdammt. Dies führte bei der einheimischen Bevölkerung zu Unwillen und Ärger. Für die Eingewanderten veränderte sich die Gemütslage insofern, als sie bisher bei ihrem Zug von der Bevölkerung mit Freude und Hochachtung empfangen worden waren. Jetzt galt es, eine neue Existenz zu schaffen. Das andere Klima, einsetzende Krankheiten, vermehrte Todesfälle verdeutlichten ihnen den eingetretenen Verlust ihrer bisherigen Umgebung und Heimat. Dies brachte Missmut und auch Widerspenstigkeit auf der einen Seite und Klagen darüber auf der anderen mit sich. Eine Beruhigung bewirkte die sehr intensive Religionsausübung. Sie gab den Ankömmlingen Halt und Orientierung.

Hauptansiedlungsgebiete waren die Kreise Stallupönen, Pillkallen und Ragnit, also der östliche Teil des Landes, der damals als Preußisch-Litthauen bezeichnet wurde.

Jeder Einwanderer blieb, was er gewesen war. Die Bauern erhielten an Grundbesitz etwa so viel wie sie in ihrer Heimat besessen hatten, dazu ein Wohnhaus mit den nötigen Wirtschaftsgebäuden und Geräten. Von Abgaben waren sie für die ersten drei Jahre befreit. Die größeren Bauern bekamen als Geschenk des Königs vier Ochsen, drei Kühe, einen Wagen, einen Pflug und Egge, Sielen und Zäume für vier Pferde, eine Sense, und zur Aussaat zehn Scheffel Roggen, 18 Scheffel Gerste, 40 Scheffel Hafer und zwei Scheffel Erbsen. Die kleineren Bauern erhielten durchschnittlich die Hälfte der Aussaat und des Viehbestandes, Handwerker freie Wohnung, Gärten und kleinere Äcker.

Die „Sesshaftmachung", wie die Ansiedlung genannt wurde, bereitete den Betroffenen, aber auch den königlichen Beamten oft große Probleme. Zwischen den Alpentälern des Salzburger Landes und den schwierig zu bewirtschaftenden Ländereien in der neuen Umgebung bestand ein erheblicher Unterschied. Der als starrköpfig bezeichnete Sinn der Einwanderer lehnte sich gelegentlich gegen die straffe, keinen Einspruch duldende preußische Ordnung auf. Jährlich wurden Berichte über das „Betragen und Gebahren der Salzburger" vorgelegt. In einem ist davon die Rede, „die meisten seien zum Zorne geneigt, lassen sich aber mit Güte bald wieder besänftigen", in einem anderen, dass sie sich gegenüber den Anfängen bedeutend gebessert hätten. Andere Berichterstatter erklärten, sie wüssten absolut keine Fehler von den Salzburgern anzugeben. Das aus den Einzelberichten für den König zusammengestellte „Generalurteil" fällt denn auch sehr positiv aus. Wörtlich heißt es: „In der Wirtschaft sind sie fleißig und arbeitsam, halten das ihrige sehr zu Rathe, führen ihre Kinder zur Arbeit an und bezahlen die Abgaben richtig; mit dem Vieh gehen dieselben insbesondere so wirtschaftlich um, daß sie dasselbe mit vielem Fleiß pflegen und warten. Die Äcker bearbeiten sie sehr gut und geben sich alle Mühe, solche mehr und mehr in Cultur zu bringen."


Der Vertreiber: Erzbischof Leopold Anton von Firmian

Die Salzburger waren nach und nach auf verschiedene Dörfer verteilt worden, sodass fast keine geschlossenen Salzburger Siedlungen entstanden. Der Grund lag darin, dass sich bereits nach der Entvölkerung durch die Pest litauische Bauern angesiedelt hatten und Zuwanderer aus anderen Regionen, beispielsweise Schweizer und Nassauer, zuvor zugezogen waren. Weil es zu keiner Ghettobildung kam, haben sie vermutlich auch ihre Mundart nicht bewahren können. Die Angleichung der Sprache geschah offenbar schon nach zwei Generationen, nämlich bei den Enkeln der eingewanderten Großeltern. Während bekannt ist, dass mancherorts bei geschlossenen Ansiedlungen deutschsprachiger Auswanderer der Dialekt über Jahrhunderte erhalten blieb, ist er bei den Salzburgern verloren gegangen. Sie sprachen schließlich das unverwechselbare Ostpreußisch, obwohl sie einen unverkennbaren Hang zu einem Zusammenhalt untereinander pflegten. Dieser führte immerhin dazu, dass sie nicht nur eigene Schulen gründeten, sondern auch besondere Pfarrgemeinden mit eigenen Pfarrern hielten. Schon auf der Reise von Berlin nach Ostpreußen waren den Einwanderern junge Prediger mitgegeben worden, die nach den damals neuen Ideen des Pietismus in Halle ausgebildet worden waren. Kern der Lehre war die Bewährung des Menschen in täglicher Arbeit für seine Mitmenschen und der Nutzung der dem Menschen geschenkten Zeit. Barmherzigkeit und Nützlichkeit, Frömmigkeit und Fleiß waren bestimmende Elemente des täglichen Lebens. Die Salzburger waren regelmäßige Kirchgänger. Die Strenge und Schlichtheit der Lebensweise, gelegentlich bis zur Kargheit betrieben, war auch in der sehr zurückhaltenden Ausstattung der Kirchen erkennbar.

Die „Salzburger", wie sie genannt wurden, haben nach dem ersten Erschrecken über eine Umwelt, die sich von ihrer Heimat so extrem unterschied, rasch zu einem Gefühl der Landeszugehörigkeit gefunden, aber dennoch ihr Gruppenbewusstsein bewahrt. Was modernen Industriegesellschaften so schwer fällt, eine Integration von Zuwanderern, die nicht auf einem Identitätswechsel beruht, gelang im damaligen Preußen. Die Herkunft und das Wissen, dass die Vorfahren ihres Glaubens wegen standhaft geblieben sind und viel Mühsal auf sich genommen haben, war ein fester Bestandteil des Bewusstseins, wie es von Generation zu Generation weitergegeben wurde. Dazu gehörte auch das Interesse an dem Land, das vor der Ausweisung über Jahrhunderte die Heimat der Vorfahren war.

George Turner

Verschärfung des Asylrechts ist vonnöten

Zu: In der Asylfalle (Nr. 52)

Wenn es nach Artikel 16 des Grundgesetzes möglich ist, dass demnächst vermehrt IS-Terroristen und andere radikalisierte Schlächter als Verfolgte in Deutschland Asyl beantragen können, müsste in kluger Voraussicht schon heute seine Änderung beziehungsweise Verschärfung ohne Wenn und Aber beschlossen werden, selbst wenn die ewig gestrigen Multikulti-Illusionisten das als Diskriminierung „einer gesamten Gruppe“ verteufeln werden. Zurückweisung und Abschiebung müssten konsequent durchgesetzt werden. Ansonsten ist es den Vollstreckern des perfiden Plans eines mordlüsternen Propheten möglich, hier ihre Mordanschläge auf „Ungläubige“ noch zu intensivieren (zum Beispiel nach Sure 8 Vers 12, 8/39, 9/5, 9/123).

Das erst kürzlich ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das das Tragen von Burka, Nikab und Tschador in der Öffentlichkeit erlaubt, begünstigt zudem die Tarnung zur Durchführung von Terror-Anschlägen. Da die Kanzlerin zunehmend die Positionen der Linken vertritt, um ihre Macht zu sichern, muss davon ausgegangen werden, dass eine unumgängliche Anpassung des Asyl-Artikels nur zögerlich eingeleitet wird, um deren Gewogenheit nicht zu gefährden. Letztendlich bleiben ihr nach Anschlägen noch die üblichen Betroffenheitsbekundungen. **Gisela Recki, Troisdorf**

Etwas ist faul im Staatsunternehmen

Zu: Die Verachtungs-Gemeinschaft (Nr. 49)

Was geschieht, wenn die Führungsetage eines Unternehmens öffentlich „grottenschlecht“ über ihr Unternehmen und dessen Mitarbeiter spricht? Was geschieht, wenn die Führungsetage Fehler nur bei ihren Mitarbeitern sucht? Was geschieht, wenn die Führungsetage erklärt, man müsse mit denen (Mitarbeiter) „einfach“ sprechen, damit sie überhaupt verstehen, was im Unternehmen läuft? Was geschieht, wenn aus der Führungsetage der Spruch kommt, „das hat es früher auch schon gegeben“? Was geschieht, wenn ein Unternehmen große Summen völlig betriebsfremd ausgibt und gleichzeitig seine Mitarbeiter „bis aufs Hemd“ auszieht?

Was geschieht ferner, wenn eine Unternehmensführung ihren Mitarbeitern permanent erklärt, sie habe nicht voraussehen können, dass das geschieht? Und was macht man nun als Mitarbeiter, der nichts versteht? Streiken hat nicht geholfen. Man kündigt und wechselt das Unternehmen. Und das ehemalige Unternehmen staunt. Das konnten wir nicht ahnen. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Führungsmannschaft werden im September 2017 vor die Wand fahren. Aussitzen hilft nicht.

Übrigens, die Führungskräfte der anderen Unternehmen machen einiges anders, aber nicht besser. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Rasputins Mörder

Zu: Rasputin: Die „Stimme der russischen Erde“ (Nr. 52)

Der russische Wunderheiler Rasputin war nicht nur eine kuriose Gestalt am Zarenhof, sondern offenbar kurzzeitig auch eine wichtige Figur auf dem internationalen Schachbrett. In dem Artikel kommt mir das politische Motiv der Mörder zu kurz. Gerade weil Rasputin seine bäuerliche Herkunft nicht vergessen hatte, wusste er um die Lage des einfachen Volkes. Darum warnte er die Zarenfamilie, dass das Volk die Lasten des Krieges nicht mehr lange ertragen würde. Er prophezeite zutreffend dem Zaren, falls er nicht unverzüglich aus dem Weltkrieg ausstiege, so würde seine Monarchie untergehen.

Damit stellte Rasputin eine ernste Gefahr für die Mächte der Entente dar. Ein Separatfrieden mit Russland hätte den Mittelmächten die Chance gegeben, alle vorhandenen Kräfte den Westmächten entgegenzuwerfen. Deshalb war, wie wir heute wissen, der britische Geheimdienst nicht nur Mitwisser der Verschwörung gegen Rasputin, wie es im Artikel steht, sondern aktiver Mittäter bei dem Mordanschlag.

Es lässt sich trefflich darüber spekulieren, wie die Geschichte weitergegangen wäre, hätte man den Propheten nicht umgebracht und das Zarenhaus wäre seinen Ratschlägen gefolgt. Dann hätte vermutlich das Deutsche Reich keinen Grund mehr gehabt, den Kommunisten Lenin mit gefüllter Kriegskasse in Russland einzuschleusen, um das Land im Jahr 1917 mit einer Revolution zu destabilisieren. Alles Weitere ist bekannt. **Henrik Schulze, Jüterbog**

Müllkippe D

Zu: Die Städte vermüllen (Nr. 48), und zum Leserbrief: Die Müllpolizei muss erst noch erfunden werden (Nr. 50)

Den Beiträgen über die Vermüllung kann ich als Urberliner nur zustimmen und diverse gleichartige Beispiele aus allen Teilen der Hauptstadt nennen. Überall werden Papier, Pappbecher, Flaschen, halbe Sofas, alte Matratzen, Gestelle, halbe Möbel und sonstiger Unrat auf Bürgersteigen, aber auch in U-Bahnzugängen und Haltestellenbereichen sinnlos abgestellt und entsorgt.

Alles wird zerkratzt, beschmiert, beklebt (auch Verkehrsschilder) und teilweise zerstört. Es gibt kaum noch Respekt vor dem Gemeinwesen. Die Gesellschaft scheint alle Regeln, Verordnungen und das Benehmen verlernt zu haben. Da kann die Stadtreinigung noch so gut tätig sein.

Es sind sicher die eigenen Leute, aber auch die arabisch-afrikanischen Zugereisten, die eine geregelte Infrastruktur, ein Gemeinwohl in unserem Sinne und unsere Erziehung nicht kennen. Unordnung, Schmutz, Dreck und Disziplinlosigkeit kennzeichnen den beginnenden Verfall. Wehren wir den Anfängen! **Günter Algner, Berlin**



Stand den Westmächten im Weg: Der britische Geheimdienst war vor 100 Jahren Mittäter am Mord an Rasputin (l.) Bild: CF

Eine fremdgesteuerte Bananenrepublik

Zu: Wie souverän ist Deutschland wirklich? (Nr. 52)

Wer die jüngste deutsche Geschichte kennt, muss feststellen, dass die in der Ausgabe Nr. 52 behandelten Themen „In der Asylfalle“ und „Wie souverän ist Deutschland wirklich“ thematisch eigentlich nicht voneinander zu trennen sind.

Zur Souveränität Deutschlands hat sich (neben anderen) Wolfgang Schäuble in einem Vortrag vor Frankfurter Bankern klar geäußert, indem er feststellte, dass Deutschland seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt die volle Souveränität erreicht hat.

Deutschland ist also seit 1945 bis heute ein durch (unter anderem) die USA besetztes Land, unsere Regierung wird marionettenhaft durch die USA geführt, und es gilt nach wie vor das Recht des Siegers, alles andere ist optische Klitterung und Verdummung des Volkes. Wie wir ja auch objektiv feststellen können, belaufen sich unsere jährlichen „Besatzungskosten“ auf über 30 Milliarden Euro für unsere Besatzungstruppen, und wir haben immer noch keinen gültigen Friedensvertrag.

Wie weit die Vorgaben der Sieger des Zweiten Weltkrieges auch heute noch gehen, wird aus den Ausführungen von Egon Bahr deutlich, der 2009 in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ die Existenz der sogenannten Kanzlerakte bestätigte und öffentlich machte, dass jeder Kanzler der Bundesrepublik bis heute vor seinem Amtsantritt diese zu unterschreiben hat, mithin sich alliierter Vorgaben unterordnen muss. Das erklärt dann auch das „Herumeiern“ Angela Merkels und ihres damaligen Kanzleramtsministers Pofalla bei der NSA-Affäre. Überdies wird klar, dass wir über Aktivitäten, die aus dem US-Stützpunkt Ramstein erfolgen, keine Mitsprache und schon gar keine Einwirkungsmöglichkeiten haben.

Will man wissen, wie man mit den Deutschen als den Verlierern des Zweiten Weltkriegs umzugehen gedachte, muss man sich in Erinnerung rufen, welche Pläne lange vor dem Kriegsende 1945 in den USA in Vorbereitung und nach dem Sieg über NS-Deutschland angedacht waren. Man kommt aus dem Staunen nicht heraus und fragt sich, ob die darin geäußerten kriminellen Absichten nicht wesentlich grausamer waren als die von den Nazis in den Konzentrationslagern begangenen Taten. Zumindest konnten die Verlierer ahnen, was sie erwarten wird, und möglicherweise haben auch diese Aussichten zu dem zähen Untergangsringen wesentlich beigetragen.

Diese Ideen haben sich letztlich wegen des sich entwickelnden Kalten Krieges nicht ganz durchgesetzt, aber in Teilen lässt sich dieses am Zustand der heutigen Bundesrepublik tatsächlich nachvollziehen. Sämtliche deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie sind immer noch vom deutschen Staatsgebiet getrennt. Das derzeitige Szenario durch ungehemmte Zuwanderung gleicht den beabsichtigten Folgen des Hooton-Plans und wird eine Veränderung in der Bevölkerung nach sich ziehen.

Man wundert sich doch, dass es unsere Politiker in Deutschland seit Gründung der Bundesrepublik nicht geschafft haben, ein für die deutschen Rahmenbedingungen verträgliches Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Oder durften sie das wegen der fehlenden Souveränität nicht?

Wir stellen fest, dass „BRD“ ganz offenbar ein Kürzel für „Bananenrepublik Deutschland“ ist. **Rudolf Neumann, Ahrensburg**

Öffentlich-rechtliche Programmeinfalt

Zu: Die inszenierte Wirklichkeit (Nr. 51)

Nicht nur einige Despoten und Auserwählte, auch die Damen und Herren von ARD und ZDF leben auf großem Fuß. Sie regen sich künstlich über andere auf, sind aber selbst nicht besser. Die Einnahmen stehen jedenfalls in keinem Verhältnis zum TV-Angebot. Wenn es jedoch um das Abkassieren geht, sind sie schnell bei der Hand.

Anstoß meiner üblen Laune ist die jeweils am Freitagabend ausgestrahlte „ZDF heute-show“. Diese Satiresendung ist, ganz schlicht gesagt, unter aller Würde. Sie ist verletzend, ätzend, peinlich und stupide. Kunst kann das jedenfalls nicht sein. Ich wundere mich, wieso diese Volksverdummung so lange im Angebot des Senders ist. Selbstverständlich wird das Spektakel auf ZDF-Neo wiederholt. Nicht mal lachen kann man darüber, auch nicht schmunzeln, obwohl ich gerne lachen möchte. Doch so etwas Primitives ist wohl kaum zu überbieten. Über andere lassen sich gut Witze machen, wenn sie aber selbst mal angegriffen werden, dann sind die Macher beleidigt.

Aus meiner Fernseh-Zeitung habe ich 20 Sender im ARD- und ZDF-Verbund gezählt. Dazu kommen noch diverse Radiosender. Das braucht aber doch kein Mensch! Somit könnten die Gebühren halbiert werden. Es gibt Tage, da kann ich nichts Sehenswertes finden, selbst die Nachrichten sind geklaut. Das nennen die Verantwortlichen dann Programmvielfalt. Einfalt wäre die richtige Bezeichnung.

Beispielgebend für unsere Jugend werden an einem beliebigen Wochentag sechs Kriminalfilme und dazu Serien im ZDF rund um die Uhr abgespult. Eine „Soko“ nach der anderen, die zur Nachahmung empfohlen wird. Hauptsache die Gebühren fließen immer reichlich und pünktlich. So lässt es sich ganz gut leben in Deutschland.

Doch wehe dem, der nicht mehr zahlen kann oder nicht will. Die Spitze aber ist, dass sich niemand abmelden kann. Auch dann nicht, wenn man gar kein Fernsehgerät besitzt. Nur durch Auswanderung oder Tod kann man sich dem entziehen. Ja, es ist wahr: abschalten und lieber ein gutes Buch lesen – und als Ergänzung die *PAZ* lesen! **Wilhelm Jäckel, Damme**

Ein Licht geht auf

Zu: Wider den Zeitgeist

Im Artikel wird leider wieder einmal die Meinung geäußert, die Entdeckung von Galilei stünde im Widerspruch zur Bibel. Dort steht aber nichts von einer in den Mittelpunkt gestellten Erde. Das geozentrische Weltbild war die Doktrin, die über viele Jahrhunderte allgemein anerkannt war.

In der Bibel werden Erde, Mond und Sonne relativ abfällig erwähnt. Die Erde wird als Fußschemel Gottes bezeichnet, während Sonne und Mond schon gleich zu Beginn als Lichter bezeichnet werden, die unter anderem der Zeitbestimmung dienen sollten. Im Gegensatz zur Bibel wurden in vielen Naturreligionen diese Himmelskörper religiös verehrt. **Reinhard Hässner, Jena**

Selbst eingebrockt

Zu: Vorbei mit der Leichtigkeit (Nr. 1)

Wenn es nach dem Willen unserer Bundesregierung und deren medialer Gefolgschaft geht, sollen wir uns sehr wohl an eine erhöhte Gefahrenlage und einen Polizeistaat gewöhnen. Dieser soll uns aber nicht nur vor Übergriffen durch „schutzsuchende“ fremde Jungmänner bewahren, sondern vor allem vor uns selbst. Ganz besonders vor Deutschen, die frech sichere Grenzen fordern und dies auch noch mit einer sicheren Zukunft gleichsetzen. Hier wird selbstverständlich eine Überwachung durch den Verfassungsschutz gefordert. Ganz besonders von den Politikern, die durch ihre Politik der offenen Grenzen und des „Jeder ist willkommen“ mit oder ohne Ausweispapiere unsere Sicherheit erst in Gefahr gebracht haben.

Diese Bundesregierung hat doch mit ihrer verantwortungslosen Masseneinwanderungspolitik und ihrem stetigen Zurückweichen vor einer totalitären Ideologie, die im Gewand einer Religion daherkommt, die Bevölkerung und hier insbesondere die Frauen erst zur Beute werden lassen.

Und wie niederträchtig ist das eigentlich, Polizisten, die ihrer Pflicht nachkommen, die erkennungsdienstliche Maßnahmen durchführen und diese beim Namen nennen, als „Rassisten“ zu bezeichnen? Was ist das für ein (Kölner) Polizeipräsident, der seinen Leuten in den Rücken fällt und sich auch noch entschuldigt? Was sind das für Politiker, die sich nun ebenfalls reihenweise entschuldigen müssen? Bei wem eigentlich? Den muslimischen Jungmännern, die uns auch dieses Silvester wieder ihren „Respekt und ihre Dankbarkeit“ zeigen wollten? Oder bei denen, die uns immer noch glauben machen wollen, dass hier jemals eine Integration stattfinden könnte? Und dass aus denen, die hier archaisch ihre Besitzansprüche anmelden, jemals brave Steuerzahler werden könnten?

Wie viel Freiheit, Wahrheit und Sicherheit sollen denn noch auf dem Altar der „Politischen Korrektheit“, dem Götzen „Multikulti“ und der falsch verstandenen Toleranz geopfert werden? Es existiert doch keine Pflicht zur Selbstaufgabe.

Tja, Frauen und Männer, wenn ihr euer Land zurückhaben wollt und auf Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit im Recht sinnt, dann wählt diese Politiker auf Landes- und Bundesebene ab. **Barbara Kanwischer, Braunschweig**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 3 – 20. Januar 2017

MELDUNGEN

Wird Liebemühl bald Kurort?

Liebemühl – Ein einmaliges Mikroklima, ein Moorbad, eine stille Natur und reine Luft zeichenen Liebemühl aus, sodass der Ort bereits den Status eines Gebietes zum Schutze der Gesundheit erhalten hat. Nun besteht die Möglichkeit, dass Liebemühl ein Kurort wird. Den Gesundheitsstatus erhielt der Ort auf Initiative des Senators Boguslaw Orzechowski (von der Partei „Recht und Gerechtigkeit"). Der Liebemühler Bürgermeister Stanislaw Siwkowski freut sich darüber. Menschen mit orthopädischen, rheumatischen und Luftwege-Erkrankungen können von einer Kur in Liebemühl profitieren. Die Stadt rechnet mit Privatinvestoren, die ihre Mittel in die Gesundheits-Infrastruktur stekken werden. Deshalb hat sie eine Durchführbarkeitsstudie in Auftrag gegeben und Bebauungspläne erstellt. Den Investoren winken Steuerermäßigungen. Um eine Baugenehmigung müssen sie sich jedoch selbst bemühen. *PAZ*

Neues Freibad am Löwentinsee

Lötzen – Bis Ende April entsteht am Löwentinsee in Lötzen ein neues Freibad mit Sandstrand. Dort, wo jetzt die Badestelle ist, wird ein neuer Zugang zum Wasser geschaffen, und die hässlichen Betonbefestigungen werden beseitigt. Der Auftragnehmer wird verpflichtet, die Investition bis Ende April zu beenden, sodass im Mai die Schwimmanstalt eröffnet werden kann. Sie soll die jetzige städtische Badestelle ersetzen, die seit Jahren nicht gepflegt wurde. Viele örtliche Stellen der Touristik-Branche verlangten schon lange mit Nachdruck den Bau eines besucherfreundlichen Freibades am Löwentinsee. Weitere Etappen (die Bewirtschaftung des Geländes am See) werden in den Jahren 2017 bis 2018 realisieret. Lötzen hat in den letzten Jahren den Yacht-Hafen modernisiert und private Investoren haben Anlegestellen am Löwentinsee und am Kissainsee gebaut. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Milomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. *E.G.*

Kant als Verkaufsförderer

Politik und Kommerz entdecken den großen Philosophen als Markenzeichen – Intellektuelle alarmiert

In Königsberger Politik- und Geschäftskreisen ist eine regelrechte „Kantomanie" ausgebrochen. Das kommt jedoch nicht bei allen gut an. Der Kulturrat beim Gouverneur lehnte Pläne ab, in Königsberg Kunststoff-Skulpturen Kants aufstellen zu lassen.

Von der Modeerscheinung „Kantomanie" wurden sowohl Duma-Abgeordnete als auch findige Verkäufer ergriffen. Für alle ist Kant ein Markenzeichen geworden, das Besucher anzieht oder die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt. Diese Verwendung des herausragenden Philosophen verursacht gemischte Gefühle unter Intellektuellen und Wissenschaftlern der Region. Sie warnen davor, dass diese Aufmerksamkeit den Philosophen in eine Farce oder in ein Element des politischen Kampfes verwandelt.

Alexander Musewitsch, Duma-Abgeordnter, startet einen Versuchsballon, indem er eine Kunststoff-Skulptur „guter Kant" anfertigen ließ, die im Rat für Kultur beim Gebietsgouverneur Anfang Dezember diskutiert wurde. Die Sitzung fand im Dom statt, und die Kunststoff-Skulptur war davor platziert worden, um sie den Ratsmitgliedern vorzustellen.

Musewitsch plant, solche Skulpturen des Philosophen an möglichst vielen Plätzen der Stadt aufzustellen. Darüber hinaus könnten neben den Kantfiguren Bänke und erklärende Tafeln aufgestellt werden. „Wir wollen Königsberg als Stadt der guten Menschen etablieren. Wir meinen nicht nur banale Freundlichkeit, sondern Gastfreundschaft, Gutmütigkeit und Freundlichkeit.



Zwerg oder Clown?: Kunststoff-Skulptur Kants stößt auf Ablehnung — Bild: J.T.

Darüber wird auf vielen öffentlichen Websites oder auch an Stammtischen in Königsberg diskutiert. Es schien mir, als ob man den nur ersten Schritt machen müsse, um dieses Programm umzusetzen. Deshalb entstand die Idee, in der Stadt einen Zirkel mit symbolischen Skulpturen mit folgenden Namen aufzustellen: ‚Kant, der in einer Pfütze den Sternenhimmel sah', ‚Kant, der die Touristen begleitet und ihnen das letzte Gefühl der Trauligkeit über das Verlassen Königsbergs gibt', ‚Kant, der die Studenten vor Prüfungen segnet'", erzählte Musewitsch den Kulturratsmitgliedern pathetisch.

Doch die Teilnehmer der Sitzung begegneten seinen exzentrischen Impulsen mit Ablehnung. Sie kritisierten die künstlerische Gestaltung und das Aussehen des Philosophen. Sie fanden, dass er wie ein alberner Zwerg aussehe.

Kulturrat ist gegen Plastik-Skulpturen

Selbst der amtierende Gouverneur Anton Alichanow war verwirrt über die Größe des Philosophen. „War er denn so klein?", zitierte selbst Musewitsch ihn.

Die Königsberger teilen die ablehnende Haltung. Sie erfanden fantasievolle Spitznamen wie „Petersilie" oder „Humanoid" für die Skulptur. Einige stellten Ähnlichkeiten mit Baron von Münchhausen fest. In der Tat erinnert die Skultpur eher an einen Clown, was die Bürger, die Kant verehren, sehr verärgert.

Woher kommt das plötzliche Interesse der Abgeordneten für Kant? Der Grund ist ganz einfach: Man will in den Augen der Öffentlichkeit eine positive Erscheinung erreichen und ihre Aufmerksamkeit von den Rechtsstreitigkeiten der vergangenen Monate ablenken. Musewitsch hat ein besonderes Interesse daran. Der Duma-Abgeordnete, der in der letzten Amtsperiode für „Einiges Russland" im Parlament saß, war bei den letzten Wahlen am 18. September als Direktkandidat für seinen Bezirk angetreten gegen Solomon Ginsburg. Dieser unterlag mit 100 Stimmen. Weil während der Stimmenauszählung die ganze Zeit Ginsburg geführt hatte und erst bei der Endauszählung Musewitsch plötzlich vorne lag, legte ‚Ginsburg Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft ein. Er beschuldigte seinen Gegner, zwecks Manipulation der Wahl im letzten Moment Obdachlose massenweise in eine Siedlung des Dorfs Kosmodemjanowo angemeldet zu haben, die zu seinem Wahlbezirk gehört. Er kämpft vor Gericht dafür, dass die Wahlergebnisse für ungültig erklärt werden und kommentiert den Fortgang des Prozesses in der Presse.

Beim Kulturrat ist Musewitsch mit seiner Idee, Kant-Skulpturen überall in der Stadt aufzustellen, abgeblitzt. Der Abgeordnete gab nicht auf und fand einen alternativen Ort für seine Testskulptur. Der „gute Kant" wurde vor dem Einkaufszentrum „Europa" aufgestellt.

Die Idee, den Namen Kants für kommerzielle Zwecke zu verwenden, besteht fort. Gegenüber dem Dramentheater gibt es einen Souterrain-Laden namens „Flasche", dessen Sortiment Spirituosen waren. Er wurde in „Kant-Market" umbenannt. Wie die Kunden die Umbenennung fanden, ist schwer zu sagen. Das Sortiment des Ladens ist jedenfalls vielfältiger geworden. Da die Bürger Immanuel Kant verehren, ist damit zu rechnen, dass der Umsatz des Ladens steigen wird.

Wer weiß, wo und für welche Zwecke der Name des großen Philosophen noch herhalten muss. *Jurij Tschernyschew*

Großes Interesse an Kraupischken

80 Teilnehmer bei feierlicher Eröffnung im Museum Friedländer Tor mit Jurij Userzow

Zum ersten Mal in der Geschichte des Königsberger Gebiets wurde im Gebietszentrum mit der Ausstellung „Spaziergang durch das alte Kraupischken" die Geschichte eines Dorfes gezeigt. Die Abbildungen von Gebäuden in Kraupischken, dem heutigen Uljanowo, sind einmalig, weil die meisten der Gebäude heute nicht mehr existieren. Die Besucher der Ausstellung können sehen, wie das Dorf ausgesehen hat, das man früher für seine Schönheit, Gepflegtheit und Ungewöhnlichkeit eine kleine Stadt nannte. Wie kam ein so weit von der Gebietshauptstadt entlegenes Dorf ins Visier des bekannten Museums?

Die Direktorin des Museums „Friedländer Tor", Marina Jadowa, erzählte, dass sie Herrn Jurij Userzow im vergangenen Jahr kennengelernt hat. Als er ihr von seinem Heimatmuseum erzählte, sei ihr klar geworden, dass dieser Mensch die Geschichte seiner Heimat unbeschreiblich tief kennt und weiß, wie man die junge Generation auf die Geschichte aufmerksam macht und ihr Interesse



Aufmerksame Zuhörer: Eröffnung im Friedländer Tor — Bild: privat

daran erweckt, damit man die alte Geschichte schätze und begreife, und wie man die beiden Kulturen verbinden kann. Jadowa teile die Ansicht Userzows auf die historische Vergangenheit und die Zukunft des Landes und beide begriffen, wie wichtig die Museen bei der Erhaltung dieser Vergangenheit seien. Darum habe sie seine Idee mit der Organisation dieser Ausstellung unterstützt.

Bei der Eröffnung der Ausstellung, die zwei Monate lang gezeigt wird, waren über 80 Gäste anwesend, alte Freunde von Userzow, Museumsleiter, aber auch offizielle Vertreter wie der Gesandte Litauens in Tilsit und Vertreter des deutschen Konsulats in Königsberg.

Die Besucher betrachteten mit großem Interesse alte Fotos und hörten die Erläuterungen dazu vom Hauptveranstalter der Ausstellung, Userzow, der unter anderem Direktor einer der besten ländlichen Schulen in der Region ist.

Als Gleichgesinnte waren die Vertreter des Klubs für Heimatkunde in Königsberg mit ihrem Vorsitzenden Alexej Gubin anwesend. Gubin ist Autor des Reiseführers „Wenn Sie in Kaliningrad zum ersten Mal sind", „Skizzen der Geschichte Königsbergs" sowie des Buches „Burgen und Schlösser Ostpreußens". Er ist auch Gründer der „Baltischen Sammlung", in der über 800 landeskundliche Untersuchungen zusammengefasst sind.

„Ich freue mich sehr, meine guten Freunde und Helfer heute im besten Museum Kaliningrads zu sehen", sagte Userzow während der feierlichen Eröffnung. *L. Andrejewa/PAZ*

Misswahlen: Ostpreußen vorn

Allenstein/Osterode – Für eine junge Frauen aus dem südlichen Ostpreußen endete das Jahr 2016 positiv: Sie wurde zur „Miss Polonia" des Jahres gewählt. Die 21-jährige Izabella Krzan aus Allenstein wurde Miss Polonia 2016 und nahm die Krone aus den Händen ihrer schönen Vorgängerin Paulina Krupinska entgegen. Sie war Miss Polonia des Jahres 2012, und weil es Probleme mit der Organisation dieses Wettbewerbs gab, behielt sie die Auszeichnung für vier Jahre. Krzan ist Studentin der Warschauer Naturwissenschaftlichen Universität. Sie erhielt eine neue, mit Bernstein verzierte Krone im Wert von über 11000 Euro. Auch die Trophäe des „Top Models" 2016 ging nach Ostpreußen. Die Zuschauer des TV-Programms „Top Model" stimmten per SMS ab. Als Sieger dieser Abstimmung ging Patryk Grudowicz aus Osterode hervor. Der Gewinner des Wettbewerbs „Top Models 6" erhält knapp 25000 Euro, ziert das Titelbild des Magazins „Glamour" und erhält einen Vertrag mit der Agentur „Avant Models". *Leszek Chaburski*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

unsere Ostpreußische Familie geht nun bereits in das 45. Jahr ihres Bestehens, und das ist in unserer schnelllebigen Zeit schon eine stolze Zahl. Längst ist sie über ihre eigentliche Aufgabe als Kummerkasten für die Leserinnen und Leser, die ihre Wünsche bis dahin nicht äußern konnten oder wollten, hinausgewachsen und zu einer Institution geworden, deren Aufgabenbereich immer größere Kreise erfasst. Ursprünglich vor allem für die Geflüchteten gedacht, die durch die Vertreibung nicht nur Heimat und Haus, sondern auch die ihnen vertrauten Menschen verloren hatten, entwickelte sich die Ostpreußische Familie zu einem Netzwerk, in dem alte Verbindungen wieder geknüpft, sich aber auch neue bilden konnten, die zu regem Gedankenaustausch und auf gemeinsamen Interessen beruhenden Freundschaften führten. In den letzten Jahren schälte sich nun eine neue Aufgabe heraus, deren Bedeutung zunehmend von Wissenschaftlern erkannt und anerkannt wird: Unsere älteren Leserinnen und Leser sind als Zeitzeugen gefragt, weil sie aus eigener Erfahrung berichten können und daher authentische Chronisten sind, denn in und mit ihnen lebt die Vergangenheit. Darum ist unsere Kolumne weit über ihren ursprünglichen Leserkreis hinausgewachsen, längst kommen Fragen, die nicht nur Ostpreußen betreffen, und deshalb bin ich über eine Zuschrift etwas verwundert, die von einer Leserin aus Römerberg kommt, die meint, dass in unserer Kolumne nur von Ostpreußen gesucht und geschrieben werde, aber trotzdem wolle sie uns sagen, wie gut ihr unser Wochenbeitrag gefalle – danke, liebe Frau **Karin**, für die Anerkennung.

Die in Schlochau Geborene lebte bis zur Flucht bei ihren Großeltern auf dem zwischen Rummelsburg und Baldenburg gelegenen Gut Neufeld. Ihr Großvater blieb auf dem Gut, wurde von den Russen verschleppt und todkrank wieder nach Hause geschickt, wo er dann bald verstarb. Er wurde von den Angestellten, die ebenfalls da geblieben waren, auf seinem eigenen Land begraben. Mehr wollte Frau Karin, die über ihre Eltern zu unserer Zeitung kam, nicht sagen, aber wenn sie irgendwelche Fragen und Wünsche hat, dann ist auch unsere Ostpreußische Familie für sie da, denn dieser Name bedeutet keine Begrenzung auf einen bestimmten Personenkreis. Er ist aber unser „Markenzeichen", denn dass die Kolumne noch heute nach bald einem halben Jahrhundert so lebendig ist, liegt an den Menschen, die sie von Anbeginn geformt haben: an den Vertriebenen aus dem Land zwischen Weichsel und Memel, die durch das eigene Erleben von Flucht, Hunger, Elend und Verlust von Angehörigen und Freunden in besonderem Masse sensibilisiert waren und noch immer sind.



Beim Ostmarken-Rundfunk begann seine Sprecher-Laufbahn: Der Schauspieler Willi Stein Bild: privat

Diese Erklärung gilt auch für die Schreiberin unserer nächsten Suchfrage, denn sie meint, dass ihre an uns gestellte Bitte „untypisch" sei – ist sie aber nicht, denn es handelt sich um eine deutsche Familie, die gesucht wird, die – aufmerken, liebe Frau Karin! – aus Pommern stammt. Vielleicht meint aber die Absenderin, dass es ungewöhnlich sei, dass eine polnische Fragestellerin sich an die *PAZ* wende. Frau **Lidia Sierocinska** aus Owidz meldet sich auch nicht in eigener Sache, sondern reicht die Frage ihres Freundes weiter, die dieser für seine Mutter stellt, die eine Familie „aus der Vergangenheit" sucht – klingt kompliziert, ist es aber nicht. Es handelt sich um die deutsche Familie Zollenkopf, die bis zur Vertreibung in Milewo, Gemeinde Neuenburg gewohnt hat. Sie muss gut situiert gewesen sein, denn sie beschäftigten eine Köchin mit Namen **Olga Puwalska** geborene **Weidemann**. Deren Tochter **Irene** war mit **Elsa** oder **Elisabeth Zollenkopf** befreundet, eine Kinderfreundschaft, die mit der Vertreibung der Familie Zollenkopf ein jähes Ende fand. Irene ist die Mutter des Freundes von Lidia Sierocinska. Sie hat ihre Freundin Elsa nie vergessen und möchte so gerne mit ihr sprechen. Nach Kriegsende stand sie schon einmal in Briefkontakt mit der Freundin, dann riss er wohl durch die politische Entwicklung ab und wurde nie wieder geknüpft. Jetzt ist es spät, aber noch nicht zu spät, wie Irene Puwalska hofft. Auch Lidia Sierocinska hat dafür gute Gründe, denn vor einigen Jahren hat ein Nachfahre aus der Enkelgeneration der Familie Zollenkopf Milewo aufgesucht, wie sie erfahren konnte. Sie weilt oft in dem Ort, in dem sie selber 20 Jahre lang gewohnt hat, und ist also mit der Geschichte der Familie Zollenkopf gut vertraut. Somit ist sie die beste Übermittlerin des Wunsches von Irene Puwalska, zumal ihr Schreiben gute Deutschkenntnisse beweist. „Für Ihre Hilfe wären wir sehr dankbar", beendet sie ihre „untypische" Bitte um Veröffentlichung, der wir gerne nachkommen. (Lidia Sierocinska, 83-200 Owidz, ul.Szkolna 7/8, Polen, Telefon 0048504969549, E-Mail: Lidia.sierocinska@up.pl)

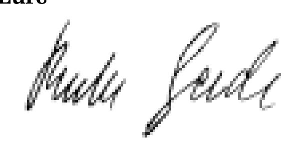
Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Wenn man als Zeitzeuge gefragt wird und dann trotz eifriger Erinnerungsversuche passen muss, ist das nicht gerade erfreulich, denn man will ja die Erwartungen erfüllen, die an einen gestellt werden. So hätte ich liebend gern Herrn Dr. **Roland Kopp** die erhofften Informationen über den ehemaligen Sprecher des Ostmarken-Rundfunks **Willi Stein** gegeben, aber leider habe ich im Rahmen meiner Tätigkeit beim Reichssender Königsberg keinen Kontakt zu ihm gehabt. Meine Freunde und Kollegen aus jenen Tagen, die sich vielleicht an den Sprecher erinnern konnten und mit denen ich bis vor Kurzem noch in Verbindung stand, sind leider nun nicht mehr unter uns. Da es sich aber hauptsächlich um eine sehr spezielle Frage handelt, die uns Herr Dr. Kopp stellt, hätten sie wohl auch passen müssen. Dafür sind die ehemaligen Osteroder gefragt, denn es handelt sich um eine dort im April 1943 stattgefundene Veranstaltung, an der eventuell Willi Stein mitgewirkt hat. Der 1905 in Dortmund geborene Schauspieler hatte seine Theaterlaufbahn in Bielefeld begonnen, musste sie leider früh beenden, da er sich während einer Vorstellung im Landestheater Südostpreußen in Allenstein eine Knieverletzung zuzog. Er blieb in Ostpreußen, wurde 1931 Sprecher beim Ostmarken-Rundfunk und anschließend beim Reichssender Königsberg. Dem Bühnenjahrbuch zufolge war er noch 1942 dort beschäftigt, danach verliert sich seine Spur. Sein Name taucht noch einmal in Zusammenhang mit einer Wehrmachtsveranstaltung auf, wobei es aber fraglich ist, ob es sich um ihn oder einen Namensvetter handelt. Beim „Tag der Wehrmacht" am 4. April 1943 hat es nämlich in Osterode ein von Soldaten gestaltetes Bühnen- und Musikprogramm gegeben, bei dem ein (Gefreiter) Willi Stein als Ansager fungierte und zusammen mit dem Schauspieler Robert Dorsay auch in kabarettistischen Beiträgen auftrat. Dorsay war nach Osterode eingezogen worden, nachdem er sich geweigert hatte, in die NSDAP einzutreten, und damit seine Unabkömmlichstellung (UK) verloren hatte. Wenige Wochen später wurde auch Willi Stein wehrmachtgerichtlich vernommen, nachdem gegen Dorsay wegen eines abgefangenen Briefes aus Osterode ein Kriegsgerichtsverfahren eingeleitet worden war. Bislang gibt es keinen Beleg dafür, dass es sich bei dem besagten Willi Stein aus Osterode um den ehemaligen Rundfunksprecher handelt, erscheint aber angesichts der bekannten Fakten durchaus möglich. Herr Dr. Kopp ist an allen Informationen interessiert, die das Leben des Rundfunksprechers nach 1942 erhellen könnten. Wurde Willi Stein zur Wehrmacht eingezogen, hat er den Krieg überlebt, wenn ja, wo und wie? Beim Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt am Main verfügt man über keine weitergehenden Informationen, aber vielleicht kommen aus unserem Leserkreis einige Hinweise aus dem ehemaligen beruflichen und persönlichen Umfeld des Sprechers. Herr Dr. Kopp, für dessen wissenschaftliche Recherche zur Biographie des Schauspielers Robert Dorsay diese Informationen sehr wichtig sind, würde sich freuen. (Dr. Roland Kopp, Höhnstraße 17 in 33098 Paderborn, Telefon 05251/63073, E-Mail: rk150358@gmx.de)

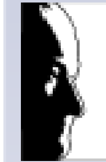
Über die Erfolge, die unser Königsberger Landsmann **Joachim Wagner** auf die Fragen nach seiner Kinderheimat Seligenfeld verzeichnen konnte, haben wir bereits in Folge 52/16 berichtet. Nun wird Herr **Wagner** sehr erstaunt gewesen sein, als er seinen Namen in unserer Kolumne in Folge 2/17 las, ohne dass in dieser auf seine erneuten Fragen eingegangen wurde. Lediglich wurde in einem kurzen Satz auf seine Bemühungen in der Familienforschung hingewiesen. Die damit zusammen hängenden Fragen waren leider auf der Strecke geblieben – auf gut ostpreußisch: „rein wie in de Ritz geschorrt". Hier sind sie nun, bis auf den Punkt wieder hervorgeholt:

Jetzt legt Herr Wagner noch einmal nach, denn nun will er auch die Lücken in seiner Ahnentafel schließen. Diesmal geht es ihm nicht um den Königsberger Ortsteil Seligenfeld, sondern um die Ortschaften Norkitten und Siemohnen im Kreis Insterburg. Seine Großmutter **Martha Kuschnerus** verwitwete **Tennigkeit** war in diesem westlich von Insterburg gelegenen Bereich als Hebamme tätig, muss also einen gewissen Bekanntheitsgrad gehabt haben. Dieser wurde noch verstärkt durch ihren zweiten Mann **Franz Kuschnerus**, der eine Bäckerei in einem dieser benachbarten Orte besaß. Vielleicht erinnert sich noch jemand an die Familie Kuschnerus und kann nähere Angaben machen? (Dipl.-Ing. Joachim Wagner, Madenburgweg 21 in 76831 Eschbach, Telefon 06345/953277, Fax 06345/407391, E-Mail:wagnerj38@t-online.de)

Eure



Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Östlich von Oder und Neisse

Hungerstreik gegen Eingemeindung zu Oppeln

Warschau reagiert wie Berlin mit Ignoranz – Die ersten zweisprachigen Ortsschilder sind bereits demontiert

Am zweiten Weihnachtstag traten zwölf von der Eingemeindung zu Oppeln betroffene Einwohner Groß Döberns [Dobrzen Wielki] in den Hungerstreik, darunter der Leiter des dortigen Kultur- und Begegnungszentrums, Gerard Kasprzak, in dessen Kulturhaus der Hungerstreik durchgeführt wurde. Mit der Aktion wollten die Hungerstreikenden die polnische Regierung unter Druck setzen. Jene hatte am 19. November vergangenen Jahres eine Verordnung erlassen, der zufolge zwölf Gemeinden, darunter Groß Döbern, am 1. Januar dieses Jahres an Oppeln angegliedert wurden. In der ersten Januarwoche fuhr Oppelns Stadtpräsident (Oberbürgermeister) Arkadiusz Wisniewski zur Schlichtung nach Groß Döbern, bewirkte jedoch nichts. Und der Oppelner Woiwode Adrian Czubaka versprach in Groß Döbern, dass sich Innenminister Mariusz Błaszczak der Sache annähme – ein leeres Versprechen.

„Ich bewundere die Einwohner meiner Gemeinde. Wenn jemand denkt, er könne einer Gemeinde 60 Prozent des Budgets einfach wegnehmen und niemand tue etwas dagegen, ist er entweder ein kompletter Idiot oder er ist effektiver als Goebbels", zitiert die „Gazeta Wyborcza" den Gemeindevorsteher Groß Döberns, Henryk Wróbel. Die Betroffenen kämpfen jedoch nicht nur um die Gelder, sondern auch um ihr Selbstbestimmungsrecht. Von Beginn an haben sie Proteste organisiert, Petitionen geschrieben, waren mehrmals in Warschau – doch ohne Erfolg. Wer hört schon auf Deutsche in der Provinz. Währenddessen sitzt mit Patryk Jaki in der PiS-geführten Regierung ein lautstarker Oppelner Streiter für die Eingemeindung. Der Stellvertretender Justizminister ist bekannt für Aussagen wie: „Politiker der deutschen Minderheit führen seit Jahren eine aggressive Politik gegen den polnischen Patriotismus." Solche Parolen scheinen der Regierung lieber zu sein, als die Hilferufe aus der vermeintlichen Pampa.



Noch zweisprachig: Ortsschild in Oberschlesien Bild: Wagner

Der deutsche Abgeordnete Ryszard Galla tat sein Bestes. Am 4. Januar erhielt Premierministerin Beata Szydło ein Schreiben, das außer von Vertretern der Gemeinden und der Deutschen Minderheit auch vom Marschall der Woiwodschaft, Andrzej Buła, unterzeichnet war. Einen Tag darauf folgte ein Appell des Ordinarius der Oppelner Diözese, Bischof Andrzej Czaja, an Szydło. Darin bekundet der Bischof sein Entsetzen darüber, dass sich noch niemand von der Regierung in Groß Döbern hat blicken lassen.

Der Hilferuf verhallt aber nicht nur in Warschau, sondern auch in Berlin. Offenkundig reicht der öffentliche Druck bislang noch nicht einmal dafür aus, dass Diplomaten durch Abwiegelung versuchen, die Wogen zu glätten. Stattdessen wird das Thema grenzüberschreitend einfach ignoriert.

Inzwischen sind bereits die ersten zweisprachigen Ortsschilder in den eingemeindeten Orten demontiert worden. Denn einen Anspruch darauf gibt es nur, wenn wenigstens 20 Prozent der Einwohnerschaft einer nicht-polnischen Volksgruppe angehören. Da das deutsche Bürgertum 1945 nahezu vollständig aus Oppeln vertrieben wurde, liegt der Anteil der deutschen Volksgruppe trotz der Eingemeindungen darunter.

Am 11. Januar gaben die Hungerstreikenden in Groß Döbern auf. Immerhin erreichten sie die Zusage, dass drei von ihnen am 16. Januar vom stellvertretenden Innenminister Sebastian Chwałek in Warschau angehört würden.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Korinth, Hildegard, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 23. Januar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Pißowotzki, Martha, geb. **Roslan**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 22. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Brosch, Bruno, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 21. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kondritz, Hedwig, geb. **Falkuß**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 24. Januar
Schmidt, Magdalena, geb. **Stern**, aus Neidenburg, am 23. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Burmeister, Anita, geb. **Alexy**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 21. Januar
Häring, Martha, geb. **Weissenberg**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bisges, Gertrud, geb. **Lasarzewski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 20. Januar
Deimer, Ellinor, geb. **Schoen**, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 24. Januar
Krysewski, Kurt, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 26. Januar
Lange, Magarete, geb. **Czaplinski**, aus Treuburg, am 20. Januar
Leiss, Irmgard, geb. **Liss**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 20. Januar
Myska, Karl, aus **Zeysen**, Kreis Lyck, am 22. Januar
Nowak, Helene, geb. **Striewski**, aus Niedenau und Malga, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Weiss, Gertrud, geb. **Jablonski**, aus Lyck, von Ludendorffstraße 7, am 22. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dickschas, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Januar
Dinse, Luise, aus Lyck, am 23. Januar
Guth, Elisabeth, geb. **Fröhlian**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 20. Januar
Roschoszew, Ilse, geb. **Bardischews**, aus Pillau, Kreis Samland, am 26. Januar
Schoenfeld, Hildegard, geb. **Stullich**, aus Lötzen, am 26. Januar
Will, Elly, aus Groß Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 20. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barthel, Gertrud, geb. **Schukenreuter**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Berger, Gerhard, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Brzoska, Hildegard, geb. **Sadlowski**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar
Degenhardt, Klara, geb. **Hömke**, aus Germau, Kreis Samland, am 24. Januar
Friebe, Ilse, geb. **Mehr**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 25. Januar
Hagemann, Paula, geb. **Niedzwetzki**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 26. Januar
Kleine, Elfriede, geb. **Kramberger**, aus Lyck, am 20. Januar
Kullik, Herbert, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 25. Januar
Müller, Gertrud, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. Januar
Otterbeck, Waltraud, geb. **Pohlke**, aus Heilsberg, am 4. Januar
Paetzold, Hannelore, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. Januar
Peitsch, Helmut, aus Groß Sausgarten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Januar
Reininger, Gerda, geb. **Linkner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Scheffel, Friedel, geb. **Werner**, aus Ragnit, Kreis Samland, am 25. Januar
Scheiba, Renate, aus Groß Georgenburg, Kreis Wehlau, am 25. Januar
Shinners, Ingeborg, geb. **Woweries**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Wedell, Erna, geb. **Rudat**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Christoph, Elfriede, geb. **Link**, aus Pillau, Kreis Samland, am 26. Januar
Dicmanis, Lieselotte, geb. **Salloch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Januar
Mäder, Gerda, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Patz, Asser, aus Marienhof, Kreis Samland, am 20. Januar
Ristic, Elfriede, geb. **Köstering**, aus Rabber, Kreis Wittlage, am 10. Januar
Rudnik, Walter, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 22. Januar
Stoll, Willy, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Wallis, Brunhilde, geb. **Schweiger**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 23. Januar

Wittmann, Erna, geb. **Schmidt**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 25. Januar
Würger, Helene, geb. **Besmehn**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 25. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dembeck, Helmut, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 21. Januar
Gränitz, Lieselotte, geb. **Aschmonat**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Grünberg, Dora, geb. **Kamann**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 24. Januar
Hagen, Elfriede, geb. **Langguth**, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 25. Januar
Hermenau, Alfred, aus Königsberg, Sedanstraße 10, am 10. Januar
Jakstadt, Ernst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Meyer, Ruth, geb. **Gippner**, aus Klagendorf, Kreis Lyck, am 24. Januar
Röder, Margarete, geb. **Hoffmann**, aus Schreitlacken, Kreis Samland, am 24. Januar
Schendel, Herbert, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 25. Januar
Schmökel, Gerda, geb. **Wiemer**, aus Haselgrund, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Schulz, Artur, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. Januar
Tamschick, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. Januar
Voelkl, Elfriede, geb. **Slawski**, aus Lötzen, am 21. Januar
Walendy, Udo, aus Lyck, am 21. Januar
Wilhelm, Erika, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, am 24. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Anger, Christel, geb. **Litzbarski**, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 24. Januar
Begett, Herbert, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 21. Januar
Borutta, Erika, geb. **Domahs**, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Dotzenroth, Gerlind, aus Königsberg, am 24. Januar
Fullert, Erika, geb. **Kirschnick**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Januar
Haedelt, Eva, geb. **Waaga**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Januar
Jacob, Gert, aus Wehlau, am 24. Januar
Jastremski, Dietrich, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 26. Januar
Jelinski, Herbert, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Kellmann, Antonie, geb. **Piwek**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 20. Januar
Koschorrek, Ulrich, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 77, am 22. Januar
Laddach, Christel, geb. **Weissmann**, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 24. Januar
Pilath, Heinz, aus Ortelsburg, am 20. Januar
Schubkegel, Edith, geb. **Lellesch**, aus Neidenburg, am 21. Januar
Sombray, Ursula, geb. **Wegendorf**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Januar
Thönnissen, Magdalene, geb. **Thal**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 22. Januar

Urmoneit, Joachim, aus Nesten, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Januar
Viohl, Gerlinde, geb. **Krause**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 22. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bachor, Werner, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Becker, Helmut, aus Langsee, Kreis Lyck, am 23. Januar
Bischoff, Brigitte, geb. **Peter**, aus Ortelsburg, am 26. Januar
Blechert, Hartmut, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Bree, Ingrid, geb. **Schirmacher**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 23. Januar
Buchwald, Irmgard, geb. **Grau**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Dieck, Paul, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 23. Januar
Fath, Helene, geb. **Nowinski**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 21. Januar
Fromm, Ursula, geb. **Bienroth**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 22. Januar
Gollub, Horst, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 23. Januar
Ihbe, Hildegard, geb. **Schart**, aus Lyck, am 23. Januar
Jodat, Hanna, aus Uetersen, am 18. Januar
Kaplick, Dora, geb. **Schutz**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 20. Januar
Kirchner, Lotti, geb. **Ehresmann**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 24. Januar
Kirsch, Marlies, geb. **Jebranzik**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 24. Januar
Koselke, Berhard, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Januar
Malinowski, Wilfried, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 20. Januar
Niedzwetzki, Siegbert, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 26. Januar
Nioduschewski, Reinhard, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 20. Januar
Pastowski, Gerhard, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. Januar
Schneider, Edith, geb. **Samorski**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 25. Januar
Steinke, Günter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. Januar
Sydow, Irma, geb. **Fornasson**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 23. Januar
Syska, Werner, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 22. Januar
Szesny, Werner, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Winn, Christiane, geb. **Peters**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 20. Januar
Wirth, Ursula, geb. **Hesselbach**, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dall, Hans, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 25. Januar
Döring, Vera, geb. **Konrad**, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 20. Januar
Kinzel, Wolf, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Klaphuck, Eva, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 24. Januar

Linde, Renate, aus Neidenburg, am 26. Januar
Mieciecki, Edelgard, geb. **Naroska**, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar
Rehbein, Wolf, aus Treuburg, am 24. Januar
Thomas, Eckard, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 25. Januar
Wochnowski, Sigrid, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 25. Januar



Nilson, Klaus, aus Königsberg, und Anorthe, geb. **Czudnochowski**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 21. Januar

TERMINE DER LO

2017
18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Kleines Preisrätsel

Auflösung des Weihnachts-Preisrätsels

Herzlichen Dank allen Lesern, die an unserem Weihnachtspreisrätsel teilgenommen haben. Die richtige Lösung lautet:

Pillkallen/Schloßberg

Die Preise in Form von Geschenkpackungen mit Königsberger Marzipan sind den Gewinnern zugeschickt worden. Sollten Sie zu denen gehören, die dieses Mal nicht gewonnen haben, so seien Sie jetzt schon auf unser nächstes Preisrätsel hingewiesen, das Ihnen auch wieder viel Freude bereiten soll. Nochmals allen Teilnehmern herzlichen Dank!

Geschäftsstelle der Ostpreußischen Kulturstiftung, Postfach 17, 91791 Ellingen

»Verschleppt« ans Ende der Welt



„Verschleppt ans Ende der Welt“ heißt ein Dokumentarfilm über deutsche Frauen, die als Zwangsarbeiterinnen nach Sibirien verschleppt wurden.

Dieser Film mit anschließendem Gespräch mit der Regisseurin Freya Klier (siehe Foto) wird am Montag, 23. Januar, von 18.30 bis 21 Uhr im Haus am Dom (großer Saal), Domplatz 3, 60311 Frankfurt, gezeigt.

1993 brach die Regisseurin mit drei älteren Frauen nach Sibirien auf. Die drei gehören zur etwa einer halben Million deutscher Zivilisten, die gegen Kriegsende als „lebende Reparationen“ von der Roten Armee zur Zwangsarbeit nach Russland deportiert wurden, um deutsche Kriegsschuld abzuarbeiten. Ein Drittel von ihnen kehrte nicht mehr zurück. Neben dem historischen Hintergrund der Deportationen und den schmerzlichen Erlebnissen der Spurensuche zeigt der Film auch die Lebenssituation der sibirischen Bewohner, schildert die warmherzige Begegnung zwischen Frauen, die einst als „Sieger und Besiegte“ aufeinandertrafen. Im gleichnamigen, 1996 erschienenen Buch, ließ Freya Klier Zeitzeuginnen zu Wort kommen und sie von ihrem jahrelangen Leidensweg erzählen. Film und Buch erzählen nicht nur historisch fundiert die Situation zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie machen auch deutlich, wie das Schicksal hunderttausender Frauen im Westen „dem Lagergefecht der Generationen“ zum Opfer fiel und wie es in der ehemaligen DDR als „Verleumdung der Sowjetunion“ tabuisiert wurde. Verschleppt, vergewaltigt, gedemütigt und schließlich als Zwangsarbeiterinnen missbraucht, mussten diese Frauen über Jahre unter unmenschlichen Bedingungen als „lebende Reparationen“ ihr Dasein fristen. Klier hat das persönliche Schicksal der Betroffenen, ihre tägliche Arbeit im Sägewerk, im Kohleabbau, in der Ziegelei und im Wald, begleitet von Hunger, Krankheiten, Entkräftung, Tod, im Winter bei eisiger Kälte und im Sommer bei sengender Hitze aufgearbeitet.

Der Bürgerrechtlerin, Schriftstellerin und Dokumentarfilmerin Freya Klier wurde am 6. November 2016 in der Frankfurter Paulskirche der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen für ihr Lebenswerk verliehen. Die Jury würdigte mit dieser Preisverleihung das umfangreiche und vielfältige Schaffen von Freya Klier. *EB*

Für Rückfrage stehen Albina Nazarenus-Vetter (0163-6333065, djrhessen@web.de) und Birgit Schulz (0611-324003, birgit.schulz@hlz.hessen.de) zur Verfügung.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Busreise Elchniederung, Samland, Kurische Nehrung

Zehntägige Busreise vom 2. bis 11. August 2017 Elchniederung, Samland und Kurische Nehrung mit Stadtfest in Heinrichswalde führt zu Marienburg–Tilsit–Elchniederung–Rauschen–Kurische Nehrung. Reiseleitung: Peter Westphal, Kreisgemeinschaft Elchniederung

Programmablauf:

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Marienburg.

2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die Marienburg, eine der mächtigsten Backsteinburgen der Welt, die durch ihre Größe und Architektur noch heute die Besucher beeindruckt. Anschließend Weiterreise zum polnisch-russischen Grenzübergang, wo Sie Ihr russischer Reiseleiter, der Sie während Ihres gesamten Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen begleiten wird, erwartet. Danach Weiterreise vorbei an Königsberg, Tapiau und Wehlau bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel „Rossija“ beziehen.

3. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Am Abend Fahrt nach Heinrichswalde. Nach einer Kranzniederlegung am Gedenkstein für alle früheren Einwohner des Kreises Elchniederung erleben Sie in der teilrestaurierten Kirche in Heinrichswalde ein stimmungsvolles Konzert zum Auftakt des Stadtfestes. Natürlich besteht an diesem Reisetag auch die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Unser bewährter Taxiservice steht Ihnen dazu zur Verfügung. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Nach dem Frühstück nochmals Rundfahrt durch die Elchniederung, diesmal südlich der Gilge. Die Route führt mit Zwischenstopps über Brittanien, Neukirch, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Am Nachmittag erreichen Sie wieder Heinrichswalde. Zunächst gemeinsamer Besuch des neuen deutsch-russischen Heimatmuseums zur Geschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung, das in enger Zusammenarbeit deutscher und russischer Initiatoren gemeinsam entstanden ist. Danach Möglichkeit zur Teilnahme am Stadtfest mit vielerlei Darbietungen, Musik, Kunstgewerbeständen und Volksfeststimmung. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Am Vormittag Möglichkeit zur Teilnahme am Gottesdienst gemeinsam mit der evangelischen Kirchengemeinde in Heinrichswalde. Anschließend Weiterfahrt über Neukirch nach Rauterskirch. Dort Empfang durch die örtliche Bevölkerung und Besichtigung der historischen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Auf dem Rückweg von Rauterskirch nach Tilsit wird noch ein Abstecher in das benachbarte Seckenburg unternommen. Am Nachmittag Stadtrundfahrt in Tilsit. Zunächst Besuch im teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schlossmühlenteich. Auch die Gedenkstätte am Walfriedhof wird während der Rundfahrt besucht. Abschluss und Höhepunkt der Stadtführung ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. An den überwiegend sehr schön restaurierten Jugendstilfassaden kann man die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen. Natürlich besteht auch an diesem Reisetag die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Übernachtung in Tilsit.



Lädt zur Rundreise ein: Peter Westphal Bild: privat

6. Tag: Ihr heutiger Ausflug führt in eine ebenfalls einzigartige Landschaft im Südosten des nördlichen Ostpreußens. Nach einem kleinen Stopp in Gumbinnen besuchen Sie Trakehnen mit der einst weltberühmten Gestütsanlage. Leider gibt es dort heute keine Pferde mehr. Anschließend erreichen Sie die einzigartige Rominter Heide. Unberührte Natur, eine Urwaldlandschaft mit kleinen Bächen und Biberbauten – Ihr Reiseleiter zeigt Ihnen die schönsten Plätze. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, hier werden Sie zur Mittagseinkehr erwartet. Übernachtung in Tilsit.

7. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit. Erster Besichtigungsstopp ist eine Stadtrundfahrt in Königsberg. Dabei besuchen Sie natürlich die erhaltenen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz mit dem ehemaligen Nordbahnhof und die erhaltenen Stadttore und Befestigungsanlagen wie das restaurierte Königstor und den Litauer Wall. Darüber hinaus erleben Sie eine aufstrebende russische Großstadt im Umbruch und voller Kontraste, sowohl sozial als auch städtebaulich. Am Nachmittag unternehmen Sie vom neuen Fischdorf am Pregel aus eine zirka dreistündige Schiffsfahrt durch den Hafen und auf dem Königsberger Seekanal entlang Richtung Ostsee bis nach Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten, Befestigungsanlagen und dem bekannten Leuchtturm eine große Kriegsgräbergedenkstätte, ein Ort der Besinnung und des Gedenkens an alle Opfer der vergangenen Kriege. Auf der Weiterfahrt durch das Samland besuchen Sie Palmnicken – hier wird im Tagebau der für Ostpreußen typische Bernstein gewonnen. Beim Besuch der Aussichtsterrasse haben Sie einen guten Überblick. Gegen Abend erreichen Sie das Ostseebad Rauschen mit den waldbestandenen Steilküste des Samlandes. Rauschen ist auch heute wieder ein schöner Ferienort mit vielen Gästehäusern und Hotels, hübsch restaurierten alten Holzvillen und einer Kurpromenade mit kleinen Straßencafés und urigen Kneipen. Abendessen und Übernachtung in Rauschen.

8. Tag: Tagesausflug vorbei an Cranz auf die Kurische Nehrung. Die zirka 100 Kilometer lange Landzunge trennt das Kurische Haff von der Ostsee. Ihre einzigartige Naturlandschaft ist durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Sie besuchen die Feldstation „Fringilla“ der Vogelwarte Rossitten, einst die von Professor Thienemann gegründete erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Bei einem geführten Spaziergang auf die Ephadüne bietet sich ein grandioser Ausblick auf das Haff, die Ostsee und die größte noch wandernde Sandfläche der Nehrung. In einer sehr schönen Hotelanlage direkt am Haffufer, die rund um die ehemalige Jugendherberge von Rossitten entstanden ist, werden Sie zum Mittagessen erwartet. Bei schönem Wetter sollten Sie natürlich auch nicht einen Besuch am kilometerlangen feinsandigen Strand mit einem Bad in der Ostsee versäumen. Abendessen und Übernachtung in Rauschen.

9. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Rauschen und treten die erste Etappe der Heimreise an. Nach dem Passieren der russisch-polnischen Grenze geht es durch das Ermland und Pommern bis nach Schneidemühl zur letzten Zwischenübernachtung.

10. Tag: Nach dem Frühstück Heimreise nach Deutschland. In der Mittagszeit wird bei Küstrin eine Rast auf einem polnischen Markt eingelegt.

Programmänderungen vorbehalten.

Leistungen:

Fahrt im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC, Kaffeeküche und Getränkeservice, 1 Ü/HP in Marienburg, Hotel "Centrum", 5 Ü/HP in Tilsit, Hotel „Rossija“, 2 Ü/HP in Rauschen, Hotel „Rauschen“, 1 Ü/HP in Schneidemühl/Pila, Hotel „Gromada Rodlo“,Besichtigungsprogramm wie beschrieben, alle Steuern und Gebühren sind im Preis enthalten, inklusive Straßengebühren in Polen, deutschsprachige Betreuung während des Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen sowie zu den Besichtigungen in Polen, Visabeschaffung, (Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen). Preis pro Person. 1099 Euro, EZZ 155 Euro, Visagebühr 85 Euro.

Anmeldung bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstr. 26, 38690 Goslar, Telefon/Fax (05324) 798228.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Trauer um Herta Kadlubowska

Die Kreisgemeinschaft Johannisburg trauert um Herta Kadlubowska, Mitbegründerin und langjährige Zweite Vorsitzende des Johannisburger Deutschen Freundschaftskreises für die Stadt und den Bezirk Johannisburg „Rosch“ in Johannisburg/Pisz.

Im ersten Grußwort des Johannisburger Heimatbriefes (JHB) 1993 lesen wir auf Seite 2 folgende Sätze, verfasst von Kreispräsidenten Johannes Petersen und Landrat Jörg-Dietrich Kamischke, Patenkreis Flensburg:

„Am 21. Juni 1992, einem Sonntag, wurden mit einem Gottesdienst die ‚Johannisburger Tage‘, eine polnisch-deutsche Kulturveranstaltung, in der einzigen protestantischen Dorfkirche in Weißuhnen eröffnet. In der überfüllten Kirche feierten Polen und Deutsche gemeinsam einen Gottesdienst. An diesem herrlichen Sommersonntag erklangen Choräle in einer masurischen Kirche, die die Deutsche Minderheit in ihrer Muttersprache singen konnte. Es war der deutsch-polnische Vertrag vom Juni 1991, aber auch die Überwindung nationaler, historischer und persönlicher Vorbehalte, die diese Feierstunde ermöglichten.“

Mit diesem Datum eröffneten sich für die Deutsche Minderheit – nicht nur – in Johannisburg [Pisz] neue Perspektiven. Es war der Wendepunkt im Leben vieler in der Heimat verbliebener Deutscher, die sich zu ihrer Herkunft bekennen wollten. Mit viel Mut, Zuversicht und Hartnäckigkeit wurde bald der Johannisburger Deutsche Freundschaftskreis für die Stadt und den Bezirk Johannisburg „Rosch“ gegründet, mit Mira Kreska als Erster und Herta Kadlubowska als Zweiter Vorsitzenden. Unermüdlich setzten die beiden Frauen und ihre Mitstreiterinnen ihre Zeit und Kraft ein, dem bislang unterdrückten Teil der Bevölkerung wieder Geltung und Würde zu verschaffen, „in gegenseitiger Achtung und Toleranz friedlich miteinander zu leben“ (Mira Kreska, JHB 1993, Seite 2).

Der Deutsche Freundschaftskreis entwickelte sich rasch, 770 Mitglieder im Dezember 1996, was für die beteiligten Aktiven sehr viel Arbeit bedeutete. Neben der Sorge um die eigene Familie und ihr Hauswesen bekleidete sie von Anfang an das Amt der Zweiten Vorsitzenden. Gerhard Bosk äußert im JHB 1998, Seite 42: „Die engsten Mitarbeiter haben einen großen Anteil an den Erfolgen dieser segensreichen Arbeit.“

Herta half, wo immer sie gebraucht wurde: Als Fahrerin innerhalb der Vereinsarbeiten, auch bei den jährlichen Betreuungseinsätzen der Kreisgemeinschaft Johannisburg, wo sie die Bereichsbetreuer in die Heidedörfer rund um den Niedersee auf kilometerlangen, sandigen Wald- und Feldwegen begleitete (JHB 2004, Seite 64). Auskunft suchende Heimatfreunde führte sie mit Rat und Tat an die gewünschten Orte. Sie war vieler vergessener Dinge kundig, sodass Gräber, Denkmale, Friedhöfe, Kriegsgräber oder verschwundene Dörfer gefunden wurden. Sie kümmerte sich um glatte Abläufe beim Besuch von Reisegruppen im Büro von „Rosch“, bei der Abwicklung von Hilfslieferungen und sonstigen Veranstaltungen. Das beinhaltete oft die Sorge um das leibliche Wohl, wie überhaupt die Gastfreundschaft bei ihr einen besonderen Stellenwert hatte.

Oft stellte sie sich für die Teilnahme von "Rosch"-Mitgliedern am Hauptkreistreffen der Johannisburger in Dortmund zur Verfügung. Sie scheute nicht die weite, strapaziöse Fahrt, um die Verbundenheit des Heimatkreises zur Kreisgemeinschaft zu zeigen. Solange sie konnte, war sie auch in der Vermieterliste des Johannisburger Heimatbriefes aufgeführt.

Gesundheitliche Probleme warfen Herta oft zurück. Unvergessen wird ihr unermüdlicher Fleiß, ihr freundlicher Umgang, ihre glockenhelle Stimme und ihre Gastfreundschaft sein. Im Johannisburger Deutschen Freundschaftskreis für die Stadt und den Bezirk Johannisburg „Rosch“ und in ganz Johannisburg [Pisz] wird sie eine große Lücke hinterlassen. Sie hat sich um ihre Heimat und deren Menschen verdient gemacht.

Wir ehren ihr Andenken. Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Geänderte Lyckreise 2017

Liebe Heimatfreunde,

aufgrund der schlechten Flugverbindungen nach Danzig ist die Lyckreise 2017 jetzt geändert. Wir treffen uns am 17. Juni 2017 in Warschau im Novotel Warszawa Airport (ul. 1 Sierpinia1, 02-134 Warszawa) und von dort geht es dann am 18. Juni gemeinsam mit dem Bus nach Lyck ins Hotel Rydzewski, ul. Armii Krajowej 32, 19-300 Elkwo warminsko-mazurskie. Wir bleiben sechs Nächte.

In und um Lyck sind geplant:

Ein Stadtrundgang in Lyck, Besuch der Deutschen Minderheit am Wasserturm in Lyck. Kleinbahnfahrt mit Picknick, Staken auf der Krutinna, Fahrt zur Bunelka, Bootsfahrt auf dem Lyck-See, Besuch des historischen Museums, Fahrt zum Viadukt nach Stanczyki und vieles mehr

Am 24. Juni um zirka 9 Uhr beginnt die Rückfahrt mit dem Bus nach Warschau. Um zirka 14 Uhr sind wir in Warschau

Die Unkosten für Übernachtung mit Halbpension und alle aufgeführten Aktivitäten betragen zirka 630 Euro pro Person, Einzelzimmerzuschlag für das Hotel 60 Euro. (Die An- und die Abreise von und bis Warschau sind nicht im Preis enthalten).

Ich empfehle die Anreise und Abreise von Warschau mit dem Flugzeug. Wenn jemand Hilfe bei der Auswahl der Flüge braucht, der kann sich schriftlich an Marc Mader wenden. Heidi Mader, Sprecherin der Mittleren Generation, Telefon (0421) 673 290 26, E-Mail: marc-mader @gmx.de.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Dittmar Wingsch gestorben



Dittmar Wingsch Bild: privat

Am 12. September 2015 wählte die Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit Dr. Dittmar Wingsch zum Kirchspielvertreter von Ragnit-Land und Tilsit-Land. Erst am Tag zuvor war er der allgemeinen Aufforderung des Kreisvertreters an die Mitglieder zur Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft gefolgt und hatte sich entschlossen, sich der Wahl zu stellen.

Dittmar Wingsch wurde am 26. Oktober 1936 in Kartingen (vorher Karteningken), das zum Kirchspiel Tilsit-Land gehörte, geboren. Die Flucht im Oktober 1944 verschlug die Familie nach Remscheid. Nach beruflichen Schnupperein als gelernter Maurer, dann als Polizist, fand er sich schließlich als freiberuflicher Architekt wieder, ein Beruf, der so sehr seinen Wünschen und Neigungen entsprach, dass er folgendes Motto auf sich bezog: „Wer einen Beruf wählt, den er liebt, braucht nie wieder zu arbeiten.“ Nebenberuflich wurde er zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften (Dr. rer. pol.) promoviert. Seit vielen Jahren betrieb er intensiv Familienforschung.

Dittmar Wingsch hatte sich noch viel vorgenommen: So wollte er sich der Sicherung und Pflege des in Jahrhunderten entwickelten heimatlichen Erbes widmen; er strebte die Unterstützung, Erweiterung und Sicherung von Archivalien unter anderem für die Familien-, Orts- und Landesforschung an. Nicht zuletzt hatte er vor, bei der Rückführung von Beutekunst mitzuwirken. Für die Kreisgemeinschaft hatte er begonnen, die Heimatbriefe zu digitalisieren, als ihn plötzlich und völlig unerwartet der Tod seinen Lieben, uns allen entriss.

Nur ein gutes Jahr war er mit uns verbunden, wir lernten ihn als stets freundlichen und hilfsbereiten Menschen kennen und werden seiner in Dankbarkeit gedenken.

Dr. Dittmar Wingsch verstarb am 2. Januar 2017 in seinem Wohnort Buchholz i.d. Nordheide.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Jahresauftakt

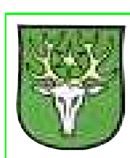
Zum Jahresauftakt tagte in Dresden der Vorstand in seiner neuen Zusammensetzung. Zur Übernahme seiner Funktion als 2. Vorsitzender nahm Norbert Subroweit herzliche Glückwünsche entgegen. Er ist Vertreter der Nachgeborenengeneration und trägt wesentlich zur Verjüngung des Vorstands und zur Zukunftsfähigkeit der Stadtgemeinschaft bei. Dem scheidenden 2. Vorsitzenden Erwin Feige wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen. Mit seinem heimatverbundenen Auftreten und seiner vorbildlichen Einsatzbereitschaft erwarb er sich die hohe Wertschätzung der Tilsiter. Er wird künftig im Vorstand als Beirat tätig sein.

Beraten wurde unter anderem die Vorbereitung der ordentlichen Jahresversammlung, auf der satzungsgemäß Rechenschaft über die Arbeit des vergangenen Jahres abzulegen ist. Die Spendeneingänge sind 2016 weiter zurückgegangen. Dieser Trend konnte durch Reduzierung der Ausgaben teilweise abgefangen werden. Um angesichts des Dahinscheidens der Erlebnisgeneration keine Abwicklungstendenzen zuzulassen, standen weitere Einsparungen zur Diskussion.

Im Jahr 2017 blicken wir auf das 25-jährige Bestehen der Städtepartnerschaft Kiel-Sowjetsk zurück. Zur Vorgeschichte gehört die seit 1954 bestehende Patenschaft der Stadt Kiel über die in der Stadtgemeinschaft vereinten ehemaligen Tilsiter. Damals hatte Kiel den Tilsitern geholfen, die kulturhistorische Vergangenheit ihrer Heimatstadt zu pflegen und Mut gemacht, eine Brücke der Verständigung zu den heutigen Bewohnern der Stadt zu schlagen. Die jahrzehntelangen Bemühungen der Stadtgemeinschaft Tilsit und ihrer Patenstadt Kiel um gutnachbarliche Beziehungen mit der Stadt Sowjetsk führten folgerichtig dazu, dass die Patenschaft mit dem Abschluss der Städtepartnerschaft Kiel-Sowjetsk im Jahre 1992 zu einem Dreiecksverhältnis erweitert wurde und damit eine besondere völkerverbindende Dimension erhielt. Wir betrachten die Mitwirkung in der Städtepartnerschaft Kiel-Sowjetsk als gesellschaftlichen Auftrag, das kulturhistorische Erbe von Tilsit zu bewahren, auch den heutigen Bewohnern von Tilsit nahezubringen, das gegenseitige Geschichtsverständnis zu fördern und die völkerverbindende Zusammenarbeit zu vertiefen.



Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit: Norbert Subroweit (2. v.r.) übt künftig die Funktion des 2. Vorsitzenden aus Bild: privat



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Reise zum Stadtfest in Wehlau

Reise nach Litauen und ins nördliche Ostpreußen mit Teilnahme am Stadtfest in Wehlau [Snamensk] vom 3. August bis 10. August 2016, eine Studienreise, Reiseveranstalter ist „Reiseservice Bittermann“ aus Syke – Barrien.

In Kooperation mit der Volkshochschule des Landkreises Diepholz planen wir für 2017 die nachstehende Studienreise nach Königsberg [Kaliningrad], auf die Kurische Nehrung und einen Besuch des Stadtfestes in Wehlau [Snamensk], der Patenstadt von Syke. Reiseveranstalter ist der „Reiseservice Bittermann“ in 28857 Syke – Barrien, Am Sportplatz 2, Telefon (04242) 936243, E-Mail: info@reiseservice-bittermann.de.

Der Reiseweg führt in diesem Jahr von Bassum und Syke über Bremen und Hamburg zum Osthafen in Kiel zur Fähre nach Memel [Klaipeda]. Die Rückreise erfolgt ebenfalls über diesen Seeweg. Durch die beiden bequemeren Übernachtungen auf der Fähre sind keine Zwischenübernachtungen in Polen erforderlich.

Reisprogramm:

Donnerstag, 3. August, 11 Uhr, ab Bassum an der Haupt- und Realschule am Petermoor/Syker Straße

11.15 Uhr ab Syke Haltestelle Post/Ratsapotheke, 12.30 Uhr Bremen HBF ZOB Fernbusbahnhof, 14.30 Uhr Hamburg HBF ZOB, Adenauer Allee, 17 Uhr Einschiffung auf der Fähre, Übernachtung auf der Fähre (Doppelkabine Außen, untere Betten).

Freitag, 4. August, 17 Uhr, Ankunft in Memel [Klaipeda] (Fährhafen).

Fahrt auf die Kurischen Nehrung zur Übernachtung in Nidden, Hotel Nidos Banga. Das Hotel liegt unmittelbar am Kurischen Haff, dort beginnt die zum Hafen in Nidden führende Strandpromenade. Anmeldeschluss ist der 1. Juni 2017.

Neuer Einbruch in Dittchenbühne verhindert

Nach einem Einbruch im vergangenen Sommer haben jetzt vermutlich dieselben Täter erneut versucht, in die Elmshorner Dittchenbühne einzubrechen – vergeblich.

Im Sommer entstand durch den Einbruch ein Schaden von etwa 20 000 Euro – auch und gerade durch die Beschädigungen, die die Täter verursachten, und die dadurch nötigen Renovierungsmaßnahmen. Das „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ hatte daraufhin das Haus besonders gegen Einbruch sichern und eine Alarmanlage einbauen lassen. Das zahlte sich jetzt aus: In der Nacht vom 12. auf den 13. Januar versuchten Täter erneut, durch die Bürofenster ins Innere des Hauses zu gelangen, doch dieses Mal gelang ihnen das nicht mehr. Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Durch unsere neuen Sicherheitsmaßnahmen wird es Einbrechern immer schwerer fallen, in das Haus einzudringen!“

Laut Kripo handelt es sich bei den Einbrechern wahrscheinlich um Personen mit einen gewissen Insiderwissen. Neufeldt: „Wir sind natürlich sehr beunruhigt darüber, dass unsere Einrichtung in dieser Weise bedroht wird.“ Deshalb appelliert das „Forum Baltikum – Dittchenbühne“: „Wer in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar ein Fahrzeug oder Personen auf Vosskuhlen gesehen hat, sollte sich bei der Dittchenbühne melden!“

Für zweckdienliche Hinweise zur Ergreifung der Täter hat der Verein eine Belohnung von 2000 Euro ausgesetzt.

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, www.dittchenbuehne.de – buero@dittchenbuehne.de



Spannende Spurensuche

Arno Surminski liest in Lüneburg aus seinem neuen Buch „Von den Kriegen“

Eine besonders berührende Lesung erleben Besucher des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg am Mittwoch, 22. Februar. Der bekannte Autor Arno Surminski liest aus seiner neuesten Erzählung „Von den Kriegen“. Hauptfigur ist der 26-jährige Geschichtsstudent Gero. Im Sommer 2015 katalogisiert er einen großen Stapel Gedenkanzeigen für Gefallene aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Er wird hineingezogen in eine Welt voll sinnloser Grausamkeit und verliert die wissenschaftliche Distanz. Die Recherche führt ihn zu fremden Orten und Schlachten mit ihren Geschichten und Schicksalen. Die Namen der Toten und ihre Grabsteine rufen ihm die Mahnung zu „Nie wieder Krieg!“. Gero begreift, dass manche Ereignisse nicht vergessen werden dürfen.

Surminski begibt sich in seinem literarischen Friedensappell auf eine spannende Spurensuche und erzählt anhand einer beeindruckenden Sammlung originaler Gedenkanzeigen, warum das Erinnern auch noch bei kommenden Generationen kein Ende haben darf. Auf einer Leinwand wird er einige der 174 von ihm zusammengetragenen Todesanzeigen präsentieren.

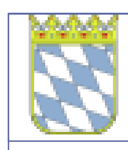
Gern gesehener Gast: Autor Surminski Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Im Landesmuseum ist Surminski ein gerne gesehener Gast mit tiefer Verbindung zu Ostpreußen. Surminski, der heute in Hamburg lebt, wurde 1934 in Jäglack im Kreis Rastenburg geboren. Er kam im Jahr 1945 nach der Deportation seiner Eltern in die Sowjetunion zu einer Familie in Schleswig-Holstein. Als vielfach ausgezeichneter Autor verfasste er zahlreiche Romane, Erzählungen und Sachbücher. Viele davon erzählen von Ostpreußen, vom Kriegsende und den Folgen. Surminski wurde im vergangenen Jahr mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, daher werden den Platzreservierungen empfohlen. Weitere Informationen und Anmeldung:

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-lg.de.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

München – Freitag, 20. Januar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Lilienbergstraße 5, 81669 München: Zu Beginn des Treffens gibt es eine gemeinsame Kaffeetafel. Danach Fortsetzung der Filmreihe der DVD „Schätzkästchen Ostpreußen“.

Nürnberg – Dienstag, 24. Januar, 17.15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1, (Endstation U1 gegenüber): Die Entstehung des Ostpreußenliedes ist das Thema des Treffens. Gäste sind herzlich willkommen.



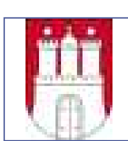
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 20. Januar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



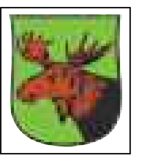
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

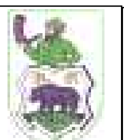
LANDESGRUPPE

Freitag, 3. Februar, 12 Uhr: Neujahrsempfang des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg e. V. (L.v.D.) im Haus der Heimat, Teilfeld 8, (unweit der S-Bahnstation Stadthausbrücke, U-Bahnstation Rödingsmarkt oder Haltestelle der Buslinien 6 und 37).

KREISGRUPPE



Elchniederung – Dienstag, 21. Februar, 14 Uhr, Berenberg-Gossdler Haus, Bürgerhaus für Niendorf e.V., Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg (gut zu erreichen mit U-Bahnen und Bussen bis Haltestelle Niendorf-Markt): Treffen der Gruppe zum gemeinsamen Kaffeetrinken mit Schabbern und anschließendem Vortrag von Gerti Heykena mit Erinnerungen und Liedern aus der Kinderzeit in Ostpreußen. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.





Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr, außer Januar und Juli, um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamen Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon: (040) 587585, Fax: (040) 52678519. E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag 27. Januar 2017, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1, Hamburg-Bergedorfer Neujahrsempfang und Weihnachtsgrüße von unserem Wolfskind Eva-Ana P. aus Vilnius, Litauen. Anfragen: Gisela Harder, Telefon (040) 7373220.

ORTSGRUPPE

Hamburg-Harburg – Sonntag, 22. Januar, 11 Uhr, St. Johanneskirche, Hamburg-Harburg (erreichbar mit der S-Bahn, Linie S3 und S31, Station Harburg-Rathaus): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gemeinde zum Gespräch bei Kaffee, Tee und Gebäck in den Gemeindesaal ein.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Zahl der Ost- und Westpreußen rückläufig – Landsmannschaft plant Grützwurstessen. Die Kreisgruppe Wetzlar der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen hat im vergangenen Jahr zu ihren monatlichen Treffen bis zu 35 Besucher begrüßen können. Dennoch sei ein Rückwärtstrend zu verzeichnen, so der Vorsitzende Kuno Kutz (Hüttenberg). Viele Mitglieder seien 70 Jahre nach Kriegsende und Vertreibung altersbedingt erkrankt oder bereits verstorben. In diesem Zusammenhang wies Kutz darauf hin, dass die langjährige Stellvertretende Vorsitzende und Schriftführerin Hildegard Henning (1936 – 2016) im November im Alter von 80 Jahren verstarb. Geboren wurde sie in Fischhausen bei Heilsberg (Ostpreußen) und kam mit ihrem Mann, dem Pfarrer Karl-Oskar Henning, nach Wetzlar. Beide schlossen sich der Landsmannschaft an. Auch als Referentin hatte Hildegard Henning etliche Treffen mitgestaltet. So hielt sie Vorträge über „Geschichten aus einem ostpreußischen Forsthaus“. Ihr Vater war Revierförster gewesen. Auch referierte sie über „Märchen und Sagen aus Ostpreußen“.

Kutz wies auch darauf hin, dass Hildegard Henning durch den Landesverband Hessen der Ost- und Westpreußen ausgezeichnet wurde mit Treuezeichen in Silber und Urkunde. Der Vorsitzende erwähnte in seinem Rückblick, dass die Kreisgruppe insgesamt elf Monatstreffen ausgerichtet hat. Der Vorstand habe darüber hinaus Geburtstagsbesuche bei Mitgliedern gemacht und die Landesfrauenreferentin Karla Weyland organisierte eigene Frauentreffen. Nach dem Kassenbericht erteilten die Mitglieder dem Schatzmeister und dem Vorstand Entlastung. Kutz erwähnte, dass die Kreisgruppe keine Mitgliedsbeiträge einfordert, sondern ihre Arbeit allein durch Spenden bestreitet.

In seinem Ausblick ging er auf die geplanten Treffen in 2017 ein. Die Landsmannschaft lädt zu monatlichen Begegnungen in das Restaurant Grillstuben (Stoppelberger Hohl 128) ein.



Bild: Rühl

Vorsitzender Kuno Kutz.

So wird am 13. Februar Joachim Albrecht über ostpreußischen Humor sprechen.

Am 13. März lautet das Thema von Karla Weyland „Was Essen zum Genuss macht“ über Gebräuche beim Essen und Trinken. Zum Programm gehört das gemeinsame Grützwurstessen, eine Spezialität aus Ostpreußen.

Kuno Kutz wird am 10. April von einer Reise unter dem Titel „Begegnungen mit meinem Geburtsort Kruglanken im Kreis Angerburg“ berichten.

Das Leben Friedrichs des Großen bringt Karla Weyland in Bildern am 8. Mai.

Roland Virnich präsentiert am 12. Juni einen Lichtbildervortrag „Bernstein – Gold des Nordens – und die Bernsteinstraße“.

Am Samstag, 1. Juli, ab 13 Uhr, treffen sich die Mitglieder zu einem Grillfest im Schützenhaus am Bobenhöllerwald in Nauborn.

Am 11. September wird Virnich einen weiteren Vortrag halten unter dem Thema „Die preußische Ostbahn – Lebensader für West- und Ostpreußen“.

Am 9. Oktober hält Karla Weyland einen Votrag zum Thema „Manchmal seh ich im Traum unsern alten Kruschkenbaum“. An diesem Abend gibt es auch eine Erntedankfeier mit Andacht durch Pfarrer Christian Silberna-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 19

Fragen und Antworten zum LO-Jahrestreffen in Neuss

Im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) am 13. Mai 2017 in der Stadthalle Neuss erreichen die Bundesgeschäftsstelle verstärkt Fragen zum Ablauf der Veranstaltung. Nachfolgend möchten wir die am häufigsten gestellten Fragen beantworten.

Warum gibt es keine Deutschlandtreffen der Ostpreußen mehr?

Trotz des guten Zuspruchs beim Deutschlandtreffen in Kassel 2014 sind die Teilnehmerzahlen bei den Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen rückläufig. Die Zahl der Besucher hat sich in den letzten 20 Jahren um Dreiviertel reduziert. Viele Ostpreußen sind nicht mehr in der Lage, die Strapazen einer langen Reise und eines zweitägigen Treffens auf sich zu nehmen. Hinzu kommt, dass wegen des hohen Kostenaufwandes – die Landsmannschaft Ostpreußen erhält für die Treffen keine öffentlichen Zuschüsse – die Deutschlandtreffen nur alle drei Jahre stattgefunden haben. Vor diesem Hintergrund sind der Bundesvorstand und die Ostpreußische Landesvertretung zu der Überzeugung gekommen, dass es sinnvoller ist, ab 2017 in kürzeren Abständen dezentrale Treffen an wechselnden Orten durchzuführen.

Worin unterscheidet sich das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss von den Deutschlandtreffen der Ostpreußen?

Es handelt sich bei dem Jahrestreffen um eine eintägige Veranstaltung. Ein Treffen der Heimatkreise ist nicht geplant. Daher ist auch keine Reservierung von Plätzen für die Kreisgemeinschaften in der Stadthalle vorgesehen. Einzelne Kreisgemeinschaften, Landesgruppen und Einrichtungen werden ihre Arbeit an einem Ausstellerstand im Foyer präsentieren. Im Eingangsfoyer findet auch die gastronomische Versorgung der Teilnehmer statt und werden Kulturausstellungen präsentiert. Wegen der begrenzten Platzkapazitäten gibt es keine gewerblichen Aussteller wie Reiseveranstalter, Buchhändler oder Bernsteinverkäufer.

Was erwartet die Besucher konkret in Neuss?

Das Jahrestreffen beginnt am Sonnabendmorgen mit einer Kranzniederlegung am nur wenige Meter von der Stadthalle entfernten Gedenkstein „Vergesst den deutschen Osten“ nicht.

Es folgt in der Stadthalle die Festveranstaltung mit Fahneneinmarsch und mit der Ansprache des Sprechers Stephan Grigat. Nach der Mittagspause mit kostenfreier Gulaschsuppe wird es ein kurzweiliges Kulturprogramm mit dem Sänger Bernstein, dem Schauspieler Herbert Tennigkeit, der Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der DJO-Spielschar „Singende Windrose“ geben. Die Festveranstaltung wird musikalisch vom Musikverein Holzheim umrahmt.

Warum können Eintrittskarten nur im Vorverkauf und nicht an den Tageskassen erworben werden?

Der große Saal der Stadthalle Neuss bietet bei einer Bankettbestuhlung maximal 900 Personen Platz. Um eine Überfüllung der Veranstaltung zu vermeiden und die gastronomische Versorgung der Teilnehmer planen zu können, werden Karten ausschließlich im Kartenvorverkauf angeboten. Nur so kann verhindert werden, dass Teilnehmer wegen Überfüllung der Veranstaltung in Neuss vor verschlossener Tür stehen.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an die: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Dr. Sebastian Husen, Telefon (040) 414008-23, husen@ostpreussen.de.

Kartenvorverkauf:

Eintrittsplaketten zum Preis von 10 Euro pro Stück, zuzüglich 1 Euro Versandkostenpauschale erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Christiane Rinser-Schrut, Telefon (040) 414008-91/Fax (040) 414008-50 / rinser@ostpreussen.de.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

gel. „Mitten in Europa – und doch an der Peripherie“.
„Baltische Geschichte im Überblick“ hat Dr. Peter Wörster (Marburg) seinen Vortrag überschrieben, den er am 13. November halten wird.
Abgeschlossen wird der Veranstaltungsreigen mit einer Advents- und Weihnachtsfeier am Sonntag, 3. Dezember, um 15 Uhr. Auch hier wird Pfarrer Silbernagel zu einer Andacht erwartet. Kutz blickte auch schon in das Jahr 2018. Am 8. Januar kommt Wolfgang Post aus Herborn, um über eine „Wanderfahrt ins Memelland und ins nördliche Ostpreußen“ zu sprechen. Der Vorsitzende lud ferner zum Ostdeutschen Liederabend ein, der am Sonntag, 15. Januar, um 17 Uhr, in der Stadthalle in Wetzlar sein wird. Ferner wies er auf die Landeskulturtagung der Landsmannschaft hin, die am 22. und 23. April in Weilburg ausgerichtet wird. Und er gab bekannt, dass der Bund der Vertriebenen am Dienstag, 25. Juli, eine Fahrt zum Modehaus Adler in Haibach bei Aschaffenburg plant, zu der auch eine Modenschau gehört. Auf der Rückfahrt werden die Teilnehmer in Frankfurt Station machen.

Margarete Weise ist 1945 vor den Russen in den Westen geflohen. Der Druck in der DDR war zu stark, und im Wetzlarer Krankenhaus als Krankenschwester gearbeitet. Ihren Weg von Westpreußen nach Wetzlar hat die 81-jährige Margarete Weise bei einem Vortrag in den Grillstuben geschildert. Vor den Mitgliedern der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen berichtete die betagte, aber rüstige Rednerin zunächst über ihre Kindheit. Aufgewachsen ist sie in Großherzogswalde, Kreis Rosenberg. Dort bewirtschafteten ihre Eltern einen Hof. Ihre Familie kam ursprünglich aus dem Schwabenland. Sie war der Einladung der russischen Zarin Katharina die Große (1729–1796) aus dem Jahr 1763 gefolgt. 1906 siedelten die Nachfahren nach Westpreußen um. Margarete Weise hatte drei ältere Schwestern, einen Zwillingsbruder und eine jüngere Schwester. „Alle meine Schwestern leben noch und wir treffen uns regelmäßig“, so Weise. „Wir waren als Kinder dabei, als die deutschen Ostgebiete untergingen, als Flüchtlinge in alle Himmelsrichtungen zerstreut, suchten die Menschen eine neue Zukunft“.


Schilderte die Flucht aus Westpreußen: Margarete Weise Bild: Rühl

Als Margarete noch ein Kind war, kam der Krieg nach Ostpreußen. Zuerst erschienen die Polen und nahmen Quartier auf dem Hof. Später folgten die Russen. Aus Angst vor den Soldaten hätten sich die Frauen jede Nacht versteckt. Dennoch sei es auch zu einem Übergriff gekommen. Frau Weise kann sich noch gut an ihren ersten Schultag erinnern. „Die Mutti zog uns fein an. Aber ich wollte nicht in der Schule bleiben“. So blieb der Lehrerin nichts anderes übrig, als das Kind nach Hause zu bringen. Der Krieg kam immer näher an ihren Heimatort. Deshalb musste die Famile am 21. Januar 1945 Richtung Westen fliehen. Die Eltern brachten den Tieren noch Futter auf Vorrat. Mit einem Leiterwagen und einigen Habseligkeiten ging es fort. Für die Reise hatte die Mutter extra Brote gebacken. Sie spielte noch das bekannte christliche Lied „So nimm denn meine Hände und führe mich bis an mein selig Ende“ auf dem Klavier. Dann wurden zwei Pferde angespannt. Haus, Hof und Vieh ließen sie zurück und sollten es nie wiedersehen. Fünf Stunden nach der Flucht nahmen russische Soldaten den Ort ein. Die Flucht ging durch den Schnee, erinnert sich Weise. In Dirschau in Pommern überquerte die Familie die Weichsel. Allerdings hatten sie sich in dem Gewimmel einige Male aus den Augen verloren. Die deutschen Soldaten drängten zur Eile, wollten sie doch die Brücke vor den herannahenden Russen sprengen. Eine erste neue Heimat fand die Familie in Hinrichshagen bei Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Hier besuchte Gretel, wie sie von der Familie genannt wurde, die Schule bis zum neunten Schuljahr und war mit 14 fertig. Noch gut kann sie sich an ihren zehnten Geburtstag erinnern. Da teilte die Mutter mit mehreren Personen einen Apfel. Zunächst hatten sie bei Verwandten gewohnt, später ein Zimmer für acht Personen in einem ehemaligen Herrenhaus zugewiesen bekommen. Im benachbarten Greifswald erlernte Margarete Weise den Beruf der Kinderkrankenschwester. Doch in der DDR mochten die meisten der Weises nicht bleiben. Zu sehr war der Druck des SED-Staates auf die Bevölkerung. Auch wenn Missernten zu verzeichnen waren oder Tiere erkrankten, musste das Plansoll erfüllt werden. 1958 flüchteten sie über Berlin, was damals noch möglich war, bevor 1961 die Mauer gebaut wurde. Die Eltern hatten sich wieder eine kleine Existenz aufgebaut und mussten diese erneut aufgeben. „Der Verlust der Heimat hat meine Eltern belastet, solange sie lebten“, so Weise.

Unterwegs wurden die Eltern aus dem Zug geholt und mussten sich bei der Polizei erklären. Glücklicherweise durften sie aber weiterfahren. Schon 1953 war die ältere Schwester Hille nach Westdeutschland geflohen. Sie nahm die nachziehenden Familienmitglieder in ihr Haus in Steinhude auf. 1966 kam Margarete Weise der Liebe willen nach Wetzlar und arbeitete bis zu ihrem Ruhestand im Wetzlarer Krankenhaus. Zunächst war sie im alten Gebäude in der Frankfurter Straße tätig, wo sich heute das Finanzamt befindet. Später zog sie mit Patienten und Personal um in die neue Klinik an der Forsthausstraße. Heute erfreut sich die Referentin an zwei Töchtern und zwei Enkelkindern. Gerne ist sie im Kreis ihrer Schwestern, um sich an die bewegten Jahre zu erinnern. Damit auch die nachfolgende Generation über die schwere Zeit etwas erfährt, hat sie die Familengeschichte niedergeschrieben und allen einen Band geschenkt. Dabei verfasste sie ihre Erinnerungen in Reimen. Trotz harter Kindheit und viel Grausamem, was sie erlebt hat, blicke sie doch dankbar auf ihr Leben zurück, so die Referentin. Mit ihren Fluchterfahrungen hatte sie bei etlichen Besuchern Erinnerungen wachgerufen, mit denen einige spontan den Vortrag ergänzten.

Wiesbaden – Sonnabend, 21. Januar, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Das erste Monatstreffen in 2017 ist unserer Heimat gewidmet. Sie hören Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. Zudem erfahren Sie etwas über das derzeitige Geschehen in Ost- und Westpreußen. Wer zu diesem Heimatnachmittag etwas beitragen möchte, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358 oder einem anderen Vorstandsmitglied. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen! Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 25. Januar, 15 Uhr: Treffen im Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42, Braunschweig: Rückblick auf unsere gemeinsame Adventsfeier mit dem BdV-KV. Beratung des Programms 2017. Fastnacht im Jahr 2017. Für ausreichend Kaffee/Tee und Kuchen wird gesorgt.

Osnabrück – Freitag, 20. Januar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 26. Januar, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



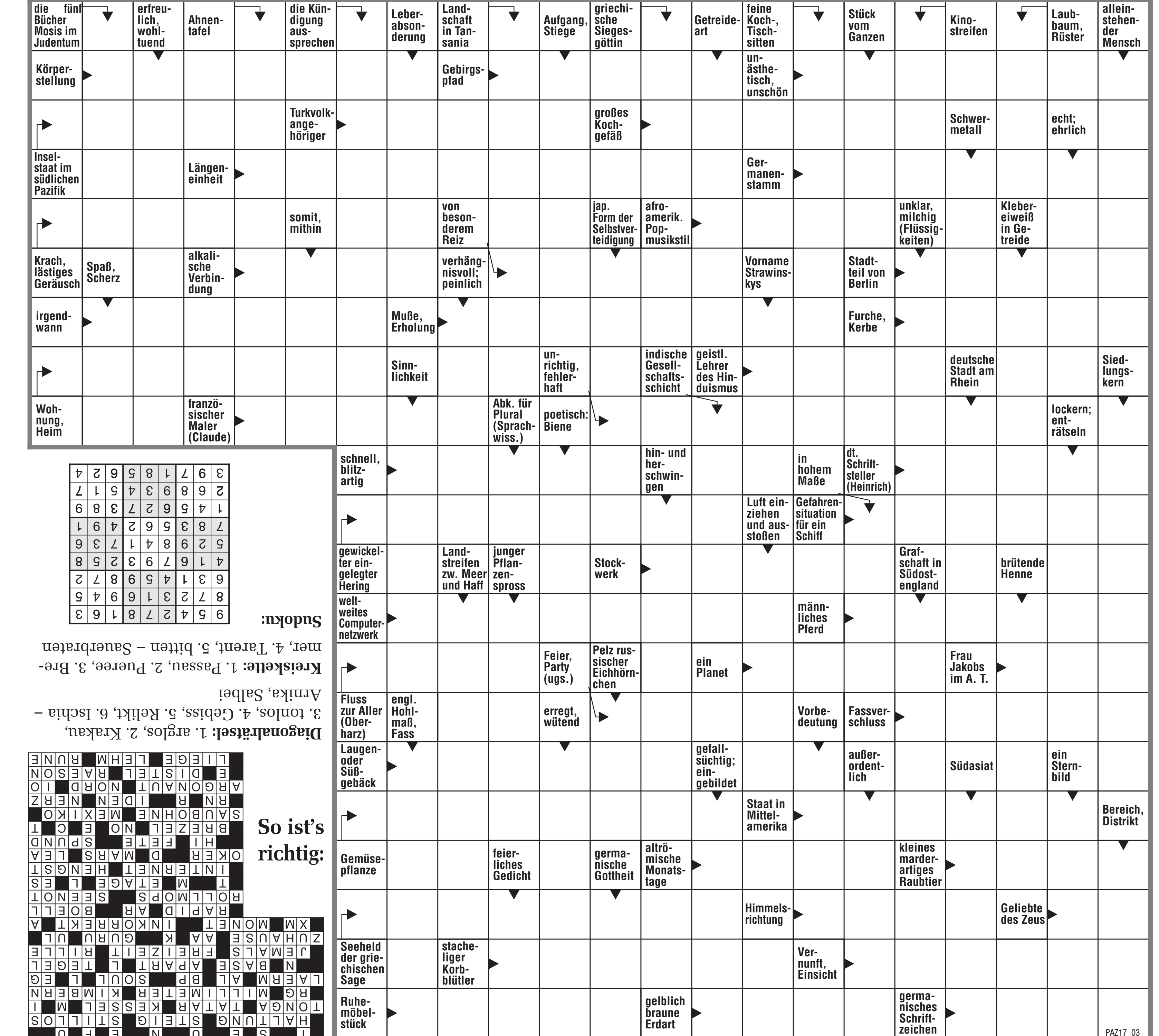
NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 2. Februar, 15 Uhr, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b, 2. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Heimat. – Die Frauengruppe hat ab Januar 2017 bis auf Weiteres ihre monatlichen Zusammenkünfte eingestellt. Allen bisherigen Gästen wird der Heimatliteraturkreis oder der Stammtisch der Königsberger empfohlen. Treffen der Frauengruppe zu einem eventuellen späteren Zeitpunkt werden früh genug veröffentlicht.

Bonn – Sonnabend, den 18. Februar, 19.30 Uhr, im Maritim-Hotel, Godesberger Allee, 53175 Bonn: 10. Osterdeutscher Winterball mit Livemusik, den Oberschlesischen Jazzboys, Tombola und anderen Showeinlagen. Es wird ein reichhaltiges Buffet mit ostdeutschen Spezialitäten geben. Der Eintritt kostet 50 Euro. Kartenreservierungen: landsmannschaft@schlesien-bonn.de oder Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395. – Dienstag, 24. Januar, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

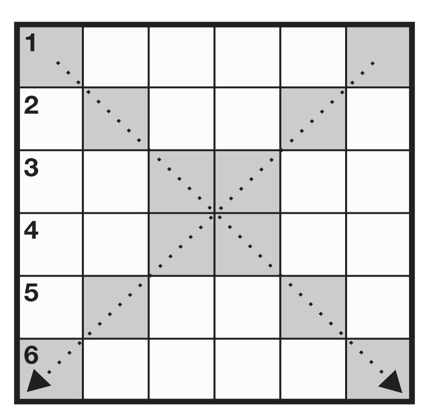
Bad Godesberg – Sonntag, 22. Januar, 15 bis 18 Uhr, Stadthalle, Koblenzer Straße: Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) ab 15.30 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen neben den Tätigkeitsberichten der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands und dem Kassenbericht auch die Neuwahl eines Vorstands oder die Auflösung der Gruppe Bad Godesberg der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen. Ab 16.11 Uhr folgt dann „Karneval und Fastnacht – Vom Rhein bis an die Memel“ mit dem



Sudoku

	5	4				1	6	
8								5
		1	4		9	8		
4		6	7		3	2		8
7		3	5		2	4		1
		5	6		7	3		
2								7
	9	7				6	2	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

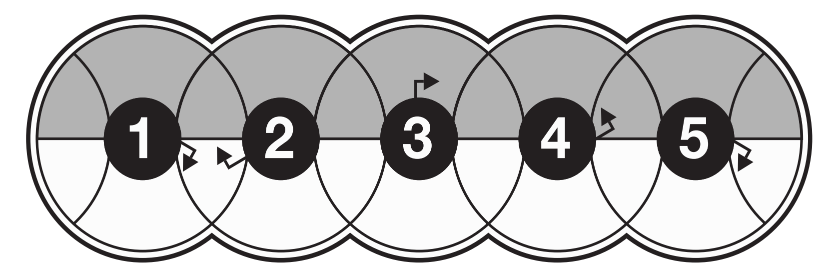
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Arzneipflanzen.

1 gutgläubig, unschuldig
2 polnische Stadt an der Weichsel
3 ohne Klang (Stimme)
4 Gesamtheit der Zähne
5 Überbleibsel
6 Insel vor dem Golf von Neapel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Fleischgericht.

1 bayerische Stadt an der Donau, **2** breiartige Speise, **3** Bewohner einer deutschen Hansestadt, **4** Hafenstadt in Südostitalien, **5** einen Wunsch äußern



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

Bad Godesberger Prinzenpaar, dem Kinderprinzenpaar und einigen Tanzgruppen. Gäste herzlich willkommen, der Eintritt ist frei, Spenden werden erbeten.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 1. Februar, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 2. Februar, 19 Uhr, GHH: „Und die Sehnsucht singt mich zur Ruh'" – Lesung mit Gedichten von Selma Meerbaum-Eisinger.

Essen – Freitag, 20. Januar, 15 Uhr: Neues aus dem nördlichen Ostpreußen. Referent: Wolfgang Rothe. Rothe hat im Vergangenen Jahr das nördliche Ostpreußen besucht und wird von dieser Reise berichten.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln" sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Münster – Stimmungsvolle Adventsfeier – Als die Teilnehmer im vorweihnachtlich geschmückten Festsaal des Friedenskruges eintrafen, wartete schon eine besondere Überraschung auf sie. Irmgard Bludau als Vorsitzende unserer Kreisgruppe erfreute die Angekommenen mit einem persönlichen Geschenk. Neben süßen Köstlichkeiten hatte sie als Ostpreußin natürlich auch eine kleine Probe Bärenfang nicht vergessen. Der Vorsitzende unserer landsmannschaftlichen Vereinigung, Ratsherr Stefan Leschniok, konnte neben der stattlichen Anzahl der erschienenen Ost- und Westpreußen auch Gäste begrüßen, so aus der Gruppe der Pommern und Danziger. Ebenso kamen Brandenburger und Westfalen hinzu. Herzlich willkommen hieß der Vorsitzende unseren langjährigen ehemaligen Schatzmeister Günter Kunick. Roswitha Möller als Vorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft, Kreisgruppe Münster, sprach ein kurzes Grußwort. Nach der betont durch weihnachtliche Bezüge geprägten Begrüßung würdigte der


Im Festsaal des Friedenskruges: Mitglieder und Gäste der Gruppe Münster feierten gemeinsam
Bild: privat

Vorsitzende unsere Mitglieder Edith Ay und Irmgard Bludau für ihre jahrelangen hervorragenden und erfolgreichen Vorbereitungen sowie für die Durchführung unserer Festveranstaltungen unter starkem Beifall der Anwesenden mit einem süßen Präsent als Dank der Landsmannschaft. Durch das Programm begleitete uns musikalisch Reinhold Kollenberg, Streicher-Ensemble Kolophon, ausdrucksvoll auf dem E-Piano. Nach der festlichen Einstimmung durch Adventsmusik und dem gemeinsam gesungenen Adventslied „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit" folgte ein stimmungsvolles Beisammensein bei Kerzenschein sowie Kaffee und Kuchen mit anregenden Gesprächen im festlich geschmückten Saal des Friedenskruges. Das facettenreiche Programm an diesem 4. Advent war durch die Nähe zum bevorstehenden Weihnachtsfest in besonderer Weise gestaltet. Die gemeinsam gesungenen traditionellen Advents- und Weihnachtslieder bewegten die Gemüter sichtlich. Die zum gegebenen Anlass durch Edith Ay und Irmgard Bludau ausgesuchten Texte wurden von Heinz Frick, Georg Kopka, Dieter Zank, Ursula Dropmann, Edith Ay sowie Irmgard Bludau gekonnt vorgetragen und trafen in sinnbildlicher Weise die vorweihnachtliche Stimmung dieser Feier, wie auch der Applaus der Zuhörer zeigte. Das Sinntragende aller Vorträge war durch den Blick auf das nahe Weihnachtsfest gegeben. Sie enthielten Fröhliches und Ernstes sowie Besinnliches und manchmal auch etwas Wehmütiges, wie etwa der lyrische Text «Ostpreußischer Weihnachtsbaum » von Heinz J. Will mit der Erinnerung an die Heimat. Aber auch Kritikwürdiges zum fraglichen Verhalten besonders der Erwachsenen in der Gegenwart im Zusammenhang mit Weihnachten wurde in der Geschichte „Die zweite Kerze" beleuchtet, Schelmisches dagegen und zum Schmunzeln anregend in den mundartlichen Versen „Fritzchens Weihnachtswünsche". Die Sinnmitte von Weihnachten in Hinblick auf das „wahre Geschenk" erhellten die beiden Prosatexte „Die Kirchenmaus und die Bienenwachskerze „sowie „Vom König mit den leeren Händen – Eine Weihnachtsgeschichte". In einer kurzen Pause gab es abermals eine freudige Überraschung. Diesmal galt sie unserem langjährigen Vorsitzenden Stefan Leschniok. Die Stellvertretende Vorsitzende Irmgard Bludau überreichte ihm im Namen aller Mitglieder unter starkem Beifall einen Präsentkorb als Dank für seine jahrelange vorbildliche und verantwortungsvolle sowie erfolgreiche Arbeit als Vorsitzender unserer gemischten landsmannschaftlichen Gruppierung.

Auch diesmal wurden wie schon in den vergangenen Jahren

von unserem aus Königsberg stammenden Konditormeister Heinz Frick selbst hergestellte Marzipanbrote als Geschenk der Kreisgruppe an alle Mitglieder und Gäste verteilt, wobei der Meister kleine Einblicke in die besonderen handwerklichen Fähigkeiten und Kenntnisse bei der handgefertigten Marzipanherstellung gab. Heinz Frick als Chorsänger erfreute die Anwesenden ebenfalls mit zwei Vorträgen weihnachtlicher Lieder.

Im Laufe der Adventsfeier war nach Einbruch der Dunkelheit eine eigentümlich gestimmte Atmosphäre entstanden, die besonders beim gemeinsamen Singen von „Stille Nacht, heilige Nacht" spürbar war. Zum Abschluss gab es Lob für alle Aktiven der gelungenen Adventsfeier 2016. Mit herzlichen Wünschen für gesegnete Weihnachtsfeiertage und guten Wünschen für das neue Jahr 2017 schloss der Vorsitzende Stefan Leschniok die Adventsfeier der landsmannschaftlichen Kreisgruppe Münster.

Zum Ausklang sangen die Anwesenden gemeinsam das Ostpreußen- sowie das Westpreußenlied. *Dieter Zank*

Neuss – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Ostdeutsche Heimatstube in Neuss, Oberstraße 17: Die Heimatstube ist in der Regel am ersten und letzten Donnerstag im Monat von 15. bis 18 Uhr geöffnet. – Freitag, 20. Januar, Quirinus-Basilika, Neuss, Markt: Ökumenischer Gottesdienst der Landmannschaften Neuss.

Witten – Zum Vormerken –
Montag, 20. Februar, 14.30 Uhr: Film über das Oberland und den Oberlandkanal.
Montag, 20. März, 15 Uhr: Vorträge in ostpreußischer Mundart.
Montag, 24. April, 15 Uhr: Martin Luther und sein Wirken. Anschließend der Film „Thüringen von Oben".
Montag, 15. Mai, 15 Uhr: Lieder und Wanderlieder zur Jahreszeit.
Montag, 19. Juni: Schifffahrt mit Kaffeetrinken auf der Kemnade.
Montag, 17. Juli: Fahrt ins Blaue.
Montag, 21. August, 15 Uhr: Reiseberichte von nah und fern.
Montag, 18, September, 15 Uhr: Vorträge unserer Landsleute und Gäste.
Montag, 16. Oktober, 15 Uhr: Nördliches und südliches Ostpreußen im Urteil unserer Landsleute heute.
Montag, 20. November, 14.30 Uhr: Grützwurstessen mit Beilage und Pillkaller.
Montag, 18. Dezember, 14.30 Uhr: Weihnachtsfeier.
Mit Ausnahme der Veranstaltungen am 19. Juni und 17. Juli finden die Treffen alle im Versammlungsraum der Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10, statt.

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum gemeinsamen Kartenspielen.

SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 28. Januar, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Gemeinsamer Nachmittag zum Thema „Trachten aus den Vertreibungsgebieten".



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Freitag, 20. Januar, 15 Uhr AWO-Stadtteilcafé: Erst Kaffeetafel, dann der Vortrag „Das Nordertor in den Jahrhunderten", Referent ist Dr. Broder Schwensen, Flensburger Stadtgeschichte.

Kiel – Sonntag, 22. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat: Preußentag. Auf dem Programm stehen die Vorträge: „E.T.A. Hoffmann, ein Universalgenie" von Edmund Ferner und „Kenner und Hüter der ostdeutschen Mundart – Dr. Alfred Lau" von Gisela Harder.

Mölln – Donnerstag, 26. Januar, 15 Uhr, Quellenhof: Mitgliederversammlung. Nach der Begrüßung durch den Ersten Vorsitzenden zeigen wir einen Videofilm über Masuren, der etwa 50 Minuten dauert. Anschließend werden wir gemeinsam Beetenbartsch, ein ostpreußisches Gericht, essen.

Neumünster – Das monatliche Treffen am Dienstag, 14. Februar entfällt, weil an diesem Tag um 15 Uhr im Haus im Stadtpark in Burg a. F. die Jahreshauptversammlung stattfindet (nur für Mitglieder), die sonst am 4. Februar vorgesehen war. Ein guter Besuch am Dienstag, 14. Februar, zur Jahreshauptversammlung wäre wünschenswert.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Das schöne Leben der digitalen Nomaden

Blogger erobern die Internetwelt – Mit Kommentaren zu Mode- oder Reisetrends lässt sich ein Geschäftsmodell entwickeln

Das Internetzeitalter hat einen neuen Beruf hervorgebracht: den des Bloggers. Dabei handelt es sich um Leute, die mit elektronischen Tagebucheinträgen Geld verdienen können, sofern sie genügend Menschen auf sich aufmerksam machen.

Der Erfolg der zumeist jungen Blogger, deren Name aus der Wortkreuzung des englischen „Web“ (Netz) und „Logbuch“ entstand, ist darin begründet, dass sie ihre Erfahrungen, ihren Geschmack und ihre Vorlieben mit anderen teilen. Der Faktor Eitelkeit spielt dabei eine nicht unerhebliche Rolle. Banale Fotos vom Kaffee in einer Bar im exotischen Ausland oder ein Textbeitrag über eine Begegnung mit einer fantastisch kochenden italienischen Oma finden genügend neiderfüllte Leser.

Gleichgültig, was Blogger erleben, ihr Mitteilungsdrang ist unbegrenzt. Jeder Informationsmüll wird in die Welt gesetzt. Täglich wird getwittert, wo man sich gerade aufhält, wen man trifft, was man anzieht oder isst. Sprachlich und optisch mit Fotos hübsch verpackt, findet dieser Schrott seine Abnehmer. Er ist ja kostenlos.

Aber bei Profis kann das zum Erfolg führen. Wer genügend Leser hat, kann auf Werbeeinnahmen hoffen. Den Kern der Arbeit stellt dabei der eigene Blog dar. Es ist eine Webseite, auf der das Leben des Bloggers nachgezeichnet wird. Anders als bei einem realen Tagebuch, das verschlossen und vor den Blicken Neugieriger verborgen in einer Schublade aufbewahrt wird, ist der Blog darauf ausgelegt, möglichst viele Lesende, Follower genannt, zu begeistern. Je mehr Menschen die Einträge lesen, desto besser. Und das voyeuristische Interesse an fremden Tagebüchern ist groß. Eine Zahl von 250 000 Lesern pro Monat gilt bereits als sehr erfolgreicher Blog, einige Blogger haben 30 000 Leser jeden Tag.

Der Blog ist inzwischen viel mehr als ein Online-Tagebuch mit Spaß-Faktor. Es ist ein ernstzunehmendes Geschäftsmodell. Firmen haben die Blogger für sich entdeckt und nutzen sie gerne zu Vermarktungszwecken. Blogger, die erfolgreich sind und viele Leser vorweisen können, verdienen mit einem Foto oder einem Beitrag durchaus eine fünfstellige Summe. Auf dem Bild zeigen sich die Blogger dann im Kostüm einer zahlenden Mode-Marke, in einem Hotel bei einem gesponserten Aufenthalt oder sie packen ihre Siebensachen in den Koffer, der beworben werden soll.

Einige Branchen haben die Blogger ganz besonders in ihr Herz geschlossen und hofieren sie geradezu. Für die Reisebranche oder auch für die Modewelt sind Blogger, die gezielt und mit großer Reichweite eine spezielle Kundschaft ansprechen, äußerst effiziente Werbeträger.

Ein Unternehmen mit einem Umsatz von sechs Millionen Euro wie es Star-Bloggerin Chiara Ferragni mit ihrem Modeblog „the blondsalad.com“ angeschoben hat, wird nicht jeder Blogger aufbauen. Doch viele Blogger können von ihrer Online-Seite sehr gut leben. Neben Einnahmen durch Werbung etabliert sich zunehmend die Vermarktung von Büchern, Seminaren und anderen ergänzenden Geschäftsideen, die sich über die ohnehin vorhandene Leserschaft gut verkaufen lassen. In der Modebranche sind es eigene Schuh-Kollektionen oder Wäsche-Serien, die einige Blogger entwerfen, Reise-Blogger dagegen vermarkten Bücher über ihre Reise-Erfahrungen oder werden von namhaften Zeitschriften und Onlineportalen mit Reportagen beauftragt.



Erster Blog-Versuch: Nur die Profis können mit Interneteinträgen Geld verdienen Bild: Colourbox

Am besten funktioniert ein Blog, wenn er eine bestimmte Nische bedient. Carina Herrmann hat mit ihrem Blog „pinkcompass.de“ ihre Erfahrungen als alleinreisende Frau festgehalten. Inzwischen betreibt sie einen zweiten Blog mit dem Namen „um180grad.de“, in dem sie Frauen Tipps an die Hand gibt, wie sie sich selbstständig machen können. Caroline Daur reist für ihren Blog „carodaur.com“ als modeinteressierte Studentin zu den Laufstegen der Welt, ist bei Modeaufnahmen dabei oder nimmt neue Kollektionen unter die Lupe. Vanessa Pur, Reise-Bloggerin mit Schwerpunkt Hotels, Lebensstil und Luxus, kombiniert in ihrem Blog „Luxus-Reiseblog.com“ hochwertige Mode und Reise.

Das Thema eines Blogs muss nicht auf die junge Generation zugeschnitten sein. Familienreisen, Reisen mit Hund oder Reisen für die ältere Generation sind ebenso angesagt wie veganes Kochen, Geschenkideen, Wohnungseinrichtungen – inzwischen gibt es Blogs für fast jedes Thema.

Wer jetzt denkt, dass Blogs eine Ansammlung dahingekleckster Texte markttauglicher Ideen in schicker Optik sind, muss diese Einstellung überdenken. Einige Blogs sind bereits mit renommierten Preisen wie dem Grimme-Preis ausgezeichnet worden – ein Zeichen dafür, dass die Qualität stimmen muss, wenn man mit seinem Blog wahrgenommen werden will. Auch sind Handy-Aufnahmen keineswegs ausreichend für die Bebilderung einer Online-Seite. Eine sehr hochwertige Kamera-Ausrüstung und ein tragbarerer Rechner mit schnellem Prozessor gehören für Blogger unabdingbar zur Basis-Ausstattung. Das Wissen um Bildbearbeitung ebenfalls. Das moderne Tagebuch, das eine vorzeigbare Leserschaft erreichen will, muss wohlformuliert und mit erstklassigen Fotos ergänzt werden.

Der Alltag der digitalen Nomaden, die von überall auf der Welt Einträge vornehmen können und entsprechend ständig auf Reisen sind, ist dabei nicht von Schlendrian gekennzeichnet. Zwar kann der tragbare Computer in jeder Strandbar aufgeklappt werden, aber das Erstellen eines Beitrages ist Arbeit. Der Text muss formuliert und Fotos müssen bearbeitet werden. Nach dem Einstellen des Beitrags erfolgt das Teilen auf sozialen Medien wie Facebook, bei Twitter, Snapchat, Instagram und auf anderen Plattformen. Leserkommentare erfordern Rückmeldungen, außerdem müssen E-Mail-Anfragen von Firmen beantwortet werden. Es ist ein Aufgabenfeld, wie es manch einer Vollzeit-Bürotätigkeit entspricht, in der Regel mit einer Sieben-Tage-Woche.

So jung der Beruf des Bloggers noch ist – die ersten Blogger sind inzwischen solange dabei, dass sich bereits Burn-Out-Anzeichen eingestellt haben. Was aus einem Freizeitspaß entstanden ist, kann in Stress ausarten, wenn das anfängliche Hobby dauerhaft zur Arbeit wird. *Stephanie Sieckmann*

Kalorienreiche Liebe

Im Burgenland liefert Aloisias Hochzeitsbäckerei süßes Beiwerk

Das Aushängeschild der österreichischen Küche sind Mehlspeisen. Auf die Qualität der unter diesem Begriff zusammengefassten Süßspeisen ist im ganzen Land Verlass. Wenn es dennoch Busladungen voller Naschkatzen bis in den äußersten Südosten der Alpenrepublik treibt, um vor Aloisias „Mehlspeis und Kaffeestubn“ halt zu machen, beweist das, dass selbst auf höchstem Niveau noch Steigerungen möglich sind.

Man sieht es dem von Wein, Wäldern und stillen Dörfern geprägten Burgenland nicht an, dass seine Bewohner gut und gerne feiern. Am Schnittpunkt von Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Österreich ist das Burgenland ein Schmelztiegel der Traditionen. Eine davon ist die Hochzeitsbäckerei. Denn bei den burgenländischen Hochzeiten wird äußerst üppig aufgetischt.

Besonders „gnadenlos“ ist man bei Torte und Backwerk während des Festes. Dazu werden die Hochzeitsgäste traditionell noch mit einem „Bschoat-Pinkerl“ beschenkt – einem Paket voller Kekse nicht unter einem Kilo. Burgenländische Hochzeiten sind zudem groß. Allein 100 Gäste bedeuten 100 Kilo Kekse. Oft sind es noch mehr. Noch heute gilt: Je größer das kalorienhaltige „Bschoat-Pinkerl“, desto besser die Hochzeit.

Das ist eine Aufgabe, die keine Braut alleine bewältigen kann. Daher trafen sich früher wie selbstverständlich Freunde und Familienmitglieder des Brautpaares und buken wochenlang unter Anleitung einer Hochzeitsbäckerin in einem der Brauthäuser gemeinsam. Dabei müssen die Produkte nicht nur gut schmecken, sie müssen auch optisch etwas hermachen. Größter Schatz der Hochzeitsbäckerinnen war und ist daher ihr Rezeptbuch und das Talent, die Kollektivbäckerei von der Beschaffung der Zutaten bis zur Verteilung der Arbeit zu organisieren.

Früher hatten die Frauen Zeit. Heute, da viele berufstätig sind, drohte der Brauch auszusterben. Bis Aloisia Bischof kam. 1948 im südburgenländischen Badersdorf nahe der ungarischen Grenze geboren, zog sie schon als Kind mit ihrer Mutter und ihrer Tante, beide berühmte Hochzeitsbäckerinnen, durch das Land und half bei der Herstellung von Torten, Schnitten und Keksen. Die Liebe zum Backen wurde ihr so in die Wiege gelegt.

Süße Verführung: Aloisias Hochzeitstorten Bild: Schnehagen

Doch bis aus dem Hobby ein Beruf wurde, mussten viele Jahre vergehen. Vorerst arbeitete Aloisia im bäuerlichen Betrieb ihrer Eltern. Erst mit 48 Jahren legte die Mutter von drei Kindern und Oma von fünf Enkeln ihre Prüfung zum Konditormeister ab und eröffnete in ihrem Heimatort ihre eigene Backstube. Bis zu 15 Angestellte sind hier für eine internationale Kundschaft am Werk.

Dass Aloisia selber nicht aus Zucker ist, bewies die bald 70-jährige Unternehmerin zuletzt 2015 mit der Gründung des Burgenländischen Hochzeitsmuseums neben ihrem Kaffeehaus und sagte: „Ich habe mir einen Herzenswunsch erfüllt.“

Wer sich selber an Husarenkrapferln, Vanillekipferln, Nussstangen und anderen Köstlichkeiten versuchen möchte, dem sei das Buch „Burgenländische Hochzeitsbäckerinnen“ von Bernhard Wieser aus dem Styria Verlag empfohlen. *Helga Schnehagen*

Im Salzrausch

Es ist wie mit dem Zucker: Zu viel Salz kann ungesund sein

Es gab Zeiten, da war Salz so wertvoll wie Gold. Bevor exotische Gewürze wie Pfeffer oder Paprika nach Mitteleuropa eingeführt wurden, war im Mittelalter Salz die einzige Möglichkeit, dem meist faden Essen etwas Geschmack zu verleihen, und es diente der Konservierung. Ohne Salz könnten Menschen und Tiere nicht überleben. Es sorgt für den Transport von Wasser und Nährstoffen im Körper, ist wichtig für die Nerven und steuert den Blutdruck.

Zuviel Salz sollte man nicht zu sich nehmen, denn das kann ebenso krank machen. In unseren Lebensmitteln ist schon durch die Herstellung viel Salz vorhanden, sodass wir immer ausreichend damit versorgt sind. Wenn wir von Salz sprechen, meinen wir meistens Natriumchlorid, abgekürzt NaCl. Denn unser Kochsalz setzt sich aus diesen beiden chemischen Elementen zusammen: Natrium und Chlor. Etwa 160 Gramm Kochsalz stecken in den Knochen, der Haut und den Zellen des Menschen. Mit Salz würzt man das Essen, man kann aber auch Lebensmittel damit haltbar machen. Als es noch keine Kühlschränke gab, hat man einige Lebensmittel wie Fisch oder Fleisch mit viel Salz eingepökelt, damit die nicht so schnell verderben.

Vor Millionen Jahren war die Erde von Meer bedeckt. Als sich das Klima veränderte, verdunstete das Wasser und das Salz blieb zurück. Es wurde in weiteren Millionen Jahren von Erd- und Gesteinsschichten überlagert. So entstanden unterirdische Salzstöcke. Flüsse spülten aus den Gesteinsschichten das Salz heraus und transportieren es ins Meer. So kam das Salz ins Meer.

Die Weltmeere enthalten riesige Salzvorkommen. Bei den Griechen und Römern wurde nur Meersalz verwendet. Das gewinnt man in Salzgärten. Dazu wird Meerwasser in angelegte Becken geleitet, das Wasser verdunstet in der Sonne und zurück bleiben große Haufen Salz.


Würde sich in Wasser auflösen: Salzkristall Bild: Salzmuseum Lüneburg

Da die Gewinnung in früheren Zeiten mühsam war, wurde Salz entsprechend wertvoll. Beamte und Soldaten in Rom bekamen manchmal ihren Lohn in Form von Salz. Salzhandel war ein gutes Geschäft, und viele Städte wurden dadurch sehr reich.

Manchmal stießen die Menschen auf Salz, indem salzhaltiges Wasser, die Sole, in Form einer Solequelle aus den Bergen rann. Im Mittelalter wurde Salz meistens durch das Sieden der Sole hergestellt. In die Hohlräume des Salzgesteins wurde Wasser eingeleitet. Die entstehende Sole siedete man in den Salinen (Salzwerken) in Pfannen solange, bis nur noch Salz übrig war.

Die wichtigsten deutschen Salzstädte waren Lüneburg, Halle und Bad Reichenhall. „Hall“ bedeutete bei den Kelten „Salz“. Tag und Nacht arbeitete man in den Salzhütten Lüneburgs. Dafür waren große Mengen an Brennholz nötig. Auf diese Weise wurden die Wälder rund um die Stadt vernichtet und es entstand die heutige Heidelandschaft. Pro Jahr wurden in Lüneburg mehr als 20 000 Tonnen Salz in den Salzpfannen hergestellt, das man über eine Salzstraße nach Lübeck und dann auf Schiffen bis nach Skandinavien transportierte.

Heute ist Salz billig, weil Maschinen die Arbeit erleichtern. In Bad Reichenhall werden so noch täglich 600 000 Speisesalzpäckchen verschickt. Hätte Salz noch den Wert von früher, wäre der Ort heute im Goldrausch. *Silvia Friedrich*



Schattenregierung CIA

Wie der US-Geheimdienst John F. Kennedy bekämpfte

Wer heutzutage eine der weniger bekannten Schandtaten des amerikanischen Geheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA) zu thematisieren versucht, wird schnell als „Verschwörungstheoretiker“ abqualifiziert. Dabei hat die CIA diesen Begriff selbst erst erfunden, um all jene Personen, die den offiziellen und extrem widersprüchlichen Untersuchungsbericht über die Ermordung von Präsident John F. Kennedy anzweifelten, lächerlich zu machen. Jedoch zeigen inzwischen freigegebene Dokumente, die der Journalist David Talbot für sein äußerst lesenswertes Buch „Das Schachbrett des Teufels“ nutzte, dass die CIA tatsächlich die seinerzeitigen Ermittlungen manipulierte und darüber hinaus genau das war, was ihre Kritiker schon immer behaupteten: das Werkzeug einer Schattenregierung, welche die Politik der Vereinigten Staaten lenkte – egal, wer gerade im Weißen Haus saß.

Verantwortlich hierfür zeichnete vor allem der ehemalige Wallstreet-Anwalt und manische Schachspieler Allen Welsh Dulles, der von 1953 bis 1961 an der Spitze der „Firma“ stand und sich selbst als „Außenminister für unfreundliche Länder“ bezeichnete. Immerhin initiierte die CIA unter seiner Führung zahllose Putsche zur Beseitigung legitimer Regierungen in Afrika, Lateinamerika und dem Nahen Osten. Darüber hinaus intrigierte der Geheimdienst aber auch gegen westliche Verbündete der USA, wenn sie nicht 100-prozentig auf der Linie des Kommunistenhassers Dulles lagen.

Das Gleiche galt für die jeweilige Staatsführung in Washington. Hierbei geriet der CIA-Chef besonders mit John F. Kennedy (JFK) aneinander, dessen außenpolitischen Kurs er für entschieden zu weich hielt. Außerdem wollte JFK den Alleingängen des US-Geheimdienstes ein Ende setzen, was ihn genauso zur Bedrohung werden ließ wie seine Steuerpläne, die Dulles‘ Unterstützerzirkel in der Öl- und Stahlindustrie benachteiligt hätten.

Rolle von Allen Dulles bei Vertuschungen

Am Ende ging Kennedy dann aus dem Machtkampf als Sieger hervor, weil die CIA während der Invasion in der Schweinebucht auf Kuba total versagte: Nun konnte er Dulles mit gutem Grund aus dem Amt verbannen. Allerdings bildete der Geschasste hernach eine informelle „Anti-Kennedy-Regierung“. Deshalb ist er für Talbot auch die Schlüsselfigur im Rätsel um die Ermordung des Präsidenten am 22. November 1963. Wie der Journalist darlegt, befanden sich zum Zeitpunkt der Tat mehrere Profi-Killer der CIA wie William King Harvey vor Ort in Dallas, während der angebliche „Pensionär“ Dulles in einer geheimen CIA-Einrichtung namens „Camp Peary“ weilte – wahrscheinlich, um die Aktion von dort aus zu leiten. Danach wiederum sorgte der vormalige CIA-Chef laut Talbot als Mitglied der Warren-Kommission, welche die Hintergründe des Attentats aufklären sollte, für die Vertuschung der Beteiligung der Agency, indem er Lee Harvey Oswald zum kommunistisch inspirierten Einzeltäter stilisierte und die verräterischen Berichte von der Obduktion der Leiche des Präsidenten fälschen ließ.

Hieb- und stichfeste Beweise für Talbots indizienbasierten Thesen dürften freilich erst ab dem 26. Oktober 2017 zur Verfügung stehen – dann endlich erfolgt die Freigabe von 1100 immer noch gesperrten Dokumenten zum Kennedy-Mord. Aber selbst, wenn Dulles, der schließlich am 29. Januar 1969 an einer Lungenentzündung starb, hierdurch wider Erwarten entlastet werden sollte, bleibt immer noch die verheerende Bilanz seines sonstigen Wirkens: So paktierte er mit den Nationalsozialisten und bereicherte sich an deren Raubgold, das zumeist von jüdischen Opfern stammte. Hierbei erfuhr Dulles auch vom Holocaust, unterließ es aber, die US-Regierung zu informieren. Außerdem geht die Verschleppung, Misshandlung und Ermordung zahlreicher Menschen innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten auf sein Konto. Mithin war Dulles also die Person, welche die „Ära der Gesetzlosigkeit“ im US-Geheimdienstwesen einleitete, die bis heute andauert, wie Snowdens Enthüllungen über die NSA beweisen. *W. Kaufmann*

***David Talbot: „Das Schachbrett des Teufels. Die CIA, Allen Dulles und der Aufstieg Amerikas heimlicher Regierung“**, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2016, gebunden, 603 Seiten, 28 Euro*

Eintritt frei!

Pflanzenarten genau erklärt

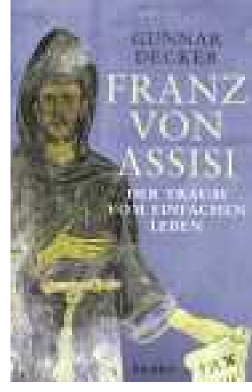
Einen Museumsbesuch der besonderen Art bietet das neue Werk aus dem Prestel-Verlag „Das Museum der Pflanzen“ von Kathy Willis. Es ist rund um die Uhr geöffnet, und man muss sich nicht einmal vor die Haustür begeben. Denn dieses „Pflanzen-Museum“ befindet sich zwischen zwei beeindruckend großen Buchdeckeln. Pflanzen aus aller Welt hat die Biologin und Oxford-Professorin hier beschrieben.

Wunderbar in Szene gesetzt wurden die botanischen Kostbarkeiten von der Illustratorin Katie Scott aus London. Und diese Zeichnungen haben es in sich. Sie erinnern an botanische Bücher aus alten Zeiten, die mit wunderschönen Kunstdrucken verziert waren. Im Vorwort führt Kathy Willis, die auch Direktorin des „Royal Botanical Gardens“ in London ist, den „Besucher“ in die Welt der Pflanzen ein. Wo leben sie eigentlich und unter welchen Umständen gedeihen sie am besten? Gleich darauf geht es zum Eingang und einer Einladung, durch alle Felder, Wälder und Blumenwiesen dieser Welt zu streifen. Eine Erklärung folgt, worum es sich beim „Baum des Lebens“ eigentlich handelt.

„Saal 1“ beherbergt die ersten Pflanzen, wie Moose, Flechten und Pilze. Weiter geht es in den „Saal 2“, der einem die Bäume der Welt näherbringt. Dabei sind die Illustrationen von so kräftiger und ausdrucksstarker Schönheit, dass man jedes Blatt einzeln einrahmen und aufhängen möchte. Anschließend geht es im „Saal 3“ zu den Palmen und Palmenfarnen. Genaue Beschreibungen und Zeichnungen der Blätter, Knospen, Blüten und Früchte sind selbstverständlich dabei. Im „Saal 4“ erwarten einen die „Krautigen Pflanzen“, wozu auch essbare Pflanzen aus der Erde zählen. Die letzten drei Säle zeigen Gräser, Grasgewächse, Orchideen- und Bromeliengewächse sowie Sukkulenten und Kakteen. Alle Beschreibungen erklären ihre Lebensräume und ihre spezielle Anpassung an die Umgebung.

Das Buch ist prachtvolles Geschenk zu allen Anlässen für Kinder ab acht Jahren, das sicher aufgrund des Bilderschmucks das Interesse an der Pflanzenwelt weckt. Jedoch werden auch Eltern oder Großeltern mit Sicherheit verlockt, diesen Prachtband zur Hand zu nehmen. *Silvia Friedrich*

***Kathy Willis: „Das Museum der Pflanzen. Eintritt frei!“** Mit Illustrationen von Katie Scott, Prestel-Verlag, München 2016, gebunden, 112 Seiten, 24,99 Euro*



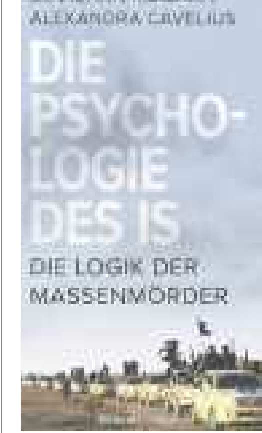
Reflexionen

Mystiker Franz von Assisi

Wer eine Biografie im eigentlichen Sinne erwartet, wie es der Klappentext suggeriert, wird von dem neuen Buch des Religionsphilosophen Gunnar Dekker, „Franz von Assisi. Der Traum vom einfachen Leben“, enttäuscht sein. Es handelt sich vielmehr um eine Analyse historischer Biografien wie der ersten Lebensbeschreibung von Thomas von Celano, die aus dem Jahr 1228 stammt. Decker beschreibt Franz’ Leben chronologisch anhand fremder Werke. Einschübe wie „Romano Guardini hat die inneren Gegensätze, die Franz in sich austrug, die große Not, aus der heraus er lebte, so formuliert.“, gibt es zuhauf. Es folgt ein Zitat, wobei der unbedarfte Leser nur erraten kann, wer Guardini war. Erklärt wird es nicht. Der Autor setzt offenbar entsprechende Kenntnisse voraus.

Es entsteht der Eindruck, dass das Buch sich an ein Fachpublikum richtet, dem die häufig zitierten Werke bekannt sind. Zwar erfährt der Leser viele Details aus dem Leben des Mystikers, über seine inneren Kämpfe und über den Argwohn der Kirche, die ihn zunächst ablehnte, sich aber hütete, ihn als Ketzer zu diffamieren, und die ihn schließlich heilig sprach, um Profit aus seinem Erbe zu ziehen, doch stören die vielen Reflexionen und philosophischen Gedankengänge zuweilen den Lesefluss. *MRK*

***Gunnar Decker: „Franz von Assisi. Der Traum vom einfachen Leben“**, Siedler Verlag, München 2016, gebunden, 430 Seiten, 26,99 Euro*



Menschenverachtender Islam

Autorenduo beschreibt Bedrohung durch den IS aus Sicht der Jessiden

Zwei Autoren schrieben das Buch „Die Psychologie des IS“, der kurdische Psychiater Jan Kizilhan und die deutsche Journalistin Alexandra Cavelius. Unklar ist, wer für welchen seiner zwei Stränge zuständig war: kundig-informative Aussagen über die Terroristen des Islamischen Staats (IS) und Erlebnisberichte von IS-Opfern, meist larmoyant und selten überzeugend verfasst. Wer zudem Koran-Suren oft falsch zitiert, weckt Zweifel an seiner Kompetenz.

Generell hat das Buch eine durchgehend einheitliche Komposition: Alle Opfer sind Jessiden, jenes kurdische Ethnikum, das in tendenziell inzestuöser Gemeinschaft lebt und einen synkretistischen (Mischform verschiedener Religionen) Monotheismus pflegt. Die Spezifika der Jessiden stempeln sie in den Augen von Muslimen zu Teufelsanbetern ab, die IS-„Kämpfer“, brutaler und kulturloser Abschaum aus 80 Ländern, mit zügellosem Hass verfolgen. Da hilft oft nur ein Deus ex Machina: Selbstlose Helfer holen per Handy Hilfe herbei oder handeln Lösegeld aus, und am Ende treffen sich alle glücklich wieder, zumeist in Deutschland!

Auf der Welt leben knapp eine Milliarde Muslime, die aus Sicht der Buchautoren eine kollektive Bedrohung darstellen: „Leider aber ist schon seit der Entstehung des Islam ein tiefes und fundamentales Gewaltpotenzial im strukturellen Kern dieser Religion angelegt.“ Von dieser Gemeingefährlichkeit abgesehen, seien Muslime vielfältig differenziert, wobei der IS als gewalttätiger „Steinzeit-Islam“ gilt, den selbst ein islamischer Hetzer wie der Deutsche Pierre Vogel als „Idioten-Staat“ verwirft. Zwar seien Deutsche (wie Amerikaner, Briten und andere) „alle Teufel“, aber ihr Land spielt eine Sonderrolle in dem Buch, auch und gerade für IS-Terroristen, die „sterben und in den Himmel wollten. Aber noch lieber wollten sie nach Deutschland“.

Die praktischen Auswirkungen dessen verdeutlichen Berichte über die Exzesse von Tunesiern, Libyern und anderen an „Sklavinnen“, gegen die kein unterwürfiges „Stokholm-Syndrom“ ankomme und die den Befund von Europol bestätigen, dass 35 Prozent der gefassten IS-Täter „unter psychischen Problemen“ leiden. Bis Rom zielt der IS-„Vormarsch“, der längst Fiktion ist, Verklärung alter Erfolge, als man ein Gebiet von der Größe Großbritanniens mit acht Millionen Untertanen beherrschte. Heute herrsche pure Menschenverachtung: Frauen haben nicht einmal als „Dschihad-Bräute“ größeren Wert, Kindersoldaten nur dann, wenn sie Schneisen durch Minenfelder sprengen.

Was sonst noch bezeichnend ist, verraten die „Denkschemata des IS“, die gerade an deutschen Schulen noch gelten: „Wir ehemaligen IS-Geiseln erleben heute deren Kinder in der Schule in Deutschland. Diese Jugendlichen beschimpfen uns als ‚Ungläubige‘. Sie verbergen nicht, dass sie Kinder des IS sind und wohin sie geistig gehören. Die Deutschen aber glauben uns das nicht.“ *Wolf Oschlies*

***Jan Ilhan Kizilhan, Alexandra Cavelius: „Die Psychologie des IS. Die Logik der Massenmörder“**, Europa Verlag, Berlin et al. 2016, gebunden, 424 Seiten, 22,90 Euro*



Leben für Vögel

Ornithologe an der Nachfolgestation von Rossitten

Für den Ornithologen und Verhaltensforscher Peter Berthold stand schon im Alter von zehn Jahren fest, dass er einmal Vogelforscher werden würde. Berthold wurde eine Koryphäe auf seinem Fachgebiet. 1981 bis 2004 lehrte er als Professor an der Universität Konstanz, ab 1967 war er für die Vogelwarte Radolfzell tätig, zuletzt bis 2004 als Direktor. In seinen Memoiren mit dem Titel „Mein Leben für die Vögel und meine 60 Jahre mit der Vogelwarte Radolfzell“ berichtet er über die Arbeit an der Vogelwarte und über die Schwerpunkte seiner Forschungen. Kein anderes Gebiet der Naturbeobachtung fasziniere und motiviere derart viele Laien wie die Ornithologie, so Berthold. Das liege daran, dass die Menschen ihren Lebensraum mit den Vögeln teilen, deren wohltönender Gesang Freude bereitet. Durch aufwendige Experimente konnte Berthold mit seinem Team klären, warum Vögel jahreszeitlich bedingt ziehen: Ihr Zugtrieb ist angeboren.

Seit 1998 ist die Vogelwarte Radolfzell auf Schloss Möggingen am Bodensee Max-Planck-Institut für Ornithologie. Gegründet wurde sie 1946 als Nachfolgeinstitution der Vogelwarte Rossitten auf der Kurischen Nehrung, die 1944 kriegsbedingt evakuiert werden musste. „Obwohl die Vogelwarte immer ein Institut in der Provinz war – seit 1901 im entlegenen Fischerdorf Rossitten sowie in Möggingen im Bodenseehinterland –, hatte sie doch Verbindungen in viele Gegenden der Welt bis Kamtschatka und Japan, Neuseeland und der Antarktis“, erklärt Berthold.

Berthold redete der ganzjährigen Fütterung der Gartenvögel das Wort. Die industrielle Landwirtschaft führe zum Rückgang der Vielfalt. Dagegen rühmt er den Vogelreichtum auf der Kurischen Nehrung mit der traditionsreichen Vogelwarte Rossitten: „Und das dürfte auch noch der Fall sein, wenn um Schloss Möggingen und auf der Mettnau (wo sich die Beringungszentrale befindet) in einigen Jahrzehnten Vögel nur noch als Einzelwesen in Erscheinung treten werden.“ *D. Jestrzemski*

***Peter Berthold: „Mein Leben für die Vögel und meine 60 Jahre mit der Vogelwarte Radolfzell“**, Kosmos Verlag, Stuttgart 2016, gebunden, 216 Seiten, 19,99 Euro*

Eine Welt ohne Gott

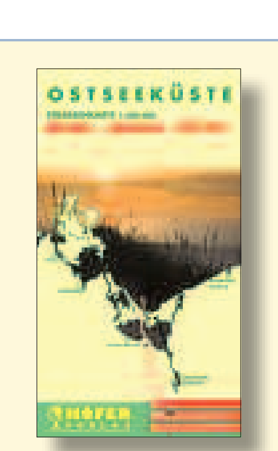
Rolf Bauerdick verurteilt den Relativismus

„Wenn Gott verschwindet, verschwindet der Mensch“ ist ein gescheites Buch, das zum Nachdenken anregt. Der Autor Rolf Bauerdick, der sich nach dem Studium der Literatur und Theologie dem Journalismus widmete, versucht Antworten zu geben auf die Fragen und Zweifel der Zeit.

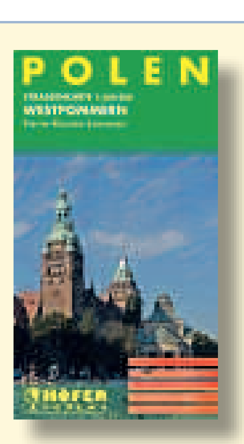
Bauerdick ist authentisch. Er ist ein „Kind der Kulturrevolution“, groß geworden mit dem hymnischen Abgesang auf die Religion von John Lennon: „Imagine there’s no heaven!“ Ergeben kein Himmel, keine Hölle, kein Gott eine friedliche Welt? Er bekennt offen: „Gottes irdische Stellvertreter treiben einen bei der Vollstreckung des irdischen Heilsplans bis an die Grenze zum Infarkt.“ Aber auch die „Nachmoderne“ sei nicht besser: „Sie entkernt Ideen. Gott, Seele, Mensch. Zurück bleiben Hohlkörper. Hüllen von Begriffen ... Die Kirchen haben diesem Prozess der Aushöhlung nichts oder nur wenig entgegengesetzt.“

Mit Geschichten wie der von „Padre Roberto, der im Müll den Weg ins Leben fand“, oder „das Lächeln der weißen Dame“ oder „in den Appalachen auf den Spuren des Heiligen Geistes“ will der Autor die Fäden stärken und das Klima, „in dem die Gesunden immer kränker und die Kranken nicht gesund werden“, entgiften. Ein zentrales Kapitel ist „Wenn die Sünde selig macht“. Da steht, dass die größte Gefahr für Europa seine Trägheit sei, seine Zuflucht in eine Kultur der Gleichgültigkeit und des Relativismus. Joseph Ratzinger wandte sich entschieden gegen die „Diktatur des Relativismus“, die „nichts als endgültig anerkennt und als letztes Maß nur das eigene Ich und seine Gelüste gelten lässt“. Dagegen predigt die hedonistische Internationale: „Macht, was ihr wollt, nicht was ihr müsst!“. Doch damit wird uns die letzte Stütze genommen, die Würde, die zu einem politischen Schlagwort geworden sei. Fazit: Pluralistische Gesellschaften definieren sich rein säkular und verpflichten sich zu weltanschaulicher Neutralität. In der Europäischen Verfassung von 2004 findet sich kein Gottesbezug. *Wolfgang Thüne*

***Rolf Bauerdick: „Wenn Gott verschwindet, verschwindet der Mensch. Eine Verteidigung des Glaubens“**, DVA, München 2016, gebunden, 334 Seiten, 19,99 Euro*



Ostseeküste
Rügen – Usedom – Stettin
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5565 DE025 12,90 €



Westpommern
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5533 PL001 12,90 €



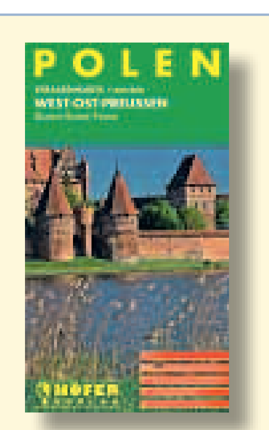
Ostbrandenburg-Niederschlesien
Küstrin – Grünberg – Liegnitz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5541 PL002 12,90 €



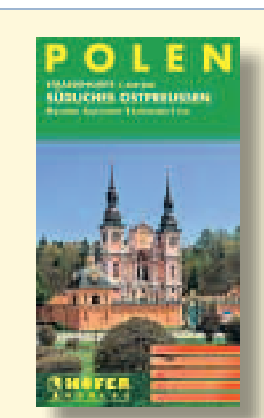
Hinterpommern
Köslin – Stolp – Danzig
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5535 PL003 12,90 €



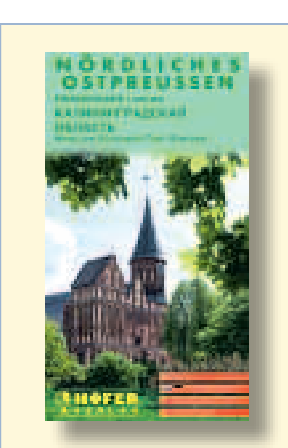
Südliches Pommern Netzebruch
Schneidemühl – Bromberg – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5560 PL004 12,90 €



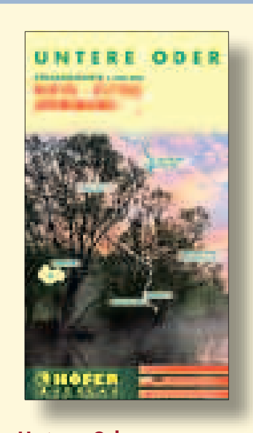
Westpreußen – Ostpreußen
Danzig – Elbing – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5559 PL011 12,90 €



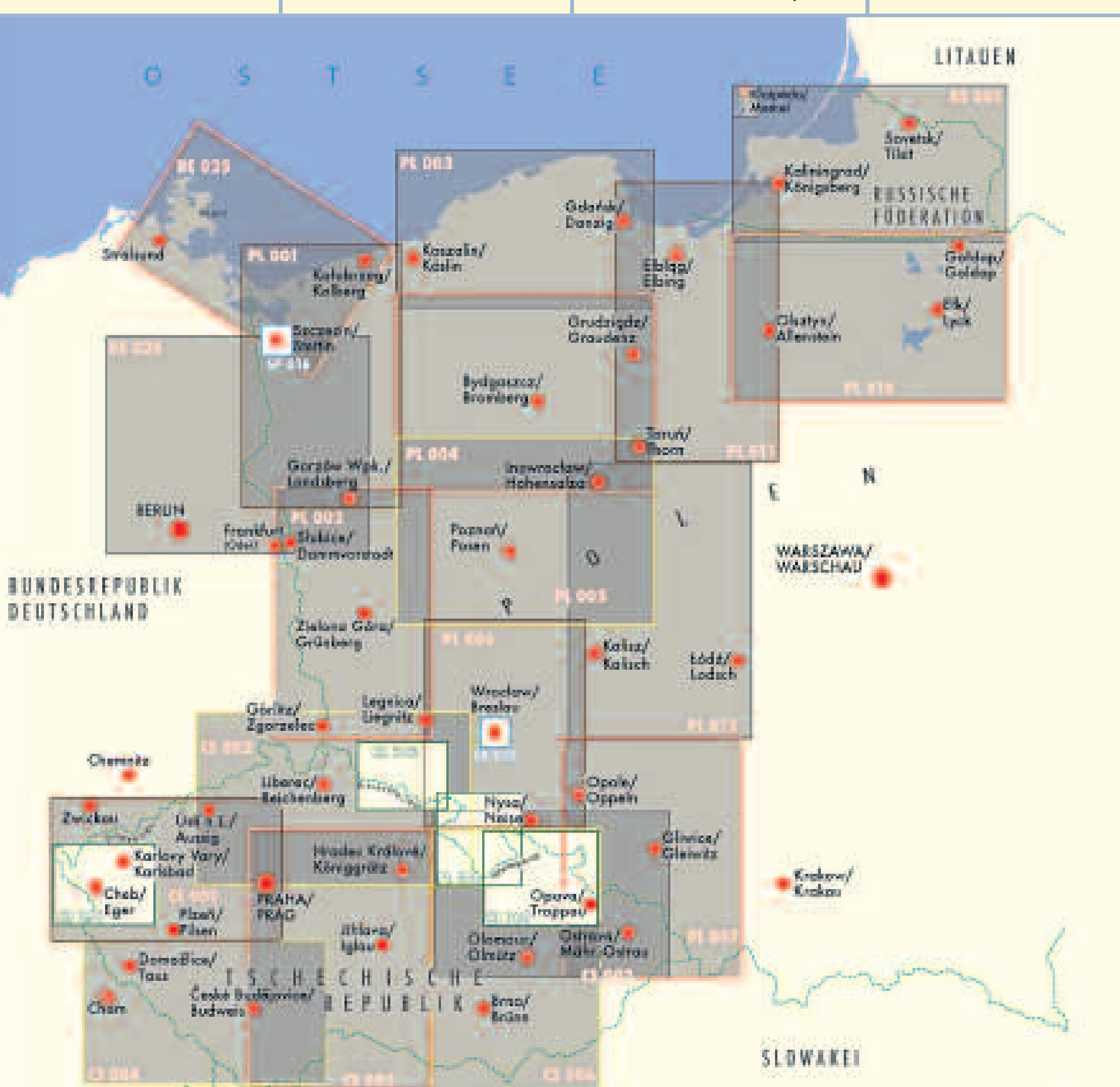
Südliches Ostpreußen
Masuren – Rastenburg – Lyck
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5543 PL010 12,90 €

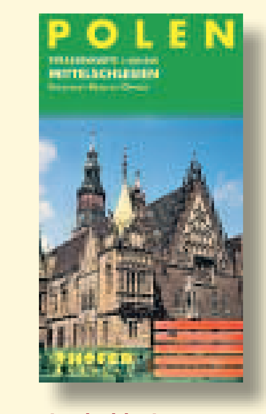


Nördliches Ostpreußen
Memelland – Königsberg – Tilsit
2-sprachig deutsch-russisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5542 RS001 12,90 €

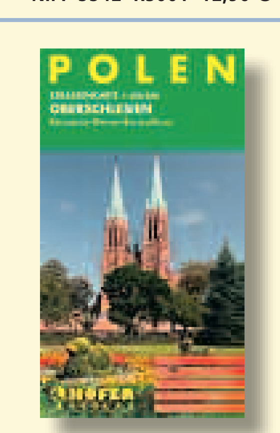


Untere Oder
Berlin – Stettin – Uckermark
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5571 DE026 12,90 €

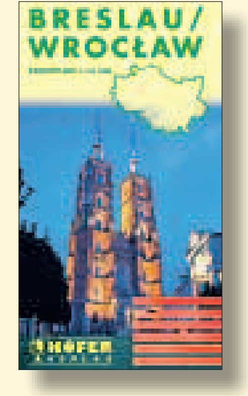




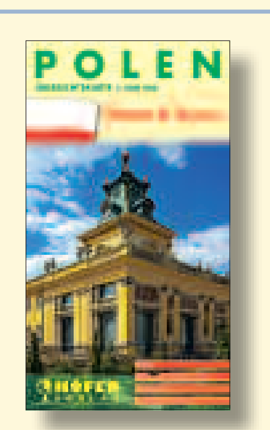
Wartheland
Posen – Gnesen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5544 PL005 12,90 €



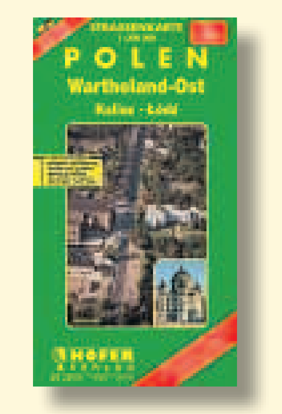
Mittelschlesien
Fraustadt – Breslau – Oppeln
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5539 PL006 12,90 €



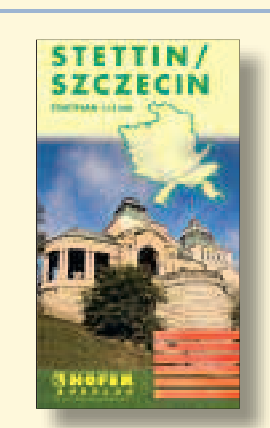
Oberschlesien
Kreuzberg – Oppeln – Bielsko Biala
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5554 PL007 12,90 €



Polen Planen & Touren
Übersichtskarte Polen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5399 PL777 12,90 €



Wartheland-Ost
Kalisz – Lodz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5577 PL012 12,90 €

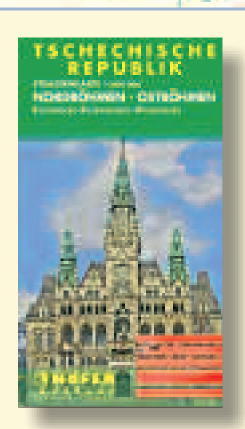


Stadtplan Breslau
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 16.500
Nr. P 5567 SP015 12,90 €

Stadtplan Stettin
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5572 SP016 12,90 €



Tschechische Republik
Egerland – Nordböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5536 CS001 12,90 €



Tschechische Republik
Nordböhmen – Ostböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5537 CS002 12,90 €



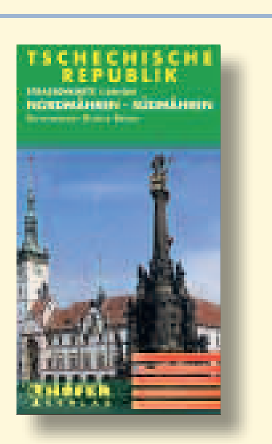
Tschechische Republik
Ostböhmen – Nordmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5538 CS003 12,90 €



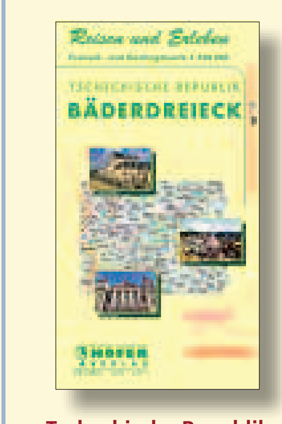
Tschechische Republik
Südl. Egerland – Böhmerwald
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5569 CS004 12,90 €



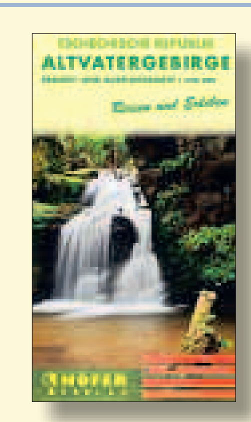
Tschechische Republik
Mittelböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5574 CS005 12,90 €



Tschechische Republik
Nordmähren – Südmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5578 CS006 12,90 €



Tschechische Republik
Bäderdreieck
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5580 CR301 12,90 €



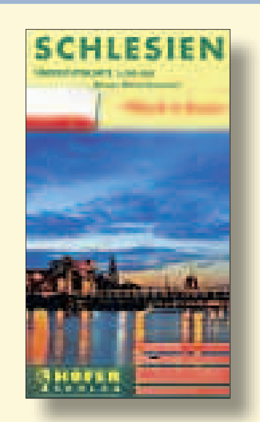
Tschechische Republik
Altvatergebirge
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5570 CS306 12,90 €



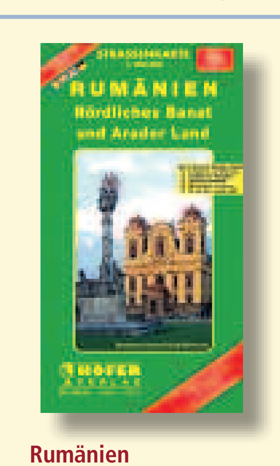
Gerd Hardenberg (Größeres Format: 13,5 cm x 20,5 cm)
Reiseführer Polen
Ostpreußen, Westpreußen und Danzig – Durch das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von Danzig über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch bei einer Reise unentbehrlich. Der Autor, vielen Ostpreußen unter seinem wahren Namen, Gerhard Prengel, bekannt, will dem Benutzer dieses Reiseführers – sei er Autofahrer, Radler, Wanderer oder Bootsfahrer – auch außerhalb der üblichen Touristenrouten Wege zeigen, die ihm die Schönheiten der Natur dieses Landes und seiner historischen Stätten erschließen. Der Reiseführer enthält zahlreiche S/W- und farbige Abbildungen. Überarbeitete und erweiterte Neuauflage Oktober 2015. 288 Seiten
Nr. P 533176 Kartoniert 14,95 €



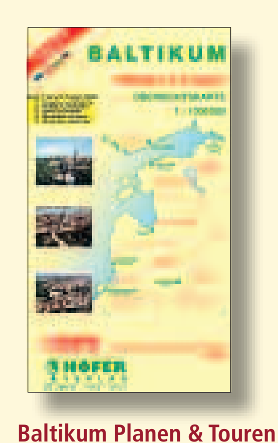
Fritz R. Baran
Ostpreußen Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostpreußischer Städte von Allenburg bis Zinten
224 Seiten/Gebunden
Nr. P 1050 24,95 €



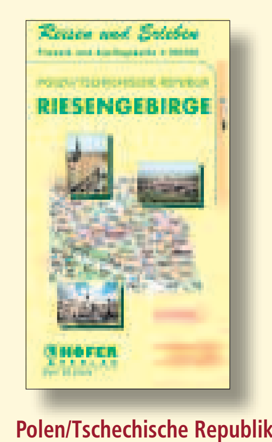
Schlesien
Planen & Touren
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 500.000
Nr. P 5581 PL111 12,90 €



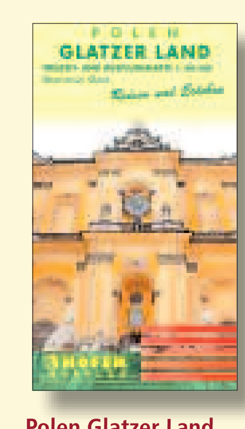
Rumänien
Nordliches Banat u. Arader Land
2-sprachig deutsch-rumänisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5579 RO801 12,90 €



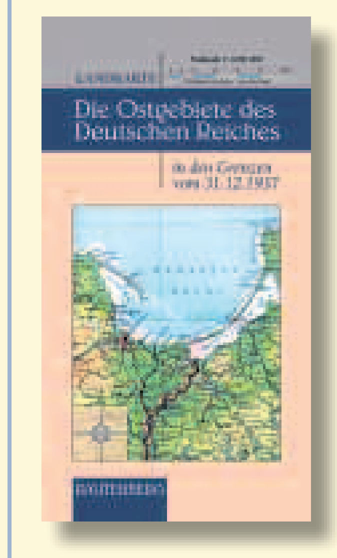
Baltikum Planen & Touren
Kaliningrad – St. Petersburg
mehrsprachig
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5573 E/L/L666 10,90 €



Polen/Tschechische Republik
Riesengebirge (3-sprachig)
dt.-tschechisch/dt.-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5548 CR303 12,90 €



Polen Glatzer Land
Grafschaft Glatz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5545 PL408 12,90 €



Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Soros-NGO sollen gehen

Budapest – Die ungarische Regierung will die Organisationen (NGO) des Milliardenspekulanten George Soros aus ihrem Land entfernen. Dies sagte der stellvertretende Chef der Regierungspartei Fidesz, Szilard Nemeth, dem US-Nachrichtensender Bloomberg. Soros arbeite weltweit zulasten nationaler Regierungen, hieß es zur Begründung. Seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten fehlt Soros die Rückendeckung des Weißen Hauses. *H.H.*

Streit um Nikab in der Schule

Osnabrück – Eine Schülerin der Oberschule in Belm bei Osnabrück, die im Unterricht einen Nikab trägt, hat zu Streit in der niedersächsischen Politik geführt. Die Zehntklässlerin trägt die Ganzkörperverhüllung, die nur die Augen frei lässt, seit der 7. Klasse. Die CDU im Landtag wirft Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) „Nichtstun" in der Sache vor. Vater und Bruder des Mädchens sind bekannte radikale Moslems. *H.H.*

ZUR PERSON

Schon wieder heimatlos

Bequem war sie für viele Zeitgenossen nie. **Erika Steinbach** ist eine Reizfigur, seit sie in die Politik eingetreten ist. Mit ihrem jetzt verkündeten Austritt aus der CDU zieht sich die streitbare Politikerin sogar noch den Zorn jener konservativen Parteikollegen zu, die ihr bis zuletzt noch gewogen waren. Aus Ärger über die Flüchtlingspolitik Angela Merkels verlässt sie nach 42 Jahren Mitgliedschaft die Partei (siehe S. 1).

Mit einem Stich ins Herz der CDU will die 73-jährige Bundestagsabgeordnete ihre Politikkarriere ausklingen lassen. Jetzt hat sie ihre politische Heimat ebenso verloren, wie sie am Ende des Zweiten Weltkriegs ihre geografische Heimat verloren hat. Geboren in Westpreußen, hat sich die seit 1972 mit dem Dirigenten Helmut Steinbach verheiratete Politikerin in Vertriebenenorganisationen engagiert. Sie saß im Bundesvorstand der Landsmannschaft



Westpreußen, war Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und Vorsitzende der Stiftung Zentrum gegen Vertreibung.

Den Polen war diese Stiftung schon immer ein Dorn im Auge, und in Steinbach, die 1991 im Bundestag gegen den Oder-Neiße-Grenzvertrag stimmte, sahen sie die Personifikation des Bösen. Zeitweise war sie in Polen die bekannteste und meistgehasste Deutsche. Der Auschwitz-Überlebende und frühere polnische Außenminister Władysław Bartoszewski nannte sie die „blonde Bestie".

Doch alle Kontroversen, die sie mit umstrittenen Äußerungen über die Opferrolle Polens und Twitter-Meldungen über die Zuwandererflut anschob, änderten nichts daran, das Steinbach geradlinig und konsequent ihren Kurs im konservativen Flügel der CDU fortsetzte. Das hat nun ein Ende. Frei von Parteizwängen wird sie mit ihrer Meinung im Bundestag bis zu den Wahlen im Herbst nicht hinterm Berg halten. *H. Tews*



Lauter Volltreffer

Löscht das Grundgesetz

Wie Trump Merkel eins überzieht, wie wir »falsche Meinungen« aus der Welt schaffen, und warum die Verfassung dabei zum Problem wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Nun ist er also im Amt, Donald der Fürchterliche, und verbreitet Angst und Schrecken. Die deutschen „Atlantiker", die seit Jahrzehnten stolz für die Vormachtstellung der USA in Deutschland und Europa kämpfen, irren umher wie verstoßene Kinder. Nichts stimmt mehr in ihrer eben noch so züchtig geordneten Welt, seit der neue Mann im Weißen Haus ziemlich lässige Bemerkungen über die Nato und die EU abgeworfen hat.

Selbst die deutsche Chef-Atlantikerin Angela Merkel hat übel was abbekommen. Er mag sie, sagte er im Interview mit „Bild" und „Times". Allerdings gesteht er dort auch, dass er alle Menschen mag, die Deutschen, die Briten, die Mexikaner, die ganze Welt. Die dürre Sympathie-Bekundung für die deutsche Kanzlerin ist also weniger wert als schimmeliges Butterbrot.

Trump haut der CDU-Chefin um die Ohren, sie habe einen „katastrophalen Fehler" begangen, als sie „all diese Illegalen ins Land" gelassen habe. Und geht gleich zum Massaker von Berlin über, das den Deutschen „einen deutlichen Eindruck" davon gegeben habe, wer da durch Merkels Wirken hereingekommen sei.

Das klingt wie „Merkels Tote" und ist hierzulande als „Hassrede" verpönt, also quasi verboten. Darf denn der Ami sowas sagen? Er tut es einfach, und gibt Merkels Asylpolitik überdies die Schuld am Brexit. Erst ihre Grenzöffnung habe das Fass bei den Briten zum Überlaufen gebracht.

Deutschlands politische Elite ist tief verunsichert. Sie hatte weder mit dem Brexit gerechnet noch damit, dass die Amerikaner diesen Trump wählen würden. Was droht als nächstes? Was, wenn die Völker sich auch auf dem europäischen Kontinent nicht mehr benehmen wollen? Gruseliger Gedanke.

Aber keine Sorge, man lässt sich nicht nochmal kalt erwischen und baut vor. Brexit und Trump seien nur möglich geworden, weil hinterhältige Aufwiegler Falschmeldungen, englisch „Fake News", über das Internet verbreitet hätten, ist man sich in Berlin einig. Daher ist künftig dafür zu sorgen, dass solcher Unrat im Netz umgehend gelöscht wird. Aber gibt es dagegen, dass Medien (und dazu zählt ja auch das Netz) platte Lügen, üble Nachreden verbreiten oder zu Rassenhass oder Gewalt aufstacheln, nicht jetzt schon erprobte Gesetze? Was also soll das plötzliche Geschrei über „Fake News"?

Nun, mit „Falschmeldungen" sind eben nicht jene ohnehin verbotenen Sünden gemeint, sondern wohl eher politisch „falsche" Meldungen, also Nachrichten, die den falschen Leuten, den Widersachern der Etablierten, in die Hände spielen könnten.

Der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Grosse-Brömer hat des Pudels wahren Kern bereits enthüllt: Man müsse gegenhalten gegen Leute, die „falsche Meinungen verbreiten", um zu „destabilisieren". „Falsche Meinungen" – hat er tatsächlich gesagt. So offen hat schon ewig kein deutscher Spitzenpolitiker mehr von Zensur gesprochen.

Im Moment geht es darum, erst mal nachzusehen, was es da alles zu monieren gäbe im Netz. Zunächst soll im Auftrag von Facebook das „gemeinnützige Recherchezentrum Correctiv.org" von Nutzern aufgespürte, mutmaßliche „Fake News" untersuchen. Die Leute von „Correctiv" haben da schon Erfahrungen, in ihrer Selbstdarstellung schreiben sie unter der Überschrift „Unsere Themen": „Correctiv.org recherchiert zu den Bedrohungen und Herausforderungen unserer Gesellschaft, zu Machtmissbrauch und Korruption in Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur, zu Themen wie Umwelt, Bildung, Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit oder Rechtsradikalismus und Islamismus."

Fehlt da nicht was? Linksextremismus scheint jedenfalls nicht zu „unseren Themen" zu zählen. Damit dürfte ausgemacht sein, in welcher politischen Richtung das „Correctiv"-Kollektiv die Meute der Falschmeldenden und -meinenden wittert, der es das Maul zu stopfen gilt, damit sie die bewährte Machtverteilung in der Republik nicht weiter „destabilisiert" – so kurz vor der Bundestagswahl.

Dabei ist allen Beteiligten klar, dass das Internet eine riesig große, rasend schnelle Veranstaltung ist. Da müssen die Zensoren deutlich besser auf Draht sein als in den alten Tagen von NS-Staat oder DDR. Also besinnt man sich auf die Weisheit, dass Strafandrohungen vieles schon im Vorwege abwenden, wenn sie drastisch genug ausfallen. Unionsfraktionschef Volker Kauder will Portalbetreiber wie Facebook mit Bußgeldern bedrohen, die „weh tun". Die Zahl von 500000 Euro Strafe steht im Raum, die fällig werden soll, wenn Facebook eine „Falschmeldung" nicht binnen 24 Stunden löscht.

> Mit Falschmeldungen sind Meldungen gemeint, die den »Falschen« in die Hände spielen könnten

Da werden sich Portalbetreiber wie der US-Konzern aber sputen, technische Lösungen zu finden, die einen automatischen Lösch-Rausch, ein wahres Meinungsmassaker durch sein Portal fegen lassen. Wenn es richtig gut klappt, reinigen sich die „sozialen Netzwerke" von Facebook, Twitter und so weiter ganz von selbst von jedem regierungskritischen Dreck. Dann sind es wieder verantwortungsbewusste Qualitätsmedien, gemacht von verständigen Journalisten, die wie einst im Mai vor dem Internet das Klima im Land fast allein bestimmen können.

Letzteres ist der Grund, warum die verdienten Qualitätsmedien so auffallend laut schweigen zu dem, was die hohe Politik und ihre Handlanger da ansäuern. Normalerweise müssten es doch gerade die Journalisten sein, die reflexartig aufschreien bei jedem Ansatz von regierungsbeauftragter Zensur.

Aber nein, es geht ja nicht nur darum, die „falschen" Meinungen und Meldungen zu liquidieren, sondern auch darum, dass nicht mehr jeder Hans und Franz selber welche schreiben und übers Netz in alle Welt verbreiten kann. Früher war es eben eine ausgesuchte, klitzekleine Schar von Journalisten in wenigen großen Medien, die mehr oder weniger allein entscheiden konnte, was überhaupt bekannt wird und wie man es bewertet.

Damals wäre eine AfD mit höchster Wahrscheinlichkeit gar nicht hochgekommen. Auch wären uns die hässlichen Debatten im Gefolge der Silvesterexzesse von Köln und anderswo vermutlich erspart geblieben. Ganz einfach, weil verantwortungsvolle Redakteure die Ereignisse einfach unter den Tisch hätten fallen lassen, um „keine falschen Signale an die Gesellschaft auszusenden" oder um zu verhindern, dass „diffuse Ängste und rassistische Vorurteile um sich greifen".

So aber sahen sich die großen Staats- und Konzernmedien einem Wettlauf mit privaten Internetberichten ausgesetzt, welche sie vor sich hertrieben und ziemlich alt aussehen ließen. Wie peinlich! Das muss ein Ende haben, weil es das Vertrauen in die Medien und die Politik untergräbt und damit deren Machtbasis „destabilisiert".

Woher sie diese Macht haben, dürfte in einer Demokratie eigentlich unbestritten sein. Alle Staatsgewalt geht schließlich vom Volke aus, wie uns das Grundgesetz lehrt. Oder? Na ja, vielleicht nicht ganz. Der Generalsekretär der hessischen CDU, Manfred Prentz, ist mächtig sauer auf seine eben ausgetretene Ex-Parteifreundin Erika Steinbach. Die in ihrem Frankfurter Wahlkreis direkt gewählte Abgeordnete will ihr Bundestagsmandat frecherweise behalten, obwohl sie den Sitz „der Partei zu verdanken hat", wie Prentz schäumt.

Der Partei? Und wir dachten, das seien die Wähler gewesen! War das etwa auch so eine „Falschmeldung", die von gewissenlosen Populisten unters Volk gebracht wurde, um den selbstverständlichen Machtanspruch der derzeit Herrschenden infrage zu stellen? Nun, wenn das so ist, dann rührt diese „Fake News" direkt aus dem Grundgesetz. „Correctiv" sollte dieses Machwerk mal genauestens unter die Lupe nehmen, zumal es bei den geplanten Säuberungen noch hinderlich werden könnte, wenn einer gegen die Zensur-Maßnahmen vors Bundesverfassungsgericht zieht.

MEINUNGEN

***Martina Fietz** warnt in „Focus online" (16. Januar) Kanzlerin Merkel davor, den **CDU-Austritt** von Ex-BdV-Präsidentin **Erika Steinbach** auf die leichte Schulter zu nehmen:*

„Erika Steinbachs Austritt aus der CDU muss die Parteichefin und Kanzlerin mehr erschüttern, als sie zugeben mag. Denn er ist ein weiterer Beleg für die Erosion der Volkspartei – und obendrein machtpolitisch gefährlich."

***Ähnlich** sieht es **Robin Alexander** in der „Welt" (16. Januar):*

„Sie (Steinbach) repräsentiert nicht nur die Vertriebenen, deren erfolgreiche Präsidentin sie lange war, sondern eine ganze politische Richtung, die jahrzehntelang in der CDU eine Heimat hatte: die demokratische Rechte ... Die CDU tut gut daran, Steinbach nicht hinterherzuschimpfen. Sie sollte ihren Abgang zum Anlass nehmen, sich zu prüfen, ob sie wirklich auf eine ihrer Wurzeln ganz verzichten will."

*Für CSU-Urgestein **Peter Gauweiler** ist Steinbachs Schritt ein harter **Schlag für die CDU**, wie er der „Bild"-Zeitung (16. Januar) sagte:*

„Für die CDU ist diese Nachricht wie eine Sturmwarnung. Erika Steinbach repräsentiert den Geist der alten Adenauer- und Kohl-CDU mehr als alle Mitglieder der aktuellen Parteiführung zusammen."

*Ex-„Bild"-Chefredakteur **Hans-Hermann Tiedje** rechnet im Medienportal „Meedia" (11. Januar) mit dem Umgang **deutscher Fernsehjournalisten** mit US-Präsident **Donald Trump** ab:*

„Was immer er sagt, was immer er tut – den deutschen Fernsehwelterklärern ist es nie recht. Die Frage, warum Trump als Geschäftsmann so erfolgreich wurde, kann sich ein schlichter TV-Mensch nicht erklären, weil er selbst ist ja nicht erfolgreich. Stattdessen werden immer Geschichten von Trumps Pleiten erzählt, die es gar nicht gab. Der hat 300 Firmen oder mehr, und wenn eine schlecht läuft, macht er sie zu."

*Das Gesetzesvorhaben von Merkels Justizminister **Heiko Maas** (SPD) gegen (vermeintliche) **„Falschmeldungen"** im Internet ist in den Augen des Rechtsanwalts Joachim Steinhöfel bloß ein **Vorwand**, wie er in seinem Blog (16. Januar) schreibt:*

„Die angekündigten Gesetze wären in mehrfacher Hinsicht verfassungswidrig, sie sind überflüssig und dienen lediglich dem Zweck, der Politik die Herrschaft über den entgleitenden zivilgesellschaftlichen und politischen Diskurs zurück zu verleihen."

*Der neue US-Präsident Donald **Trump** werde vor allem für die **deutschen Eliten** eine Herausforderung, meint **Michael Klonovsky** in seinem Blog (16. Januar):*

„Für die Europäer bedeutet das: Man ist aus dem Vasallenverhältnis entlassen, künftig aber für sein Schicksal selbst verantwortlich. Niemanden wird das härter treffen als die Deutschen, deren Eliten bekanntlich der Meinung sind, das Aufgehen ihrer Nation im europäischen, globalen, diversitären Großenganzen sei die einzige mögliche Zukunft ... Das lustige Schauspiel der düpierten deutschen Transatlantiker, denen nun ihr Herrchen und damit aller geliehene Mut abhanden kommt, ist der amüsanteste Kollateraleffekt der neuen Lage."